

**BTW
25**

Wahlprogramm-Auswertung zur Bundestagswahl 2025

Der Wahl-Check des Deutschen Frauenrats



DEUTSCHER
FRAUENRAT

INHALTSVERZEICHNIS

Demokratie und gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken	5
1. Antifeminismus und alle Formen von Diskriminierung bekämpfen.....	5
2. Stärkung der feministischen Zivilgesellschaft	8
3. Flucht-, Migrations- und Integrationspolitik menschenrechtsbasiert und solidarisch gestalten	11
Konsequente Gleichstellungspolitik umsetzen	16
1. Verbindliche geschlechtergerechte Gesetzesfolgenabschätzung einführen.....	16
2. Geschlechtergerechte Haushaltspolitik umsetzen.....	17
3. Ressortübergreifende Gleichstellungsstrategie weiterentwickeln	18
4. Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz novellieren	19
5. Paritätsgesetz einführen.....	20
6. UN-Frauenrechtskonvention konsequent umsetzen	21
Sorgearbeit umverteilen und aufwerten	23
1. Freistellung für Väter und Co-Mütter rund um die Geburt einführen	23
2. Elterngeld partnerschaftlich weiterentwickeln	24
3. Gute und bedarfsgerechte Bildungs- und Betreuungsangebote sicherstellen	25
4. Vereinbarkeit von Pflege und Beruf gestalten.....	28
5. Kindschaftsrecht reformieren – Frauen stärken	29
6. Sorgeberufe aufwerten	31
7. Haushaltsnahe Dienstleistungen öffentlich bezuschussen.....	34
Ökonomische Eigenständigkeit stärken – geschlechtergerechte Arbeitsmarkt- und Steuerpolitik	36

1. Entgeltgleichheit wirksam durchsetzen	36
2. Gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in Führungspositionen sicherstellen.....	38
3. Lebensphasenorientierte Arbeitszeiten ermöglichen.....	39
4. Minijobs sozial absichern.....	41
5. Armut von Alleinerziehenden und ihren Kindern bekämpfen – Steuergutschrift einführen	42
6. Geschlechtergerechte Ehegattenbesteuerung einführen	44
Gewaltschutz für alle Frauen.....	46
1. Istanbul Konvention und EU-Gewaltschutzrichtlinie konsequent umsetzen	46
2. Frauenleben schützen und Zugang, Finanzierung und Ausbau von Schutzunterkünften und Beratungsstellen gesetzlich sicherstellen.....	47
3. Lückenloser Gewaltschutz für Migrantinnen und geflüchtete Frauen.....	48
4. Sicherheit für Frauen mit Behinderungen in allen Lebenslagen.....	49
5. Gewaltschutz für Mütter und ihre Kinder sicherstellen	51
6. Wirksamer Rechtsschutz gegen sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz.....	52
7. Frauen und Mädchen effizient vor Menschenhandel schützen	53
8. Digitale Gewalt und Frauenhass wirksam bekämpfen	54
Geschlechtergerechtes Gesundheitssystem gewährleisten	57
1. Geschlechtersensible Gesundheitsversorgung und -forschung sicherstellen	57
2. Geburtshilfe stärken.....	59
3. Reproduktive Rechte verwirklichen	61
4. Pflegesituation verbessern	63
Erfolgsfaktor Gleichstellung – geschlechtergerechte Wirtschaftspolitik.....	68

1. Potentiale von Frauen nutzen.....	68
2. Schuldenbremse reformieren.....	69
3. Gleichstellung durch Gender Budgeting vorantreiben.....	72
4. Unbezahlte Arbeit berücksichtigen.....	73
5. Investitionsbegriff erweitern.....	74
Digitalen Wandel geschlechtergerecht gestalten.....	76
1. Gleichstellung und Digitalisierung strukturell strategisch zusammen denken.....	76
2. Diskriminierungsfreiheit von KI-Anwendungen und Algorithmen gewährleisten.....	77
3. Geschlechtsspezifische und queerfeindliche digitale Gewalt effektiv bekämpfen.....	78
4. Digitale Bildung in allen Lebensphasen geschlechtergerecht gestalten.....	79
5. Teilhabe von Frauen in der Digitalbranche verbessern.....	80
Geschlechtergerechte Klimapolitik voranbringen.....	82
1. Gleichstellung und Klimaschutz zusammen denken.....	82
2. Klimaneutralen Umbau von Wirtschaft und Arbeitswelt geschlechtergerecht gestalten.....	83
3. Geschlechtergerechte Teilhabe in der Energiewende sicherstellen.....	84
4. Klima- und sozial gerechte Wohnungspolitik vorantreiben.....	84
Zukunftsfeste Außen- und Entwicklungspolitik.....	90
1. Europa als Gleichstellungsmotor stärken.....	90
2. Ressourcen für Geschlechtergerechtigkeit weltweit sichern und ausbauen.....	92
3. Geschlechtergerechte und menschenrechtsorientierte Außen- und Entwicklungspolitik ressortübergreifend umsetzen.....	94
4. Rechte von Frauen und Mädchen mit Fluchterfahrung wirksam durchsetzen.....	97

DEMOKRATIE UND GESELLSCHAFTLICHEN ZUSAMMENHALT STÄRKEN

1. Antifeminismus und alle Formen von Diskriminierung bekämpfen	
Partei	Aussage
SPD	<p>Die SPD will sich gegen Menschenfeindlichkeit in allen Formen einsetzen und fordert explizit, dass die Antidiskriminierungsstelle des Bundes auch Antifeminismus in den Fokus nimmt.</p> <p>/// „Wir kämpfen gegen Menschenfeindlichkeit in all ihren Formen. Die Diskriminierung in öffentlichen und digitalen Räumen durch Rechtspopulisten, Rechtsextremisten und andere Kräfte hat in erschreckendem Maße zugenommen. Wir stellen uns weiterhin entschlossen gegen jede Form von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Sie ist Kernelement rechtsextremer Einstellungen und drückt sich in Rassismus, Antisemitismus und Muslimfeindlichkeit, aber auch in Sexismus, Antifeminismus oder Queer-Feindlichkeit aus. Diese Ausgrenzung von Menschen aus der Mitte unserer Gesellschaft werden wir nicht dulden.“ S. 39.</p> <p>/// „Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der alle Menschen gleich an Würde, gleich an Chancen und frei von Diskriminierung, oder gar Angst vor Bedrohung und Gewalt sicher leben und ihre Träume verwirklichen können. Unser Feminismus kämpft gegen strukturelle Benachteiligungen jeglicher Art, wie er gegen Frauen, People of Color und queere Personen leider auch weiterhin an der Tagesordnung ist. Die Diskriminierung in öffentlichen und digitalen Räumen durch Rechtspopulisten, Rechtsextremisten und andere Kräfte hat in erschreckendem Maße zugenommen. Wir stellen uns jeder Form der Menschenfeindlichkeit klar entgegen.“ S. 41</p> <p>/// „Antifeminismus und Anti-Gender-Bewegungen bedrohen unser freiheitliches Zusammenleben. Wir werden dem entgegentreten, indem wir Antifeminismus, Sexismus und jegliche Formen von Diskriminierungen bekämpfen und gegen Herabwürdigungen und Hassreden vorgehen. Wir wollen, dass die Antidiskriminierungsstelle des Bundes auch Anti-Feminismus in den Fokus nimmt, um gezielt frauenfeindliche Diskriminierung zu verhindern.“ S. 41</p>
CDU/CSU	<p>Die CDU/CSU will eine entschlossene Bekämpfung von Antisemitismus, Maßnahmen zur Bekämpfung von Altersdiskriminierung und geht bei ihren außenpolitischen Forderungen auf die negative Wirkung von Diskriminierung ein.</p> <p>/// „Wir bekämpfen entschlossen Judenhass. Jüdinnen und Juden müssen in Deutschland sicher und angstfrei leben könne“ S. 44</p>

	<p>/// „Seniorenpolitik als Querschnittsaufgabe: Nein zu Altersdiskriminierung! Wir wollen ein Deutschland, in dem alle Generationen gleichberechtigt und respektvoll zusammenleben. Wir bringen daher ein umfassendes Paket zur Bekämpfung von Altersdiskriminierung auf den Weg. Dazu gehören Aufklärungs- und Bildungsmaßnahmen, die Förderung altersfreundlicher Arbeitsmodelle und klare Regelungen, um Diskriminierung im Berufsalltag entgegenzutreten. Auch digitale Angebote müssen für Seniorinnen und Senioren handhabbar sein.“ S. 61</p> <p>/// „Frauen und Mädchen im Mittelpunkt. Wir setzen uns für ihr Recht auf Selbstbestimmung und Familienplanung ein. Benachteiligungen und Diskriminierungen sind Gift für gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung.“ S. 48</p>
<p>Bündnis 90 / Die Grünen</p>	<p>Bündnis 90/ Die Grünen fordern umfassende Maßnahmen gegen Diskriminierung aller Art, einschließlich Frauenfeindlichkeit.</p> <p>/// „Menschen, die zum Beispiel auf dem Wohnungsmarkt, im Gesundheitsbereich oder bei der Arbeit Diskriminierung erfahren, schützt der Rechtsstaat: Wir werden das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz reformieren. Dazu weiten wir Fristen, Diskriminierungsgründe und den Anwendungsbereich aus, führen ein Verbandsklagerecht ein und schließen Schutzlücken. Dazu gehört auch der Schutz vor Diskriminierung durch staatliche Stellen. Deutschland soll seinen Vorbehalt gegen die 5. Europäische Antidiskriminierungsrichtlinie aufgeben und damit die Interessen der Betroffenen in den Mittelpunkt rücken. Wir wollen, dass Beratungsstellen und Selbstorganisationen langfristig abgesichert und ausgebaut werden sowie die Antidiskriminierungsstelle des Bundes auch in ihren Kompetenzen gestärkt wird. Mit einem Nationalen Aktionsplan Antidiskriminierung wollen wir eine wirksame Antidiskriminierungspolitik umsetzen. Mit der Schaffung der Beauftragten für Antidiskriminierung, Queeres Leben, Antirassismus und Antiziganismus haben wir die politische Stärkung von Vielfalt noch stärker verankert. Wir wollen ihre und die Arbeit der weiteren Beauftragten für gesellschaftliche Vielfalt weiter stärken. Wir bauen die Forschung, wie zum Beispiel den Nationalen Rassismus- und Diskriminierungsmonitor, zu Erscheinungsformen und Ausprägung von Diskriminierung aus. Um strukturellen Rassismus, egal ob im Gesundheitswesen, in der Justiz oder in unseren Sicherheitsbehörden, zu bekämpfen, wollen wir zielgerichtete Fortbildungsangebote zur Steigerung der Diskriminierungssensibilität stärker fördern.“ S. 116</p> <p>/// „Nur wenn Diskriminierung, Sexismus und Frauenfeindlichkeit konsequent bekämpft werden, können Frauen alle Chancen nutzen. Gerade weil rückwärtsgewandte Kräfte stärker werden, müssen wir das Erreichte sichern und weiter voranschreiten.“ S. 118</p> <p>/// „Noch zu häufig erleben lesbische, schwule, bi, trans*, inter* und queere Menschen (LSBTIQ*) zunehmende Gewalt und Diskriminierung. Das nehmen wir nicht hin. Bereits erkämpfte Rechte, wie das Selbstbestimmungsgesetz, schützen wir vor Angriffen und setzen uns weiterhin für die Stärkung von Rechten queerer Menschen und ihrer Selbstbestimmung ein. Mit dem Aktionsplan „Queer leben“ haben wir in der Bundesregierung einen Plan zur Stärkung von queerem Leben vorgelegt. Diesen wollen wir verstetigen. Zur</p>

	<p>weiteren Umsetzung wollen wir mit einem Bundesförderprogramm die nötigen Mittel bereitstellen. So stärken wir queere Beratungs- und Projektstrukturen. Wir wollen den Schutz vor Diskriminierung aufgrund der sexuellen und geschlechtlichen Identität in Artikel 3 des Grundgesetzes verankern und Hasskriminalität gegen LSBTIQ* entschlossen bekämpfen. Dazu verbessern wir die Erfassung von queerfeindlichen Straftaten und bauen die Unterstützungsangebote, sowie Ansprechstellen in Behörden und in der Justiz weiter aus. Die Empfehlungen des Arbeitskreises zur Bekämpfung von homophober und transfeindlicher Gewalt setzen wir um und evaluieren sie.“ S. 121</p>
<p>FDP</p>	<p>Die FDP stellt sich gegen jede Form von Diskriminierung und formuliert Forderungen zum Abbau der Diskriminierung ggü. Jüdinnen und Juden, LSBTI* Personen und Frauen.</p> <p>/// „Für uns Freie Demokraten ist die Gleichbehandlung aller Bürgerinnen und Bürger fester Bestandteil einer Demokratie. Dabei stellen wir uns gegen jede Form von Diskriminierung. Wir bekämpfen Diskriminierung gegenüber LSBTI, setzen den Nationalen Aktionsplan „Queer leben“ um und statten die Bundesstiftung Magnus Hirschfeld finanziell besser aus. Die Polizei soll LSBTI-feindliche Hasskriminalität bundesweit einheitlich erfassen und verfolgen. Artikel 3 GG wollen wir um die sexuelle Identität ergänzen. Auch Menschen mit Behinderung erfahren noch immer viele Hürden, die sie an der gleichberechtigten Teilhabe in unserer Gesellschaft hindern. Wir Freie Demokraten setzen uns für mehr Barrierefreiheit im öffentlichen Leben ein. Wir setzen uns für eine stärkere Sichtbarkeit von Menschen mit Behinderung ein.“ S. 24</p> <p>/// „Wir Freie Demokraten wollen, dass sich Jüdinnen und Juden in Deutschland sicher fühlen können. Um das vielfältige jüdische Leben in Deutschland zu erhalten, muss Antisemitismus angesichts wachsender Gewalt gegen Jüdinnen und Juden noch konsequenter bekämpft werden – unabhängig davon, ob es sich um rechts- oder linksextremen Antisemitismus, um islamischen Antisemitismus, um Juden Hass durch Zugewanderte oder um einen Antisemitismus aus der Mitte der Gesellschaft handelt“ S. 25</p> <p>/// „Im Hinblick auf die Gleichberechtigung von Frauen stellen wir fest, dass es noch immer Benachteiligungen gibt, die wir nicht akzeptieren können. [...] Das muss sich ändern.“ S. 28</p>
<p>DIE LINKE</p>	<p>Die Linke stellt Forderungen zum Abbau der Diskriminierung u.a. aufgrund von Antisemitismus, Antifeminismus und Rassismus in jeglicher Form.</p> <p>/// „Wir stellen uns gegen Antisemitismus, Antifeminismus und Rassismus in jeglicher Form und egal, woher er kommt.“ S. 48</p> <p>/// „Wir verteidigen das Recht auf Religionsfreiheit: das Recht der Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses. Wir verteidigen jüdische Menschen, Muslim*innen und alle anderen religiösen Minderheiten, wenn sie wegen ihrer Religion diskriminiert werden.“ S. 50</p>

	<p>/// „Wir wollen ein Bundespartizipationsgesetz, um Menschen mit Migrationsgeschichte besser einzubeziehen und mehr in der Gesellschaft zu repräsentieren. Dazu gehören eine Quote, um den Anteil von Menschen mit Migrationsgeschichte in der öffentlichen Verwaltung entsprechend ihrem Anteil an der Bevölkerung zu erhöhen, und ein Partizipationsrat, der in wichtige Entscheidungen in Wirtschaft, Wissenschaft und Politik einbezogen wird. Migrantische Selbstorganisationen müssen im Partizipationsrat vertreten sein“ S. 53</p> <p>/// „Antirassismus ins Gesetz: Es braucht eine klare Arbeitsdefinition von institutionellem und strukturellem Rassismus. Zudem fordern wir eine grundlegende Reform des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG), die insbesondere die Klagefristen verlängert, ein Verbandsklagerecht vorsieht, die Diskriminierungsformen „Staatsangehörigkeit“, „Aufenthaltsstatus“, „familiärer Status“ und „sozialer Status“ umfasst und auch staatliches Handeln einbezieht. Eine*r Antirassismusbeauftragte*r muss es auch weiterhin geben. Es braucht zudem ein gesetzliches Verbot rassistischer Polizeikontrollen („Racial Profiling“) und die Abschaffung von anlasslosen polizeilichen Kontrollbefugnissen sowie verpflichtende Antidiskriminierungsschulungen im gesamten öffentlichen Dienst. Die Zuständigkeit für Migration und Integration muss dem Bundesinnenministerium entzogen werden. Wir fordern ein Bundesministerium für Migration und Partizipation. In Artikel 3 des Grundgesetzes soll eine Schutz- und Förderklausel für von rassistischer Diskriminierung Betroffene eingefügt werden.“ S. 53</p>
BSW	<p>Das BSW lehnt Diskriminierung ab, schlägt aber keine konkreten Maßnahmen vor.</p> <p>/// „Jegliche Form von Diskriminierung lehnen wir ab. Unser Ziel ist es, eine inklusive Gesellschaft zu fördern, in der alle Akteure einen Beitrag zur gemeinsamen Zukunft leisten können.“ S. 32</p> <p>/// „Wir fordern die Abschaffung von Meldestellen und deren Finanzierung mit Steuergeldern. Die strukturelle Erfassung und Auswertung von Meinungsäußerungen durch den Staat lehnen wir ab.“ S. 39</p>

2. Stärkung der feministischen Zivilgesellschaft

Partei	Aussage
SPD	<p>Die SPD will mit dem Demokratiefördergesetz zivilgesellschaftliche Initiativen nachhaltig fördern.</p> <p>/// „Dafür stärken wir den Zusammenhalt in unserem Land. Er wächst dort, wo Respekt, Solidarität und der Glaube an eine gemeinsame Zukunft lebendig sind. Deshalb sorgen wir für Chancengleichheit und eine diskriminierungsfreie Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger. Diskriminierung, Rassismus, Rechtsextremismus, Antisemitismus, Islamismus wie alle anderen Formen der gruppenbezogenen</p>

	<p>Menschenfeindlichkeit bekämpfen wir. Dabei suchen wir den Schulterschluss zu allen Demokratinnen und Demokraten sowie Organisationen für eine starke Zivilgesellschaft.“ S. 35</p> <p>/// „Eine lebendige Zivilgesellschaft ist das Rückgrat unserer Demokratie. Mit dem Demokratiefördergesetz schaffen wir die Grundlage, zivilgesellschaftliche Initiativen, die durch Programme wie das Bundesprogramm "Demokratie leben!" gefördert werden, nachhaltig zu unterstützen. Das Gemeinnützigkeitsrecht wollen wir modernisieren“ S. 36</p>
CDU/CSU	<p>Die CDU/CSU will das Ehrenamt stärken.</p> <p>/// „Freiwilliges Engagement stärken. Wir setzen ein Vereinspaket für unser Ehrenamt um, mit dem wir Bürokratie, Datenschutz und Haftungsfragen angehen. Zudem setzen wir mehr Anreize für private Gelder und Spenden und erleichtern den Zugang zu öffentlicher Förderung.“ S. 55</p> <p>/// „Ehrenamt steuerlich entlasten. Wir erhöhen die Ehrenamts- und die Übungsleiterpauschale spürbar.“ S. 55</p>
Bündnis 90 / Die Grünen	<p>Bündnis 90/ Die Grünen wollen die Zivilgesellschaft europaweit schützen, Initiativen für Prävention und gegen Radikalisierung finanziell stärken und unterstützen ein Demokratiefördergesetz.</p> <p>/// „Mit frühzeitiger Prävention verhindern wir, dass sich Menschen radikalieren. Wir brauchen Programme wie „Demokratie leben!“, die über Rechtsextremismus und Islamismus im analogen und digitalen Raum aufklären. Wir brauchen Angebote für Opfer von rechter und rassistischer Gewalt. Wir brauchen Angebote für Aussteiger*innen aus den extremistischen Szenen oder Deradikalisierungsprogramme für den Justizvollzug. Diese Arbeit wollen wir finanziell stärken und dauerhaft mit einem Demokratiefördergesetz gesetzlich absichern.“ S. 136</p> <p>/// „Unsere Grundwerte bilden das Fundament der EU. Wenn Mitgliedstaaten dagegen verstoßen, kann das nicht folgenlos bleiben. Wir wollen das Rechtsstaatsverfahren nach Artikel 7 des EU-Vertrags nutzbar machen, indem in allen Stufen des Verfahrens Entscheidungen mit qualifizierter Mehrheit getroffen werden können. Den Rechtsstaatsdialog möchten wir stärken sowie die Freiräume der Zivilgesellschaft gezielter und europaweit schützen. Für uns gilt außerdem: keine EU-Gelder für Antidemokrat*innen. Wir setzen uns im Rahmen der Verhandlungen über den Mehrjährigen Finanzrahmen für strengere Regeln ein, um so über den bestehenden Konditionalitätsmechanismus hinaus Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in allen Mitgliedstaaten zu sichern“ S. 143</p>

FDP	<p>Die FDP betont den Wert der Zivilgesellschaft für eine funktionierende Demokratie und will das Ehrenamt stärken.</p> <p>/// „Eine funktionierende Demokratie braucht eine lebendige Zivilgesellschaft – Menschen, die sich gesellschaftlich oder politisch engagieren, sei es im Sport, in der Kultur oder in politischen Parteien“ S. 31</p> <p>/// „Damit sich Ehrenamtliche auf ihr Engagement konzentrieren können, wollen wir Vereine bei Haftungsrisiken und Bürokratie deutlich entlasten. Digitale Angebote und Plattformen für Ehrenamtliche sollen weiter ausgebaut werden. Insbesondere schlagen wir eine Reduzierung von Dokumentations- und Aufbewahrungspflichten vor. Steuer- und registerrechtliche Abläufe, die das Ehrenamt betreffen, müssen digitalisiert werden. Ein zentraler Vereinslotse führt übersichtlich durch alle Auflagen, Register- und Berichtspflichten. Das schafft Sicherheit für Engagierte. Wir passen rechtliche Rahmen, Übungsleiter- und Ehrenamtspauschalen sowie relevante Einnahmegrenzen an.“ S. 53, ergänzende Beschlüsse</p>
DIE LINKE	<p>Die Linke fordert ein Demokratiefördergesetz zur Unterstützung und langfristigen finanziellen Absicherung von u.a. Initiativen gegen Rechtsextremismus.</p> <p>/// „Wir brauchen eine Reform des Gemeinnützigkeitsrechts mit einer Klarstellung der als gemeinnützig anerkannten Zwecke. Die Mitwirkung an der politischen Willensbildung muss ausdrücklich möglich sein, ob zur Verfolgung eigener Zwecke oder darüber hinaus für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte Organisationen, denen die Gemeinnützigkeit für ihre selbstlose politische Arbeit entzogen wurde, müssen sie zurückerhalten (z. B. Attac oder Campact).“ S. 12</p> <p>/// „Wir wollen Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide, Bürger*inneninitiativen, Bürger*innenbegehren und Bürger*innenentscheide auf Bundesebene einführen. Die Ausweitung der Mitbestimmungsrechte schließt auch die Einführung von Referenden ein, d.h. die Bürger*innen können gegen parlamentarische Entscheidungen ein Veto einlegen. Das von der Zivilgesellschaft entwickelte Instrument der Bürger*innenräte, wonach zufällig ausgeloste Menschen aus der Mitte der Gesellschaft Fragen aufwerfen und Lösungsvorschläge für verschiedene Probleme entwickeln, wollen wir unterstützen, stärken und fördern“ S. 48</p> <p>/// „Die Gegenkräfte in der Zivilgesellschaft stärken! Protest und Aufklärung gegen rechts sind eine Bedingung von Demokratie und dürfen nicht mehr kriminalisiert werden Projekte der mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus, Opferberatungen und zivilgesellschaftliche Demokratiebündnisse, Migrant*innen-Selbstorganisationen sowie Antifa-Initiativen müssen mit einem echten, wirksamen Demokratiefördergesetz stärker unterstützt und langfristig finanziell abgesichert werden.“ S. 51</p> <p>/// „Zivilgesellschaftliche Gruppen, die sich gegen Rassismus, Antisemitismus, Homo- und Transfeindlichkeit, Antiziganismus, antimuslimischen Rassismus und für mehr Demokratie engagieren, sowie Flüchtlingsräte, migrantische Verbände, selbstverwaltete</p>

	Beratungsangebote und die Selbstorganisation von Migrant*innen wollen wir durch ein Demokratiefördergesetz stärken und endlich dauerhaft fördern.“ S. 53-54
BSW	<p>Das BSW betont die gesellschaftliche Bedeutung von Ehrenamt. Ein Demokratiefördergesetz wird vom BSW abgelehnt.</p> <p>/// „Das Ehrenamt ist dabei für uns eine zentrale Säule unserer Gesellschaft, weshalb wir es künftig gezielter fördern und unterstützen werden“ S. 32</p> <p>/// „Zurzeit werden jedoch Steuergelder in Millionenhöhe ausgegeben, um das Meinungsklima in Deutschland zu beeinflussen. Dazu gehören die Förderung bestimmter Projekte, Programme und Organisationen („Nichtregierungsorganisationen“) sowie die Förderung sogenannter Faktenchecker, die nicht selten gar keine Fakten überprüfen, sondern stattdessen unter der Überschrift „Faktencheck“ eigene Meinungen verbreiten.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Wir fordern die Beendigung aller Formen der Zusammenarbeit von Staat und Medien zur Beeinflussung der freien Meinungsbildung. • Wir fordern die Beendigung der Finanzierung von Projekten, Programmen und Organisationen, die den öffentlichen Diskurs beeinflussen sollen und für bestimmte politische Meinungen stehen. Ein sogenanntes Demokratiefördergesetz lehnen wir ab.“ S. 38 f.

3. Flucht-, Migrations- und Integrationspolitik menschenrechtsbasiert und solidarisch gestalten

Partei	Aussage
SPD	<p>Die SPD will eine effizientere Regelung von Migration immer mit Blick auf die internationalen Verpflichtungen, sowie auf Humanität und Solidarität. Sie fordert faire Asylverfahren, sichere und legale Fluchtrouten und diverse Maßnahmen für eine bessere Integration.</p> <p>/// „Wir wollen, dass in ganz Europa humanitäre Standards für Geflüchtete bestehen und Migration solidarisch gesteuert wird. Das individuelle Menschenrecht auf Asyl und das internationale Flüchtlingsrecht sind die Basis für das Gemeinsame Europäische Asylsystem. Grenzverfahren müssen hohe rechtliche Standards gewährleisten.“ S. 48</p> <p>/// „Wir werden die Familienzusammenführung für subsidiär Schutzbedürftige weiterhin ermöglichen.“ S. 48</p> <p>/// „Die Externalisierung von Asylverfahren lehnen wir ab. Schutzsuchende müssen Zugang zu fairen und rechtsstaatlichen Verfahren in der EU erhalten.“ S. 48</p> <p>/// „Gleichzeitig setzen wir uns für sichere und legale Fluchtrouten ein, sowie für Resettlement- und humanitäre Aufnahmeprogramm, um gefährliche Überfahrten zu vermeiden.“ S. 49</p>

	<p>/// „Nach dem Abzug der NATO-Truppen aus Afghanistan im August 2021 wollen wir weiter für besonders gefährdete Personengruppen aus Afghanistan Verantwortung übernehmen: Dafür werden wir das Bundesaufnahmeprogramm Afghanistan fortführen.“ S. 49</p> <p>/// „Wir wollen auch geflüchtete Frauen besser vor Gewalt schützen. Für Opfer häuslicher Gewalt wollen wir Erleichterungen bei Residenzpflicht und Wohnsitzauflage schaffen, außerdem wollen wir das eigenständige – vom Ehegatten unabhängige – Aufenthaltsrecht praxistauglicher ausgestalten.“ S. 39</p> <p>/// „Wir werden die Integrationskurse ausbauen und sicherstellen, dass sie mit angemessenen Haushaltsmitteln finanziert werden.“ S. 47</p> <p>/// „Wir wollen ein Partizipationsgesetz auf den Weg bringen: Durch verbindliche Regelungen soll gleichberechtigte Teilhabe in allen relevanten Bereichen – von Bildung und Arbeit bis hin zu politischer Mitbestimmung – erreicht werden.“ S. 47</p> <p>/// „Wir wollen das Fachkräfteeinwanderungsgesetz unbürokratisch umsetzen und beständig weiterentwickeln (...). Mit klaren Regeln, einer vereinfachten und schnelleren Anerkennung von Qualifikationen und Abschlüssen und fairen Anwerbeabkommen schaffen wir dafür die Grundlage, um gleichzeitig Integration und Teilhabe zu fördern.“ S. 47-48</p>
CDU/CSU	<p>Die CDU/CSU fordert eine sehr restriktive Migrationspolitik. Dazu will die Union die Einreise erschweren, vermehrt Abschiebungen durchsetzen, das Recht auf Asyl einschränken und Sozialleistungen kürzen.</p> <p>/// „Wir setzen den Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten aus und beenden alle freiwilligen Aufnahmeprogramme.“ S. 4</p> <p>/// „Deutschland und Europa müssen sich der Bedrohung ihrer Sicherheit erwehren und sind weiter mit massiver illegaler Migration konfrontiert.“ S. 10</p> <p>/// „Grenzkontrollen mit Zurückweisungen verbinden. Wir setzen einen faktischen Aufnahmestopp sofort durch. Dazu weisen wir diejenigen an den deutschen Grenzen zurück, die aus einem anderen Mitgliedstaat der EU oder dem Schengen-Raum nach Deutschland einreisen und bei uns einen Asylantrag stellen wollen.“ S. 40-41</p> <p>/// „Vorrang von Sachleistungen. (...) Für Ausreisepflichtige richten wir die Sozialleistungen an dem von Gerichten aufgestellten Grundsatz ‚Bett, Brot, Seife‘ aus und sehen, wo immer möglich, einen gänzlichen Leistungsausschluss vor.“ S. 41</p> <p>/// „Subsidiären Schutzstatus abschaffen. Wir wirken auf europäischer Ebene darauf hin, zum ursprünglichen Geist der Genfer Flüchtlingskonvention zurückzukehren.“ S. 41</p> <p>/// „Ukrainerinnen und Ukrainer in Arbeit bringen. Neu ankommende Flüchtlinge aus der Ukraine sollen kein sogenanntes ‚Bürgergeld‘ mehr erhalten, sondern Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Zugleich unternehmen wir alle Anstrengungen, dass sie unmittelbar in Arbeit kommen und unabhängig von staatlichen Leistungen werden. Wir vereinfachen die Verfahren zur Berufsankennung und stärken das Erlernen der deutschen Sprache ‚on the job‘.“ S. 41</p>

	<p>/// „Weitere ‚sichere Herkunftsländer‘ ausweisen. Um Asylverfahren zu beschleunigen und Rückführungen zu erleichtern, stufen wir weitere Länder als ‚sichere Herkunftsländer‘ ein.“ S. 41</p> <p>/// „Wir wollen zentrale Asylverfahren für beschleunigte Verfahren und Bundesausreisezentren schaffen, um Rückführungen zu erleichtern. Nach Afghanistan und Syrien wollen wir regelmäßig abschieben – vor allem Straftäter und Gefährder.“ S. 41</p> <p>/// „Jeder, der in Europa Asyl beantragt, soll in einen sicheren Drittstaat überführt werden und dort ein Asylverfahren durchlaufen. Im Falle eines positiven Ausgangs wird der sichere Drittstaat dem Antragsteller vor Ort Schutz gewähren.“ S. 42</p> <p>/// „Nach der erfolgreichen Verwirklichung des Konzepts der sicheren Drittstaaten nehmen wir jährlich ein begrenztes Kontingent von tatsächlich schutzbedürftigen Menschen direkt aus dem Ausland auf.“ S. 42</p> <p>/// „[Wir] lehnen (...) die Express-Einbürgerung der Ampel nach nur drei Jahren Aufenthalt genauso entschieden ab wie die generelle Möglichkeit der doppelten Staatsbürgerschaft. Wir machen sie rückgängig. Für uns sind gute Deutschkenntnisse, die dauerhafte Integration in den Arbeitsmarkt und Straffreiheit unabdingbare Voraussetzungen für die Einbürgerung.“ S. 55</p>
<p>Bündnis 90 / Die Grünen</p>	<p>Bündnis 90/ Die Grünen betonen die Einhaltung völkerrechtlicher Verpflichtungen, sowie die Beachtung besonderer Bedürfnisse vulnerabler Gruppen. Sie legen den Fokus auf sichere Migrationswege und Verbesserung der Integration.</p> <p>/// „Wer arbeiten kann, soll arbeiten dürfen. Hier haben wir in der Bundesregierung bereits erhebliche Verbesserungen erzielt und werden bestehende Arbeitsverbote abschaffen sowie die Verfahren vereinfachen und beschleunigen. Jetzt geht es prioritär darum, Geflüchtete tatsächlich in den Arbeitsmarkt zu bringen.“ S. 128</p> <p>/// „Deutschland bietet vielen Menschen Schutz, die vor Krieg und Verfolgung fliehen. Wir verteidigen das Grundrecht auf Asyl und stehen zu unseren völkerrechtlichen Verpflichtungen wie der Genfer Flüchtlingskonvention, dem subsidiären Schutz und der europäischen Menschenrechtskonvention. Wir wollen zügige und faire Verfahren und damit Klarheit für Betroffene und für die Kommunen schaffen. Wir stehen weiterhin zum Kirchenasyl. Wir stellen uns gegen reine Symbolpolitik und einen Kurs der Asylrechtsverschärfungen, die nur zulasten der Schutzsuchenden gehen und Integration behindern.“ S. 129</p> <p>/// „Die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) setzen wir – wie jedes Recht – auf nationaler Ebene grund- und menschenrechtskonform um. Dabei werden wir uns mit all unseren Möglichkeiten dafür einsetzen, dass Integration gefördert wird, rechtsstaatliche Verfahren möglichst umfassend gewährleistet werden und keine zusätzlichen, unnötigen Einschränkungen des Asylrechts stattfinden. (...) Die besonderen Bedürfnisse vulnerabler Gruppen wie Frauen, Kinder, queere Menschen oder Menschen mit Behinderung müssen im Asylverfahren berücksichtigt werden.“ S. 130 f.</p>

	<p>/// „Wir stellen uns der Auslagerung von Asylverfahren in Drittstaaten entgegen, denn immer wieder hat sich gezeigt, dass diese Initiativen am Ende viel Steuergeld kosten, vor Gerichten scheitern und von tatsächlichen Lösungen ablenken. Stattdessen setzen wir auf eine menschenrechtsbasierte Zusammenarbeit mit Dritt- und Transitstaaten, denn mehr geregelte Migration ermöglicht weniger unregelmäßige Migration. Wir wollen Migration besser ordnen bzw. steuern und hierfür weitere menschenrechtsbasierte Migrationsabkommen abschließen und bestehende zügig umsetzen.“ S. 131</p>
FDP	<p>Die FDP fordert eine restriktive Migrationspolitik und legt den Schwerpunkt auf Arbeitsmarktintegration.</p> <p>/// „Wir wollen eine neue Migrationspolitik, die mehr steuert und ordnet. Wer bei uns arbeitet und nach unseren Werten lebt, soll es leichter haben. Wer ohne Bleiberecht in unsere sozialen Sicherungssysteme einwandern möchte oder unsere Sicherheit gefährdet, wird es schwerer haben.“ S. 21</p> <p>/// „Wir wollen Einwanderung in den Arbeitsmarkt, nicht in die sozialen Sicherungssysteme.“ S. 26</p> <p>/// „Schutzsuchende mit Bleiberecht müssen so schnell wie möglich Zugang zum Arbeitsmarkt erhalten.“ S. 27</p> <p>/// „Asylverfahren sollen zudem auch in Drittstaaten stattfinden, wenn Schutzsuchende dort sicher und rechtsstaatliche Verfahren gewährleistet sind. Wir fordern zudem geordnetes Verfahren zur Feststellung von mehr sicheren Herkunftsstaaten. Den Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten wollen wir aussetzen und Aufnahmeprogramme pausieren.“ S. 27</p> <p>/// „Die Höhe der Sozialleistungen darf keinen Fehlanreiz darstellen. Deswegen wollen wir die Höhe der Sozialleistungen, zum Beispiel beim Asylbewerberleistungsgesetz, kritisch überprüfen und perspektivisch auf ein europäisches Maß reduzieren.“ S. 44, ergänzende Beschlüsse</p> <p>/// "Wir Freie Demokraten wollen die Sozialleistungen für ausreisepflichtige Ausländer vollständig streichen.“ S. 44, ergänzende Beschlüsse</p>
DIE LINKE	<p>Die Linke unterstützt eine menschenrechtsbasierte und solidarische Migrationspolitik und lehnt Verschärfungen ab.</p> <p>/// „Wir wollen sichere, legale Einreisemöglichkeiten in die EU.“ S. 52</p> <p>/// „Wir fordern, dass alle Geflüchteten ab dem Tag ihrer Ankunft in Deutschland eine uneingeschränkte Arbeitserlaubnis erhalten.“ S. 52</p> <p>/// „Der individuelle Zugang zu Asylverfahren und Rechtsschutz muss für Asylsuchende an den EU-Außengrenzen sichergestellt werden. Schnellverfahren und Inhaftierung von Schutzsuchenden (ob in sogenannten Rückkehr-, Transit-, kontrollierten Zentren oder »Hotspots«) lehnen wir ab.“ S. 52</p> <p>/// „Wir wollen einheitliche Schutzstandards auf hohem Niveau. Die Verantwortung darf nicht mithilfe von sicheren Drittstaaten- oder Herkunftsländerregelungen verlagert werden. Das Gemeinsame Europäische Asylsystem GEAS lehnen wir ab.“ S. 52</p>

	<p>/// „Wir wollen eine europäische Fluchtumlage. Länder, Regionen und Städte, die bereit sind, mehr Flüchtlinge aufzunehmen, werden mit EU-Mitteln finanziell unterstützt.“ S. 53</p> <p>/// „Daher braucht es Aufenthalts- und Arbeitserlaubnisse unabhängig von Beschäftigungsdauer und Arbeitgeber sowie flächendeckende Kontrollen zur Durchsetzung des Mindestlohns. Qualifikationen und Abschlüsse auch von Nicht-EU-Bürger*innen müssen schneller anerkannt werden.“ S. 53</p> <p>/// „Wir wollen das aktive und passive Wahlrecht auf allen Ebenen für alle langfristig in Deutschland lebenden Menschen. Alle hier geborenen Kinder und Jugendlichen sollen die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten.“ S. 53</p>
BSW	<p>Das BSW thematisiert vor allem Sozialleistungen für Asylbewerber*innen und Geflüchtete und die Gefahr des Missbrauchs derselben.</p> <p>/// „Die im europäischen Vergleich sehr hohen sozialen Leistungen für Asylbewerber und Flüchtlinge haben eine große Anziehungskraft.“ S. 36</p> <p>/// „Gleichzeitig ist der unkontrollierte Zustrom von Menschen, über deren Biografie, Integrationsbereitschaft und Einstellung man sehr wenig weiß, ein Sicherheitsrisiko.“ S. 36</p> <p>/// „Wir verteidigen das Grundrecht auf Asyl für wirklich Schutzbedürftige. Gleichzeitig wollen wir die unkontrollierte Einwanderung beenden. (...) Wer aus einem sicheren Drittstaat einreist, hat kein Recht auf Aufenthalt. Wer kein Recht auf Aufenthalt hat, hat keinen Anspruch auf soziale Leistungen.“ S. 36, 37</p> <p>/// „Das Asylrecht wird in großem Stil missbraucht. Recht und Gesetz müssen bei Abschiebungen endlich wieder durchgesetzt werden.“ S. 37</p> <p>/// „Das Asylrecht ist kein Recht für Verfolgte, in dem Land ihrer Wahl mit den großzügigsten sozialen Leistungen Aufnahme zu finden.“ S. 38</p> <p>/// „Asylverfahren sollten nach Möglichkeit außerhalb der EU in sicheren Drittstaaten stattfinden.“ S. 38</p>

KONSEQUENTE GLEICHSTELLUNGSPOLITIK UMSETZEN

1. Verbindliche geschlechtergerechte Gesetzesfolgenabschätzung einführen	
Partei	Aussage
SPD	Die SPD will Gleichstellung im Sinne des Gender Mainstreaming zu einem Leitprinzip aller Ressorts der Regierung machen und setzt sich für eine geschlechtergerechte Gesetzesfolgenabschätzung ein. /// „Dabei orientieren wir uns an den "drei R" der feministischen Außen- und Entwicklungspolitik: Rechte, Ressourcen, Repräsentanz.“ S. 41 /// „Mit einer Folgenabschätzung aller Maßnahmen, Gesetze und des Bundeshaushalts erreichen wir mehr Gleichstellung.“ S. 41
CDU/CSU	k. A.
Bündnis 90 / Die Grünen	k. A.
FDP	k. A.
DIE LINKE	Die Linke setzt sich für eine geschlechtergerechte Gesetzesfolgenabschätzung ein. /// „Wir wollen alle neuen Gesetze auf ihre Auswirkung auf die Geschlechtergerechtigkeit hin untersuchen.“ S. 47
BSW	k. A.

2. Geschlechtergerechte Haushaltspolitik umsetzen	
Partei	Aussage
SPD	Die SPD fordert eine geschlechtergerechte Folgenabschätzung des Bundeshaushaltes. /// „Mit einer Folgenabschätzung aller Maßnahmen, Gesetze und des Bundeshaushalts erreichen wir mehr Gleichstellung.“ S. 42
CDU/CSU	k. A.
Bündnis 90 / Die Grünen	Bündnis 90/ Die Grünen setzen sich für die Einführung von Gender Budgeting ein. /// „Wir setzen uns für die Einführung moderner Instrumente zur Haushaltssteuerung wie Gender Budgeting ein.“ S. 37 /// „Insbesondere die Belange von Mädchen und Frauen fördern wir gezielt mit unserer Sportpolitik, genauso haben wir die Interessen von queeren Menschen im Blick. Zwei wichtige Mittel dazu sind das Gender Budgeting und Equal Pay.“ S. 112
FDP	k. A.
DIE LINKE	k. A.
BSW	k. A.

3. Ressortübergreifende Gleichstellungsstrategie weiterentwickeln	
Partei	Aussage
SPD	Die SPD will die ressortübergreifende Gleichstellungsstrategie weiterentwickeln. /// „Die ressortübergreifende Gleichstellungsstrategie des Bundes soll weiterentwickelt und auf eine gesetzliche Grundlage gestellt werden.“ S. 41
CDU/CSU	k. A.
Bündnis 90 / Die Grünen	k. A.
FDP	k. A.
DIE LINKE	Die Linke setzt sich für die Verabschiedung einer ressortübergreifenden Gleichstellungsstrategie ein. /// „Die Bundesregierung muss eine ressortübergreifende und langfristig angelegte Gleichstellungsstrategie verabschieden.“ S. 47
BSW	k. A.

4. Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz novellieren	
Partei	Aussage
SPD	<p>Die SPD setzt sich für die Novellierung des AGG ein und will die Antidiskriminierungsstelle des Bundes stärken.</p> <p>/// „Wir wollen das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) modernisieren, um effektiveren Schutz vor Diskriminierung zu gewährleisten.“ S. 36</p> <p>/// „Wir wollen die Antidiskriminierungsstelle des Bundes weiter stärken und zivilgesellschaftliche Beratungsangebote ausbauen, damit Betroffene gezielte Unterstützung erhalten.“ S. 36</p> <p>/// „Ein Nationaler Aktionsplan Antidiskriminierung kann helfen, Diskriminierung in allen Lebensbereichen zu bekämpfen.“ S. 36</p>
CDU/CSU	k. A.
Bündnis 90 / Die Grünen	<p>Bündnis 90/ Die Grünen wollen das AGG reformieren und die Antidiskriminierungsstelle des Bundes stärken.</p> <p>/// „Menschen, die zum Beispiel auf dem Wohnungsmarkt, im Gesundheitsbereich oder bei der Arbeit Diskriminierung erfahren, schützt der Rechtsstaat: Wir werden das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz reformieren.“ S. 116</p> <p>/// „Dazu weiten wir Fristen, Diskriminierungsgründe und den Anwendungsbereich aus, führen ein Verbandsklagerecht ein und schließen Schutzlücken. Dazu gehört auch der Schutz vor Diskriminierung durch staatliche Stellen.“ S. 116</p> <p>/// „Deutschland soll seinen Vorbehalt gegen die 5. Europäische Antidiskriminierungsrichtlinie aufgeben und damit die Interessen der Betroffenen in den Mittelpunkt rücken.“ S. 116</p> <p>/// „Wir wollen, dass Beratungsstellen und Selbstorganisationen langfristig abgesichert und ausgebaut werden sowie die Antidiskriminierungsstelle des Bundes auch in ihren Kompetenzen gestärkt wird.“ S. 116</p> <p>/// „Mit einem Nationalen Aktionsplan Antidiskriminierung wollen wir eine wirksame Antidiskriminierungspolitik umsetzen. Mit der Schaffung der Beauftragten für Antidiskriminierung, Queeres Leben, Antirassismus und Antiziganismus haben wir die politische Stärkung von Vielfalt noch stärker verankert. Wir wollen ihre und die Arbeit der weiteren Beauftragten für gesellschaftliche Vielfalt weiter stärken.“ S. 116</p>
FDP	k. A.

DIE LINKE	<p>Die Linke fordert die Novellierung des AGG, unter anderem soll ein Verbandsklagerecht eingeführt werden und die Diskriminierungsform „familiärer Status“ aufgenommen werden.</p> <p>/// „Zudem fordern wir eine grundlegende Reform des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG), die insbesondere die Klagefristen verlängert, ein Verbandsklagerecht vorsieht, die Diskriminierungsformen „Staatsangehörigkeit“, „Aufenthaltsstatus“, „familiärer Status“ und "sozialer Status" umfasst und auch staatliches Handeln einbezieht.“ S. 53</p> <p>/// „Darüber hinaus wollen wir ein bundesweites Antidiskriminierungsgesetz und eine Novelle des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes.“ S. 47</p>
BSW	k. A.

5. Paritätsgesetz einführen	
Partei	Aussage
SPD	<p>Die SPD will ein Paritätsgesetz einführen, das Parität bei Listen- und Direktmandaten sicherstellt.</p> <p>/// „Die Zeit für Parität ist jetzt – es müssen mehr Frauen in die Parlamente. Dafür werden wir ein Paritätsgesetz auf den Weg bringen, das bei Wahlen die paritätische Vertretung von Frauen und Männern im Deutschen Bundestag bei Listen- und Direktmandaten sicherstellt. 50/50 ist unser Standard in allen Parlamenten und an allen Kabinettstischen.“ S. 42</p>
CDU/CSU	k. A.
Bündnis 90 / Die Grünen	<p>Bündnis 90/ Die Grünen fordern ein Paritätsgesetz zur Wahl des Bundestags.</p> <p>/// „Frauen machen über die Hälfte der Bevölkerung aus, sind aber noch weit von der Hälfte der wirtschaftlichen und politischen Macht entfernt – in Führungspositionen, in Wirtschaft und Gesellschaft, aber auch in Parlamenten und Kommunalvertretungen. Wir sind daher für Frauenquoten in Aufsichtsräten, in Vorständen von großen Unternehmen und für ein Paritätsgesetz zur Wahl des Bundestags.“ S. 120</p>

FDP	<p>Die FDP spricht sich gegen ein Paritätsgesetz aus und will den Frauenanteil durch Selbstverpflichtungen und verbesserte Rahmenbedingungen erhöhen.</p> <p>/// „Wir Freie Demokraten setzen uns für tatsächliche Chancengleichheit für Frauen und Männer im politischen Betrieb ein. Dabei lehnen wir starre Quoten und verfassungswidrige Instrumente wie Paritätsgesetze ab, die die Freiheit der Wahl und der Parteien beeinflussen.“ S. 50, ergänzende Beschlüsse</p> <p>/// „Nachhaltige Veränderungen müssen aus den Parteien heraus angestoßen werden. Hierbei setzen wir auf Selbstverpflichtungen in Form von Zielvereinbarungen, um die Repräsentanz von Frauen in Führungsfunktionen und Mandaten auf allen Ebenen zu erhöhen. Parteien sind in der Pflicht, ihre Parteikultur offener und transparenter zu gestalten. Damit verfolgen wir das Ziel, langfristig die Rahmenbedingungen für politisches Engagement für alle zu verbessern und Parität zu erreichen.“ S. 50, ergänzende Beschlüsse</p>
DIE LINKE	<p>Die Linke setzt sich für eine Regelung ein, die sicherstellt, dass 50 Prozent der Mandate auf Frauen entfallen.</p> <p>/// „Wir halten an der Forderung nach politischer Parität fest. Wir setzen uns dafür ein, dass es im Wahlrecht die Regelung gibt, dass 50 Prozent der Listenplätze und Mandate bei öffentlichen Wahlen auf Frauen entfallen müssen.“ S. 46</p>
BSW	k. A.

6. UN-Frauenrechtskonvention konsequent umsetzen	
Partei	Aussage
SPD	k. A.
CDU/CSU	k. A.

Bündnis 90 / Die Grünen	k. A.
FDP	<p>Die FDP spricht sich für die Einhaltung von Menschenrechten aus, möchte die Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen stärken und setzt sich dafür ein, dass die Vertragsstaaten die UN-Frauenrechtskonvention CEDAW konsequent umsetzen.</p> <p>/// „Wir Freie Demokraten bekennen uns zur Charta der Vereinten Nationen, der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte sowie der Genfer Flüchtlingskonvention und wollen, dass Menschenrechtsverletzungen und Diskriminierung konsequenter geahndet werden. Dafür wollen wir die Zusammenarbeit mit [...] den Vereinten Nationen (VN) stärken. Dazu gehört auch, bestehendes Recht in Deutschland, Europa und der Welt konsequent anzuwenden. Wir setzen uns [...] dafür [ein], dass die VN-Frauenrechtskonvention (CEDAW) sowie die Istanbul-Konvention zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen von den Vertragsstaaten konsequent umgesetzt werden.“ S.98, ergänzende Beschlüsse</p>
DIE LINKE	k. A.
BSW	k. A.

SORGEARBEIT UMWERTEILEN UND AUFWERTEN

1. Freistellung für Väter und Co-Mütter rund um die Geburt einführen	
Partei	Aussage
SPD	<p>Die SPD fordert eine Familienstartzeit, die Vätern und Partner*innen eine zweiwöchige Freistellung nach Geburt des Kindes bei voller Lohnfortzahlung ermöglicht.</p> <p>/// „Für ein gelingendes Familienleben brauchen berufstätige Eltern Zeit und den nötigen Freiraum, um ihren Alltag partnerschaftlich zu organisieren. Wir wollen deshalb eine Familienstartzeit einführen: Väter oder Partnerinnen und Partner sollen sich für die ersten zwei Wochen nach der Geburt eines Kindes bei voller, umlagefinanzierter Lohnfortzahlung freistellen lassen können.“ S. 22</p>
CDU/CSU	k. A.
Bündnis 90 / Die Grünen	<p>Bündnis 90/ Die Grünen schlagen eine zweiwöchige Freistellung von Vätern und Co-Müttern nach Geburt des Kindes mit einer Lohnersatzleistung vor.</p> <p>/// „Wir werden mit einer Familienstartzeit entsprechend der Regelungen der Europäischen Union (EU) Vätern und Co-Müttern die Möglichkeit geben, sich die ersten zwei Wochen nach der Geburt eines Kindes mit einer Lohnersatzleistung von der Arbeit freizustellen. Diese Möglichkeit soll es auch für Alleinerziehende geben und möglichst unbürokratisch bezogen werden können.“ S. 82</p>
FDP	k. A.
DIE LINKE	<p>Die Linke setzt sich für 28 Tage Elternschutz für den zweiten Elternteil ab Geburt des Kindes ein.</p> <p>/// „Um eine partnerschaftliche Aufteilung von Sorge- und Erwerbsarbeit zwischen Müttern und Vätern zu fördern, wollen wir für den zweiten Elternteil 28 Tage Elternschutz (ab Geburt des Kindes) einführen.“ S. 16</p>

BSW	k. A.
------------	-------

2. Elterngeld partnerschaftlich weiterentwickeln

Partei	Aussage
SPD	<p>Die SPD schlägt ein 6+6+6 Modell vor: Jeder Elternteil hat sechs nicht übertragbare Elterngeldmonate, sechs Monate können frei verteilt werden.</p> <p>/// „Jeder Elternteil soll Anspruch auf sechs nicht übertragbare Monate Elterngeld erhalten. Zusätzlich gibt es weitere sechs Monate, die frei auf beide Elternteile verteilt werden können. Damit steigt die Gesamtzahl der Elterngeldmonate von jetzt 14 auf 18 Monate.“ S. 22</p>
CDU/CSU	<p>CDU/CSU will den Partnerschaftsbonus, der Anreize für eine partnerschaftliche Teilung von Elterngeldbezug und Teilzeiterwerbstätigkeit setzt, weiterentwickeln.</p> <p>/// „Wir verbessern das Elterngeld. Den Partnerschaftsbonus bei gleichzeitiger vollzeitnaher Teilzeit beider Eltern entwickeln wir weiter.“ S. 60</p>
Bündnis 90 / Die Grünen	<p>Bündnis 90/ Die Grünen fordern eine partnerschaftliche Weiterentwicklung des Elterngelds. Sie wollen den Mindest- und Höchstbetrag sowie die Ersatzrate für geringe Einkommen erhöhen.</p> <p>/// „Teilen sich Eltern ihre Elternzeit gerecht auf, setzt sich das häufig später auch in der familiären Aufgabenverteilung fort. Nehmen sich Väter Zeit für ihre Kinder, kehren Mütter früher und mit höherem Stundenumfang zurück in den Beruf. Das verschafft ihnen finanzielle Freiheit und sichert Fachkräfte. Die Elternzeit möchten wir deshalb so gestalten, dass mindestens jeweils ein Drittel der Zeit von jedem Elternteil genutzt werden kann. Damit setzen wir Anreize für eine partnerschaftlichere Aufteilung. Auch Pflegeeltern sollen Elterngeld erhalten.“ S. 82</p> <p>/// „Den Mindest- und Höchstbetrag, der seit der Einführung des Elterngeldes im Jahr 2007 unverändert ist, wollen wir auf 500 bzw. 2.400 Euro erhöhen. Zusätzlich werden wir die Ersatzrate für geringe Einkommen anheben.“ S. 82</p>

FDP	<p>Die FDP schlägt ein 4+6+4 Modell vor: Eltern profitieren nur dann voll vom Elterngeld, wenn jeder Elternteil mindestens vier Monate in Anspruch nimmt.</p> <p>/// „Das volle Elterngeld (14 Monate) soll voll ausgezahlt werden, wenn beide Partner je mindestens vier Elterngeldmonate in Anspruch nehmen. Die restlichen Monate können Eltern frei unter sich aufteilen.“ S. 29</p> <p>/// „Pflegeeltern und Selbständigen soll der Zugang zum Elterngeld vereinfacht werden.“ S. 50, ergänzende Beschlüsse</p>
DIE LINKE	<p>Die Linke will den Mindestbetrag des Elterngelds erhöhen und Mindest- und Höchstbetrag an die Preisentwicklung koppeln. Außerdem soll der Mindestbetrag nicht auf Bürgergeld oder Asylbewerberleistungen angerechnet werden.</p> <p>/// „Den Mindestbetrag beim Elterngeld wollen wir auf 420 Euro anheben. Mindest- und Höchstbetrag sollen an die Entwicklung des allgemeinen Verbraucherpreisindex gekoppelt werden. Bis zur Einführung einer Kindergrundsicherung soll das Mindest- Elterngeld nicht auf Bürgergeld und Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz angerechnet werden.“ S. 16</p>
BSW	k. A.

3. Gute und bedarfsgerechte Bildungs- und Betreuungsangebote sicherstellen

Partei	Aussage
SPD	<p>Die SPD will, dass Bund, Länder und Kommunen gemeinsam in Kita-Qualität investieren. Kitas in benachteiligten Lagen sollen mit dem Startchancenprogramm gefördert werden. Sie setzt sich für Beitragsfreiheit und für kostenfreie Verpflegung in Kitas ein.</p> <p>/// „Wir wollen beste Bildung und Betreuung für Kinder, Verlässlichkeit für arbeitende Eltern und gute Arbeit für die Beschäftigten in Kitas garantieren. Deshalb wollen wir, dass Bund, Länder und Gemeinden gemeinsam weiter in gute Kita-Qualität investieren. Für eine gezielte Förderung von Kitas in benachteiligten Lagen wollen wir auch mit Bundesmitteln ein Startchancenprogramm schaffen“ S. 12</p> <p>/// „Der ab 2026 schrittweise geltende Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkindern ist für mehr Chancengleichheit ebenso zentral wie für mehr Verlässlichkeit in der Bildung – und er gilt! Dort, wo wir in politischer Verantwortung sind, werden wir ihn zuverlässig einlösen und für eine gute Qualität des Angebotes Sorge tragen.“ S. 12</p> <p>/// „Zudem setzen wir uns für eine kostenfreie Bildung von der Kita an ein.“ S. 23</p>

	<p>/// „In allen Bildungseinrichtungen setzen wir uns für eine gute und kostenfreie Verpflegung ein.“ S. 23</p>
CDU/CSU	<p>CDU/CSU will die Betreuungs- und Bildungsinfrastruktur ausbauen und die Kita-Qualität sowie die steuerliche Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten verbessern.</p> <p>/// „Für eine gute Betreuung, auf die sich Familien auch verlassen können. Deshalb wollen wir, dass die Infrastruktur ausgebaut, die Qualität gesteigert und die Betreuungssituation verbessert wird. Kitas in ihrer Rolle als Bildungseinrichtungen stärken wir. Zudem verbessern wir die steuerliche Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten.“ S. 61</p>
Bündnis 90 / Die Grünen	<p>Bündnis 90/ Die Grünen fordern bundesweite gesetzliche Qualitätsstandards in Kitas und wollen dafür die Investitionen des Bundes erhöhen und verstetigen. Für Unternehmen, die selbst oder in Kooperation Betreuungsplätze schaffen, sollen steuerliche Vorteile eingeführt werden.</p> <p>/// „Mit dem Kita-Qualitätsgesetz investiert der Bund derzeit jährlich rund 2 Milliarden Euro in gute frühkindliche Bildung. Diesen Weg setzen wir fort, indem wir bundesweite Qualitätsstandards im Kitabereich und in der Kindertagespflege gesetzlich festschreiben und im Bund die Investitionen in frühkindliche Bildung erhöhen und verstetigen.“ S. 75</p> <p>/// „Ein besonderes Augenmerk legen wir auch auf Kitas mit einem hohen Anteil sozioökonomisch benachteiligter Kinder. Dort wollen wir besonders unterstützen.“ S. 76</p> <p>/// „Damit eine gute Kindertagesbetreuung für alle offen ist, werden wir daran arbeiten, dass die Inanspruchnahme nicht von hohen Beiträgen abhängt. Wir fordern einkommensabhängige Kitagebühren als Standard.“ S. 76</p> <p>/// „Wir führen steuerliche Anreize für Unternehmen ein, die selbst oder in Kooperation Kitaplätze schaffen, sodass Kinder von Beschäftigten in unmittelbarer Nähe zur Arbeitsstelle betreut werden können“ S. 76</p>
FDP	<p>Die FDP setzt sich für bundesweite gesetzliche Qualitätsstandards in Kitas ein; das Vorschuljahr soll für alle Kinder verpflichtend werden. Sozial benachteiligte Kinder sollen mit dem Startchancenprogramm gefördert werden.</p> <p>/// „Wir Freie Demokraten wollen die frühkindliche Bildung durch bundeseinheitliche Kita-Qualitätsstandards fördern. Diese umfassen insbesondere einen bedarfsgerechten Betreuungsschlüssel, der pädagogische Arbeit, administrative Aufgaben und Ausfallzeiten einberechnet, den Abbau überflüssiger Bürokratie und den Einsatz von multiprofessionellen Teams zur Entlastung des Erziehungspersonals. So stellen wir verlässliche Betreuungszeiten und eine hohe Betreuungsqualität sicher.“ S. 6</p>

	<p>/// „Die Verantwortung für die Kitas überführen wir vom Familien- in das Bundesbildungsministerium, um eine ganzheitliche Verantwortung für den Bildungsweg von der Kita bis zum Bildungsabschluss in einer Hand zu gewährleisten.“ S. 6</p> <p>/// „Durch ein Startchancen-Programm für Kitas soll zusätzlich unterstützt werden, wo ein hoher Anteil sozial benachteiligter Kinder oder ein akuter Kita-Platzmangel vorhanden ist.“ S. 6</p> <p>/// „Auch der MINT-Förderung wollen wir mehr Raum in der frühkindlichen Bildung geben.“ S. 6</p> <p>/// „Zudem wollen wir das letzte Kita-Jahr zu einem verpflichtenden Vorschuljahr ausbauen.“ S. 2, ergänzende Beschlüsse</p> <p>/// „Für eine verbesserte Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf soll der Ausbau von Betriebskindergärten unterstützt und bürokratische Hürden abgebaut werden.“ S. 30</p> <p>/// „Wir wollen – insbesondere für Eltern im Schichtdienst – flexiblere, bedarfsgerechte Betreuungszeiten und Einrichtungen ermöglichen.“ S. 51, ergänzende Beschlüsse</p>
DIE LINKE	<p>Die Linke schlägt einen verbesserten, verbindlichen Betreuungsschlüssel vor und setzt sich für kostenfreie Kitas und kostenlose Mittagsverpflegung ein.</p> <p>/// „Bessere Betreuungsschlüssel: Mindestens eine*r Erzieher*in für maximal 3 Kinder unter drei Jahren und für 7,5 Kinder ab 3 Jahren – unter Berücksichtigung von Ausfall- und Vorbereitungszeiten und Elternarbeit.“ S. 38</p> <p>/// „Gebührenfreie Kitas: Alle Eltern müssen Zugang zu einem Platz haben, unabhängig vom Einkommen in den Familien.“ S. 38</p> <p>/// „Gesundes Essen: Kostenloses, gutes Mittagessen in allen Kitas und Schulen.“ S. 38</p>
BSW	<p>BSW setzt sich für die Senkung der Kita-Beiträge und mittelfristig Beitragsfreiheit sowie eine kostenfreie Mittagsverpflegung ein. Unternehmen, die Betreuungsplätze bereitstellen, werden steuerliche Vorteile in Aussicht gestellt.</p> <p>/// „Wir fordern Stabilität bzw. Senkung von Kita- Beiträgen und mittelfristig Beitragsfreiheit.“ S. 24</p> <p>/// „Jedes Kind in Deutschland verdient eine gute Ernährung. Wir wollen deshalb ein kostenloses, gesundes Mittagessen in Kitas und Schulen.“ S. 31</p> <p>/// „Unternehmen sollen stärker in die Pflicht genommen werden, wenn es um die Bereitstellung von Kita-Plätzen geht. Im Gegenzug soll es für diese Unternehmen steuerliche Vorteile geben.“ S. 32</p>

4. Vereinbarkeit von Pflege und Beruf gestalten	
Partei	Aussage
SPD	<p>Die SPD will die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf – analog zum Elterngeld - mit einer Familienpflegezeit und Familienpflegegeld unterstützen. Wohnortnahe Pflegeinfrastruktur soll ausgebaut werden und sozialer Wohnraum soll bevorzugt an Pflegebedürftige und ihre Angehörigen vergeben werden. Die Anerkennung von Pflegzeiten in der Rente soll verbessert werden.</p> <p>/// „Mit einer Familienpflegezeit und einem Familienpflegegeld, ähnlich wie beim Elterngeld, ermöglichen wir die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf ohne finanzielle Einbußen.“ S. 41</p> <p>/// „Zugleich werden wir die Beratung, Vernetzung und Anlaufstellen für die Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen ausbauen und neue Wohnformen verstetigen sowie die Tages- und Nachtpflegeeinrichtungen ausbauen, um die bedarfsgerechte Pflegeinfrastruktur zu stärken.“ S. 27</p> <p>/// „Pflegebedürftige und ihre pflegenden Angehörigen sollen zudem bei der Vergabe von sozialem Wohnraum aufgrund der besonderen Raumvoraussetzungen für die Pflege bevorzugt werden.“ S.27</p> <p>/// „Wir stärken die Anerkennung von Erziehungs- und Pflegezeiten in der Rente und schaffen eine faire Absicherung für alle Lebensphasen“ S.41</p>
CDU/CSU	<p>Die CDU/CSU will die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf stärken, schlägt aber keine konkreten Maßnahmen vor.</p> <p>/// „Wir stellen die häusliche Pflegesituation in den Mittelpunkt und wollen die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf stärken.“ S. 69</p>
Bündnis 90 / Die Grünen	<p>Bündnis 90/ Die Grünen möchten die Übernahme von Erwerbstätigen, die Pflege übernehmen finanziell unterstützen und berufliche (Teil-)Freistellungen ermöglichen. Unterstützende Pflegeinfrastruktur soll ausgebaut werden.</p> <p>/// „Wer die eigene Arbeitszeit für die Pflege reduziert, braucht finanzielle Unterstützung in Form eines zeitlich begrenzten Ausgleichs der entgangenen Einkünfte. Auch Beiträge für die Rente der pflegenden Angehörigen müssen übernommen werden. Die Leistung soll so ausgestaltet sein, dass mehrere Personen sich die Pflege teilen können. Berufliche Freistellungen sollen besser und flexibler möglich sein“ S. 92</p> <p>/// „So wie es zur guten Vereinbarkeit von Kindern und Beruf ausreichend Kita-Plätze braucht, müssen zur besseren Vereinbarkeit von Pflege und Beruf die Angebote der Tages- und Kurzzeitpflege gestärkt und ausgebaut werden.“ S. 92</p>

FDP	<p>Die FDP schlägt einen Ausbau der Pflegeinfrastruktur vor. Das Pflegeunterstützungsgeld soll auch für selbstständige pflegende Angehörige gelten.</p> <p>/// „Für eine verbesserte Vereinbarkeit von Beruf und der Pflege von Angehörigen setzen wir uns dafür ein, dass die Kurz- und Tagespflege für pflegebedürftige Menschen ausgebaut werden. S. 30</p> <p>/// „Bestehende Regelungen wie das Pflegeunterstützungsgeld für Arbeitnehmer sollen auch für Selbstständige gelten.“ S. 60, ergänzende Beschlüsse</p>
DIE LINKE	<p>Die Linke fordern eine sechswöchige Freistellung bei vollem Lohnausgleich für pflegende Angehörige. Sie setzt sich für einen Ausbau der Pflegeinfrastruktur ein.</p> <p>/// „Das Pflegeunterstützungsgeld reicht nicht aus: Wir wollen für alle Beschäftigten sechs Wochen Freistellung bei vollem arbeitgeberfinanziertem Lohnausgleich beim ersten Auftreten eines familiären Pflegefalls. Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass alle pflegenden Angehörigen Geldleistungen und Rentenpunkte erhalten.“ S. 20</p> <p>/// „Die größte Entlastung sowohl für Menschen mit Pflegebedarf als auch für ihre pflegenden Angehörigen sind Angebote einer wohnortnahen, nichtkommerziellen und von einer solidarischen Pflegevollversicherung abgedeckten professionellen Tages- und Kurzzeitpflege sowie andere unbürokratisch zugängliche Hilfen.“ S. 20</p>
BSW	<p>Das BSW setzt bei der Unterstützung von pflegenden Angehörigen auf die Erhöhung des Pflegegelds, das an die pflegebedürftige Person ausbezahlt wird, die das Geld i. d. R. an die versorgende Person weitergibt. Maßnahmen für eine bessere Vereinbarkeit von Pflege und Beruf schlägt das BSW nicht vor. Konkrete Maßnahmen für eine bessere Vereinbarkeit werden nicht vorgeschlagen.</p> <p>/// „Die Pflege von Angehörigen ist Arbeit und verdient adäquate Entlohnung bzw. finanzielle Wertschätzung sowie gesellschaftliche Anerkennung. So muss sich das Pflegegeld deutlich erhöhen. Derzeit ist es viel zu niedrig: Das Pflegegeld bei Stufe 4 (wo fast eine 24-Stunden-Pflege nötig ist) beträgt seit Januar diesen Jahres 800 Euro. Das Pflegegeld sollte sich an der Entlohnung orientieren, die professionelle Pfleger bekommen – entsprechend dem Grundsatz: gleiche Arbeit, gleicher Lohn!“ S. 33</p>

5. Kindschaftsrecht reformieren – Frauen stärken	
Partei	Aussage
SPD	Die SPD will Diskriminierungen queerer Familien im Familien- und Abstammungsrecht beenden.

	<p>/// „Wir wollen dafür sorgen, dass alle Diskriminierungen queerer Familien („Regenbogenfamilien“) im Familien- und Abstammungsrecht aufgehoben werden: Queere Familien sollen im Familien- und Abstammungsrecht vollständig gleichgestellt werden.“ S. 42</p>
CDU/CSU	<p>CDU/CSU machen keine konkreten Angaben zum Abstammungsrecht, betonen aber, die Rechte biologischer Väter nicht aushebeln zu wollen.</p> <p>/// „Rechte des biologischen Vaters dürfen nicht durch Vereinbarung der Mutter mit Dritten ausgehebelt werden.“ S. 62</p>
Bündnis 90 / Die Grünen	<p>Die Grünen nehmen sich vor, die Diskriminierung von Regenbogenfamilien im Abstammungsrecht zu beenden. Betreuungsmodelle sollen sich am Einzelfall und am Kindeswohl orientieren.</p> <p>/// „Wir passen deshalb das Familienrecht an, beenden schnellstmöglich die Diskriminierung von Regenbogenfamilien, insbesondere von lesbischen Müttern und ihren Kindern, im Abstammungsrecht und berücksichtigen dabei die Elternschaft von trans*, inter* und nicht binären Menschen. Wir verbessern die rechtliche Situation von Familien mit mehr als zwei Eltern. Außerdem ermöglichen wir es Menschen, jenseits einer Ehe rechtlich verbindlich füreinander sorgen zu können.“ S. 122</p> <p>/// „Eine Festlegung auf ein Betreuungsmodell nach Trennung der Eltern als Regelfall lehnen wir ab. Vielmehr muss dieses dem Einzelfall angemessen und am Kindeswohl orientiert sein.“ S. 83</p>
FDP	<p>Die FDP setzt sich für das Wechselmodell als gesetzliches Leitbild ein. Im Einzelfall soll geprüft werden, ob das Kindeswohl dem entgegensteht. Die Unterhaltsverantwortung soll ausdrücklich bei beiden Elternteilen liegen. Das Abstammungsrecht soll zum Wohle von Regenbogenfamilien modernisiert werden.</p> <p>/// „Wir Freie Demokraten wollen das sogenannte Wechselmodell zum gesetzlichen Leitbild bei der Betreuung minderjähriger Kinder nach einer Trennung der Eltern machen, wobei stets das Kindeswohl oberster Maßstab der Entscheidung bleibt.“ S. 30</p> <p>/// „Beide Eltern sollten berechtigt und verpflichtet sein, sowohl für den Unterhalt als auch für die Betreuung mit einem substantiellen Anteil zu sorgen.“ S. 30</p> <p>/// „Ein modernes Familienrecht soll die den heute vielfältigen Familienkonstellationen gerecht werden, etwa indem wir Elternschaftsvereinbarungen gerade in Regenbogenfamilien vor der Empfängnis ermöglichen, das Abstammungsrecht modernisieren, auch unverheirateten Paaren Adoptionen erlauben und die Verantwortungsgemeinschaft gesetzlich verankern.“ S. 30</p>

DIE LINKE	<p>Die Linke bekennt sich zur Gleichwertigkeit aller Betreuungsmodelle und will Benachteiligungen von Regenbogenfamilien im Abstammungsrecht abschaffen.</p> <p>/// „Die Gleichwertigkeit aller Betreuungsmodelle muss im Familienrecht und in der Beratung deutlich werden.“ S. 16</p> <p>/// „Regenbogenfamilien müssen gleichgestellt werden. Das Abstammungsrecht muss reformiert werden, denn es diskriminiert queere Familien.“ S. 16</p>
BSW	k. A.

6. Sorgeberufe aufwerten	
Partei	Aussage
SPD	<p>Mit dem Ausbau von Ausbildungskapazitäten, einer entlohnten Ausbildung für Erzieher*innen, mehr Tarifbindung und einer bundeseinheitlichen bedarfsgerechten Personalausstattung will die SPD die Berufe in Erziehung, Pflege und Gesundheit aufwerten.</p> <p>/// „Wir wollen daher eine Fachkräfteoffensive für Kitas und Schulen verbindlich zwischen allen Bundesländern vereinbaren, die unter anderem den Ausbau von Ausbildungskapazitäten, eine entlohnte Ausbildung für Erzieherinnen und Erzieher, multiprofessionelle Teams, die verstärkte Ansprache von Quereinsteigenden aus anderen Berufen sowie den Ausbau vollzeitnaher Tätigkeit bei den meist weiblichen Beschäftigten umfasst.“ S. 12</p> <p>/// „Eine hohe Versorgungsqualität im Gesundheitswesen beginnt mit guten Arbeitsbedingungen und einer bedarfsgerechten Personalausstattung in allen Bereichen und allen Beschäftigtengruppen. Deshalb setzen wir uns weiterhin für ordentliche Tarifverträge in Gesundheit und Pflege ein. Wir wollen zudem dafür sorgen, dass die bedarfsgerechte Personalausstattung bundeseinheitlich für alle Beschäftigtengruppen im Gesundheitswesen eingeführt wird.“ S. 28</p> <p>/// „Darüber hinaus wollen wir die Zusammenarbeit aller Gesundheitsberufe stärken, mehr Durchlässigkeit schaffen und die Befugnisse von Pflegefachpersonen erweitern. Gleichzeitig werden wir den Zugang zu Weiterbildung und gesundheitsfördernden Maßnahmen erleichtern.“ S. 28</p>

	<p>/// „Einheitliche Standards sollen sicherstellen, dass alle Berufe in diesem Bereich von hoher Ausbildungsqualität profitieren – besonders die therapeutischen Berufe, die stark interdisziplinär arbeiten. Unser Ziel ist, dass alle Auszubildenden eine faire Vergütung erhalten und Mitbestimmungsmöglichkeiten im Betrieb haben.“ S. 28</p> <p>/// „Gleichzeitig muss die Ausbildungsqualität insgesamt gestärkt werden: In den Pflegeberufen setzen wir uns insbesondere für Nachbesserungen bei der Praxisanleitung und bei den Ärztinnen und Ärzten für verlässliche Regeln bei Vergütungen und Dienstzeiten während des praktischen Jahres ein.“ S. 28</p>
<p>CDU/CSU</p>	<p>Die CDU/CSU will die Arbeitsbedingungen in der Pflege verbessern und schlägt Maßnahmen zum Abfedern von Personalengpässen und bessere Aufstiegsmöglichkeiten vor.</p> <p>/// „Eine zukunftsfeste Pflege braucht Menschen, die in den vielfältigen Berufen arbeiten. Um dem Personalnotstand entgegenzuwirken, setzen wir auf attraktive Arbeitsbedingungen wie planbare Einsatzzeiten und Springerpools zum Abfedern von Belastungsspitzen, Aufstiegsmöglichkeiten, neue Berufsbilder und Anwerbungen im Ausland.“ S. 70</p>
<p>Bündnis 90 / Die Grünen</p>	<p>Bündnis 90/ Die Grünen wollen die Arbeitsbedingungen in Erziehungs-, Pflege- und Gesundheitsberufen durch u. a. höhere Personalschlüssel, hohe Tarifbindung und vergütete Ausbildungen verbessern.</p> <p>/// „Pflegekräfte brauchen Arbeitsbedingungen, die ihnen die Zuwendung zu ihren Patient*innen möglich machen. Fachkräfte, die aufgrund von Überlastung den Job verlassen haben, wollen wir mit einer Rückkehr Offensive zurückgewinnen.“ S. 92</p> <p>/// „Dieses Potenzial wollen wir durch Beratung, die weitere Umsetzung höherer Personalschlüssel, mehr Kompetenzen für den Pflegeberuf und bessere Aufstiegchancen nutzen.“ S. 92</p> <p>/// „Unser Ziel ist eine starke berufsständische Vertretung der Pflege und eine hohe Tarifbindung in der Branche. Auch die Etablierung von Pflegekammern in allen Bundesländern, sehen wir als wichtiges Selbstbestimmungsorgan der Berufsgruppe an. Wir wollen die Ausbildungsbedingungen verbessern und die Pflegeassistentenausbildung bundesweit einheitlich regeln.“ S.92</p> <p>/// „Es fehlen schon jetzt Erzieher*innen und Fachkräfte in anderen sozialen Bereichen. Wir wissen, dass bereits viele an oder über der Belastungsgrenze arbeiten. Diese Arbeitsbedingungen wollen wir verbessern. Deshalb investieren wir in gute Kitas, Kindertagespflegestellen und weitere soziale Betreuungsstätten sowie die Gewinnung von Erzieher*innen und unterstützenden Fachkräften. Wir setzen ein Maßnahmenpaket zur Fachkräftesicherung um. Darin machen wir uns für schulgeldfreie, vergütete Ausbildungen, einen attraktiven Arbeitsplatz, berufsbegleitende Anerkennungsverfahren, schnellere Anerkennung ausländischer Abschlüsse und flexiblere Weiterbildungen und Umschulungen stark.“ S. 75</p>

FDP	<p>Die FDP will mit vergüteten Erzieheraus- und Weiterbildungen und Maßnahmen in der Pflege, wie digitalen Anwendungen, bessere Arbeitsbedingungen in Sorgeberufen schaffen</p> <p>/// „Zur Bekämpfung des Fachkräftemangels wollen wir die pädagogischen Aus-, Fort- und Weiterbildung grundlegend modernisieren. Indem wir die Erzieheraus- und Weiterbildung generell schulgeldfrei stellen und angemessen vergüten sowie die Ausbildungskapazitäten der Länder erhöhen, ermöglichen wir mehr Menschen den Zugang zur Ausbildung. Wir modularisieren die Ausbildung, um die Ausbildungsqualität bundesweit auf ein hohes einheitliches Niveau anzuheben.“ S. 7</p> <p>/// „Wir wollen im Inland und Ausland mehr Pflegefachkräfte gewinnen. Dafür wollen wir Anerkennungsverfahren für ausländische Pflegekräfte drastisch vereinfachen. Durch digitale Anwendungen, Automatisierung und Robotik wollen wir maßgeblich zur Entlastung des Pflegepersonals beitragen.“ S. 34</p> <p>/// „Da viele Pflegekräfte aus gesundheitlichen Gründen den Beruf vorzeitig verlassen müssen, nehmen wir sowohl die psychische als auch physische Unterstützung ernst. Wichtig ist uns dabei stets, die beruflich Pflegenden an zentraler Stelle in die Erarbeitung der nötigen Reformen einzubinden und so ihre fachliche und praktische Expertise zu nutzen.“ S. 61, ergänzende Beschlüsse</p>
DIE LINKE	<p>Die Linke will in den Sorgeberufen die Arbeitsbedingungen durch bessere Arbeitsschutzverordnungen, höhere Tarifbindung und gesetzlich vorgeschriebene Personalbemessung verbessern.</p> <p>/// „Wir brauchen bessere Arbeitsschutzverordnungen gegen berufliche Überlastung und erzwingbare Mitbestimmung für Betriebsräte bei Personalbemessung und der Vorbeugung von Belastungen. Beschäftigte sollten wöchentliche Beratungszeit bekommen, um sich über die Arbeitsbedingungen zu verständigen. Arbeitsschutzbehörden brauchen mehr Personal und Bußgelder müssen empfindlich erhöht werden. Berufskrankheiten müssen leichter anerkannt werden.“ S. 27</p> <p>/// „Wir unterstützen die Kämpfe um flächendeckende Entlastungstarifverträge und bessere Arbeitsbedingungen. Wir fordern eine bundesweite Offensive zur Rückanwerbung von Pflegekräften und anderen Gesundheitsarbeiter*innen, die ihren Beruf verlassen haben, außerdem eine Ausbildungsoffensive, die Refinanzierung von Tarifverträgen und dass Tarifverträge leichter für allgemeinverbindlich erklärt werden können“ S. 18</p> <p>/// „Wir setzen uns für eine gesetzlich vorgeschriebene Personalbemessung, bei der es am Ende auch mehr Personal gibt, sowie für Schichtpläne ohne Stress. Es braucht mindestens 100 000 zusätzliche Pflegekräfte in den Krankenhäusern!“ S. 18</p> <p>/// „Schluss mit Outsourcing, um Löhne zu drücken oder Tarifverträge zu umgehen! Wir unterstützen die Kämpfe der Beschäftigten im Gesundheitswesen für die Rücknahme von Ausgliederungen und Privatisierungen (etwa der Küchen- und Reinigungsdienstleistungen oder der Logistik). Es muss gelten: Ein Haus, ein Tarif!“ S. 18</p>

BSW	Das BSW möchte Sorgeberufe aufwerten, schlägt aber keine Maßnahmen vor. /// „Zudem wollen wir die Sozial- und Erzieherberufe aufwerten.“ S. 32
------------	---

7. Haushaltsnahe Dienstleistungen öffentlich bezuschussen

Partei	Aussage
SPD	Die SPD will die Inanspruchnahme haushaltsnaher Dienstleistungen, die sozialversicherungspflichtig geleistet werden, öffentlich fördern. /// „Mit einem jährlichen Familienbudget für Alltagshelfer wollen wir sozialversicherungspflichtige haushaltsnahe Dienstleistungen direkt fördern und einfach digital zugänglich machen. Das hilft auch im Kampf gegen Schwarzarbeit.“ S. 23
CDU/CSU	Haushaltsnahe Dienstleistungen sollen laut CDU/CSU besser steuerlich absetzbar sein. Eine staatliche Förderung von haushaltsnahen Dienstleistungen, die sozialversicherungspflichtig erfolgen, ist nicht vorgesehen. /// „Wir verbessern die steuerliche Absetzbarkeit haushaltsnaher Dienstleistungen.“ S. 13
Bündnis 90 / Die Grünen	k. A.
FDP	k. A.
DIE LINKE	Die Linke will gute Arbeitsbedingungen für Beschäftigte in Privathaushalte sicherstellen. Öffentliche Zuschüsse für haushaltsnahe Dienstleistungen sind nicht vorgesehen. /// „Beschäftigte in Privathaushalten sollen vorrangig über gemeinwohlorientierte und kommunale Träger vermittelt werden sowie über zertifizierte Agenturen, die Tarifverträge und gute Arbeitsbedingungen sicherstellen.“ S. 26-27

BSW	k. A.
------------	-------

ÖKONOMISCHE EIGENSTÄNDIGKEIT STÄRKEN – GESCHLECHTERGERECHTE ARBEITSMARKT- UND STEUERPOLITIK

1. Entgeltgleichheit wirksam durchsetzen	
Partei	Aussage
SPD	<p>Die SPD spricht sich für gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit aus und will ein wirksames Lohngerechtigkeitsgesetz schaffen.</p> <p>/// „Wir wollen die Ungerechtigkeit beenden, dass Frauen immer noch weniger verdienen als Männer, und deswegen die EU-Entgelttransparenzrichtlinie bis 2026 in nationales Recht umsetzen. Wir werden das deutsche Entgelttransparenzgesetz zu einem wirksamen Lohngerechtigkeitsgesetz weiterentwickeln.“ S. 20</p> <p>/// „Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit ist unsere Antwort auf den immer noch existenten Gender Pay Gap. Mehr Tarifbindung ist auch insoweit wichtig, denn mit Tarifvertrag erfolgen Einstufung und Bezahlung oft gerechter.“ S. 11</p>
CDU/CSU	k. A.
Bündnis 90 / Die Grünen	<p>Bündnis 90/ Die Grünen wollen den gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit durchsetzen und setzen sich für eine zügige und vollständige Umsetzung der EU-Entgelttransparenzrichtlinie ein.</p> <p>/// „Unsere Priorität ist, das Leben für Frauen gerechter und besser zu machen. Das bedeutet, den gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit durchzusetzen.“ S. 118</p> <p>/// „Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit: Dieser Slogan wird Wirklichkeit, wenn Frauen ihr Recht auf gleiche Bezahlung auch in der Praxis durchsetzen können. Die Realität sind aber Gender Pay Gap, Gender Care Gap und Gender Pension Gap. Deshalb werden wir die EU-Entgelttransparenzrichtlinie zügig und vollständig umsetzen. Wir wollen mehr Transparenz über Lohngefälle herstellen, die Regeln verbindlicher und besser einklagbar machen und dadurch Gleichstellung wirksam voranbringen.“ S. 68</p>
FDP	<p>Die FDP erkennt den Gender Pay Gap und setzt auf die Eigenverantwortlichkeit der Arbeitgeber, die sie bei der Berechnung des eigenen Gender Pay Gaps und anschließenden Angleichungsmaßnahmen unterstützen wollen.</p>

	<p>/// „Frauen verdienen bei gleicher Leistung und Position immer noch weniger Geld als Männer. Wir bekämpfen Lohnunterschiede, indem wir Arbeitgeber dabei unterstützen, den eigenen Gender Pay Gap zu berechnen und wirksame Angleichungsmaßnahmen umzusetzen.“ S. 49 f., ergänzende Beschlüsse</p> <p>/// „Wir erwarten bei Tarifverhandlungen in frauendominierten Branchen gleiche Bemühungen wie in männerdominierten.“ S. 50, ergänzende Beschlüsse</p>
DIE LINKE	<p>Die Linke will den gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit sicherstellen und das Entgelttransparenzgesetz zu einem Entgeltgleichheitsgesetz weiterentwickeln.</p> <p>/// „Wir kämpfen dafür, dass Frauen endlich gleiches Geld für gleichwertige Arbeit bekommen.“ S. 4</p> <p>/// „Das Entgelttransparenzgesetz muss ein Entgeltgleichheitsgesetz werden, um gleiche Bezahlung für gleichwertige Arbeit durchzusetzen. Es soll Unternehmen auch dazu verpflichten, bestehende Ungerechtigkeiten in der Bewertung von Arbeit schrittweise und branchenübergreifend abzubauen mit dem Ziel, dass Arbeit mit Menschen nicht schlechter bewertet wird als Arbeit mit Maschinen, oder dass Berufserfahrung mit formalen Abschlüssen gleichgestellt wird. Gleiche Bezahlung von Frauen, Beschäftigten mit Migrationsgeschichte und unabhängig von der geschlechtlichen Identität müssen endlich gewährleistet werden – Gender Pay Gap und Migration Pay Gap überwinden! Gewerkschaften brauchen ein Verbandsklagerecht, damit Betroffene nicht allein klagen müssen.“ S. 27</p>
BSW	<p>Das BSW weist auf den Gender Pay Gap hin und will die Einkommenslücke durch die Erhöhung des Mindestlohns und der Abschaffung von Minijobs schließen.</p> <p>/// „Frauen verdienen durchschnittlich weniger als Männer – für die gleiche Arbeit. Der sogenannte Gender Pay Gap findet seine Fortsetzung in einer niedrigen Altersrente.“ S. 33</p> <p>/// „Wir wollen den gesetzlichen Mindestlohn unverzüglich auf 15 Euro anheben. Der Mindestlohn muss dauerhaft armutsfest sein. Künftige Anpassungen sollen sich an der EU-Mindestlohnrichtlinie orientieren (60 Prozent des Median-Einkommens).“ S. 21</p> <p>/// „Wir wollen gesetzliche Grundlagen schaffen, um Minijobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse zu überführen und den Missbrauch von Werkverträgen und Leiharbeit zu beenden. Befristungen mit Sachgrund wollen wir deutlich reduzieren. Sachgrundlose Befristungen und Kettenbefristungen lehnen wir ab.“ S. 21</p> <p>/// „Diese Maßnahmen sollen auch dazu beitragen, die Einkommenslücke zwischen Männern und Frauen zu schließen.“ S. 21</p>

2. Gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in Führungspositionen sicherstellen	
Partei	Aussage
SPD	<p>Die SPD setzt sich für die Weiterentwicklung des Führungspositionengesetzes ein und will bis 2023 Parität in Aufsichtsräten und Vorständen erreichen. Außerdem soll ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft eingeführt werden.</p> <p>/// „Unser Ziel bleibt die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in Führungspositionen. Dazu werden wir das Führungspositionen-Gesetz weiterentwickeln mit dem Ziel, bis 2030 Parität in Aufsichtsräten und Vorständen zu erreichen. Als nächsten Schritt streben wir ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft an.“ S. 42</p> <p>/// „Damit Frauen und Männer gleichermaßen am Erwerbsleben, an der Care-Arbeit und an Führungspositionen teilhaben können, bekämpfen wir strukturelle Benachteiligungen.“ S. 41</p>
CDU/CSU	k. A.
Bündnis 90 / Die Grünen	<p>Bündnis 90/ Die Grünen setzen sich für eine Frauenquote in Aufsichtsräten und Vorständen von großen Unternehmen ein und wollen die EU-Richtlinie zu Führungspositionen konsequent umsetzen.</p> <p>/// „Frauen machen über die Hälfte der Bevölkerung aus, sind aber noch weit von der Hälfte der wirtschaftlichen und politischen Macht entfernt – in Führungspositionen, in Wirtschaft und Gesellschaft, aber auch in Parlamenten und Kommunalvertretungen. Wir sind daher für Frauenquoten in Aufsichtsräten, in Vorständen von großen Unternehmen und für ein Paritätsgesetz zur Wahl des Bundestags. Um die Gleichstellung weiter voranzutreiben, werden wir auch in Deutschland die Vorgaben der weitreichenderen EU-Richtlinie zu Führungspositionen konsequent umsetzen sowie Sanktionen bei der Nichterreichung der Ziele einführen.“ S. 120</p> <p>/// „Auch im Gesundheitswesen wollen wir durch Quoten und bessere Arbeitsbedingungen mehr Frauen in die Führungsgremien holen.“ S. 121</p>
FDP	k. A.

DIE LINKE	Die Linke setzt sich für die paritätische Besetzung von Aufsichtsräten von Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten ein. <i>///</i> „In allen privaten und öffentlichen Unternehmen ab 500 Beschäftigten muss echte paritätische Mitbestimmung in den Aufsichtsräten her.“ S. 27
BSW	Das BSW stellt die Benachteiligung von Frauen fest. <i>///</i> „Aber in der Realität sind Frauen nach wie vor in vielfältiger Weise benachteiligt. Sie sind in vielen Bereichen und vor allem auf höheren Funktionsebenen unterrepräsentiert.“ S. 33

3. Lebensphasenorientierte Arbeitszeiten ermöglichen

Partei	Aussage
SPD	Die SPD setzt sich für die Modernisierung von Arbeitszeitmodellen ein und will mit flexiblen Arbeitszeitmodellen mehr Zeit für Familie schaffen. <i>///</i> „Die Modernisierung von Arbeitszeitmodellen ermöglicht eine bessere Balance zwischen Beruf und Privatleben. Gleichzeitig sichern wir durch eine Fachkräfteoffensive die Qualität und Verlässlichkeit von Kitas und Schulen und reduzieren Schließzeiten deutlich.“ S. 41 <i>///</i> „Wir wollen Eltern und vor allem berufstätigen Müttern ihren Alltag erleichtern. Flexible Arbeitszeitmodelle und eine verlässliche Betreuungsinfrastruktur in Kitas und Schulen schaffen mehr Zeit für die Familie.“ S. 41 <i>///</i> „Wir unterstützen die Gewerkschaften in dem gemeinsamen Ziel, dem gesteigerten Bedürfnis der Beschäftigten nach flexibleren Arbeitszeiten, Arbeitszeitverkürzung oder mehr Wahloptionen und einer damit einhergehenden besseren Vereinbarkeit von Arbeit und Freizeit Rechnung zu tragen.“ S. 22
CDU/CSU	Die CDU/CSU will das Arbeitszeitgesetz reformieren und statt einer täglichen eine wöchentliche Höchstarbeitszeit festlegen. Frauen sollen in Vollzeitarbeit gebracht werden und bessere Rahmenbedingungen für Vollzeitarbeit oder vollzeitnahe Arbeit geschaffen werden. <i>///</i> „Flexibler arbeiten. Wir reformieren das Arbeitszeitgesetz und legen für alle Unternehmen anstelle der täglichen eine wöchentliche Höchstarbeitszeit im Sinne der europäischen Arbeitszeitrichtlinie fest.“ S. 12 <i>///</i> „Hürden aus dem Weg räumen. Vor allem Frauen in Teilzeit sind eine Gruppe mit großem Potenzial für den Arbeitsmarkt. Es braucht bessere Rahmenbedingungen für Vollzeitarbeit oder vollzeitnahe Arbeit.“ S. 13

<p>Bündnis 90 / Die Grünen</p>	<p>Bündnis 90/ Die Grünen setzen sich für mehr Zeitsouveränität und flexible Arbeitszeitmodelle ein.</p> <p>/// „Die Erwerbsmöglichkeiten für Frauen verbessern wir durch gleiche Löhne und mehr Zeitsouveränität. Sie sollen mehr Einfluss nehmen können auf Lage und Dauer ihrer Arbeitszeit, um eine bessere Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Familie und eine gerechte Aufteilung von Sorgearbeit zwischen den Geschlechtern zu ermöglichen. Dazu gehört auch die Möglichkeit im Homeoffice und mobil zu arbeiten mit klaren Regeln und fairen Absprachen. Die Brückenteilzeit und das damit verbundene Rückkehrrecht in Vollzeit wollen wir weiten und individueller gestalten.“ S. 68</p> <p>/// „Deshalb müssen wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtern und die Bedingungen für eine gerechte Aufteilung von Care-Arbeit verbessern. Dafür wollen wir den Beschäftigten mehr Zeitsouveränität und flexible Arbeitszeitmodelle ermöglichen, ohne die Betriebe zu überfordern.“ S. 19</p>
<p>FDP</p>	<p>Die FDP will das Arbeitszeitgesetz abschaffen und fordert flexible Arbeitszeiten, um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu verbessern.</p> <p>/// „Das veraltete Arbeitszeitgesetz schaffen wir ab, um flexible Arbeitszeiten zu ermöglichen. Flexible Arbeitszeiten, Teilzeit, Jobsharing, bzw. Topsharing und Homeoffice soll es Frauen wie Männern ermöglichen, Beruf und Familie besser zu vereinbaren.“ S. 30</p> <p>/// „Wir Freie Demokraten wollen das deutsche Arbeitszeitgesetz reformieren, indem wir mit einer wöchentlichen statt einer täglichen Höchstarbeitszeit neue und flexible Arbeitszeitmodelle ermöglichen.“ S. 17</p>
<p>DIE LINKE</p>	<p>Die Linke fordert Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich und regt die vollzeitnahe Beschäftigung sowohl von Männern als auch von Frauen als „neue Normalarbeitszeit“ an.</p> <p>/// „Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich fördern. Im Leben soll genügend Zeit für Erwerbsarbeit, Familie, die Sorge für Kinder, Partner*innen und Freund*innen, politisches Engagement, individuelle Weiterbildung, Freizeit und Kultur sein. Wenn alle ihre Erwerbsarbeitszeit auf eine ‚vollzeitnahe Teilzeit‘ verkürzen (mehrheitlich die Männer) bzw. erhöhen (mehrheitlich die Frauen) profitieren alle davon.“ S. 46</p> <p>/// „Die ‚vollzeitnahe Teilzeit‘ muss zur ‚neuen Normalarbeitszeit‘ im öffentlichen Sektor werden, z. B. in Krankenhäusern, Pflegeheimen, bei der Müllabfuhr, im ÖPNV oder in den Kitas werden. Wir unterstützen die Gewerkschaften in allen Branchen bei ihren Forderungen nach einer geringeren Wochenarbeitszeit oder einer Vier-Tage-Woche bei vollem Lohn- und notwendigem Personalausgleich in allen Branchen.“ S. 46</p>

BSW	/// „Die Attraktivität der Verwaltungen als Arbeitgeber wollen wir durch flexible Arbeitszeitmodelle, kompetente und schlanke Führungsstrukturen sowie die frühzeitige Förderung von Leistungsträgern erhöhen.“ S. 21
------------	---

4. Minijobs sozial absichern

Partei	Aussage
SPD	<p>Die SPD will alle Beschäftigungsverhältnisse in die soziale Sicherung einbeziehen und Minijobs weitestgehend abschaffen, wobei für bestimmte Gruppen wie bspw. Rentner*innen eine Ausnahme gelten soll.</p> <p>/// „Mini-Jobs sind vorgezeichnete Wege in die Altersarmut. Unser Ziel ist, alle Beschäftigungsverhältnisse in die soziale Sicherung einzubeziehen. Wir wollen Missbrauch bekämpfen und Beschäftigten den Weg aus Mini-Jobs in sozial gut abgesicherte Arbeit öffnen. Dabei wird es Übergänge für bestehende Arbeitsverhältnisse und Ausnahmen für bestimmte Gruppen wie zum Beispiel Rentnerinnen und Rentnern geben.“ S. 11</p>
CDU/CSU	k. A.
Bündnis 90 / Die Grünen	<p>Bündnis 90/ Die Grünen setzt sich für die schrittweise Überführung von Minijobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ein, wobei Rentner*innen, Schüler*innen und Studierende ausgenommen sein sollen.</p> <p>/// „Minijobs wollen wir schrittweise in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung überführen, mit Ausnahmen für Rentner*innen, Schüler*innen und Studierende. Denn sie führen vor allem für Frauen und in Kombination mit dem Ehegattensplitting zu einer Teilzeitfalle, weil sie den Anreiz setzen, weniger und ohne soziale Absicherung zu arbeiten.“ S. 69</p> <p>/// „Um die Renten zu stärken, werden wir auch erneut den Mindestlohn anheben und prekäre Beschäftigung, insbesondere Minijobs, abbauen.“ S. 98</p>
FDP	k. A.

DIE LINKE	<p>Die Linke fordert die Abschaffung von Minijob und die volle Sozialversicherung jedes Beschäftigungsverhältnisses.</p> <p>/// „Volle Sozialversicherung in jedem Arbeitsverhältnis ab dem ersten Euro statt Minijobs, Midijobs und Ausnahmen für ausländische Saisonbeschäftigte. Alle brauchen Krankenversicherung, Rente und Schutz bei Arbeitslosigkeit.“ S. 26</p>
BSW	<p>Das BSW fordert die Überführung von Minijobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse.</p> <p>/// „Wir wollen gesetzliche Grundlagen schaffen, um Minijobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse zu überführen und den Missbrauch von Werkverträgen und Leiharbeit zu beenden.“ S. 21</p>

5. Armut von Alleinerziehenden und ihren Kindern bekämpfen – Steuergutschrift einführen

Partei	Aussage
SPD	<p>Die SPD will Alleinerziehende mit einem Abzug von der Steuerschuld unterstützen. Einkommensarme Familien soll eine gebündelte Familienleistung – aus Kindergeld, Kinderzuschlag und Wohngeld – zugutekommen, die möglichst automatisch beantragt und ausbezahlt werden soll.</p> <p>/// „Für Alleinerziehende wollen wir den Entlastungsbetrag in einen Abzug von der Steuerschuld umwandeln.“ S. 23</p> <p>/// „Im nächsten Schritt wollen wir erreichen, dass Familien – insbesondere auch Alleinerziehende – mit eigenem niedrigen Lohneinkommen mit einer Kombination aus Kindergeld, Kinderzuschlag und Wohngeld nicht auf ergänzendes Bürgergeld angewiesen sind. Mit einer zentralen Ansprechstelle soll zudem die Zugänglichkeit dieser Leistungen weiter verbessert und die (digitale) Beantragung weiter erleichtert werden. Wo möglich sollen Leistungen automatisch beantragt und ausgezahlt werden.“ S. 23</p>
CDU/CSU	<p>CDU/CSU wollen Alleinerziehende mit einem erhöhten steuerlichen Entlastungsbetrag unterstützen. Familienleistungen sollen gebündelt und einfacher zugänglich sein.</p> <p>/// „Alleinerziehende finanziell unterstützen. Sie sind besonders armutsgefährdet, selbst wenn sie arbeiten. Deshalb erhöhen wir den steuerlichen Entlastungsbetrag.“ S. 61</p> <p>/// „Unser Ziel ist, den Kinderfreibetrag in Richtung des Grundfreibetrags der Eltern zu entwickeln. Entsprechend heben wir auch das Kindergeld an, das künftig nach der Geburt automatisch ausgezahlt werden soll. Gleichzeitig setzen wir uns dafür ein, dass das Kindergeld für im EU-Ausland lebende Kinder an die Unterhaltskosten des jeweiligen Landes angepasst werden kann. Zudem bündeln wir Familienleistungen und machen sie einfacher zugänglich.“ S. 61</p>

<p>Bündnis 90 / Die Grünen</p>	<p>Bündnis 90/ Die Grünen schlagen eine Kindergrundsicherung vor, die Leistungen bündelt und niedrigschwellig zugänglich macht. Das soziokulturelle Existenzminimum soll neu berechnet werden und Alleinerziehende und Trennungsfamilien mit einer Steuergutschrift sowie einem Umgangsmehrbedarf unterstützt werden.</p> <p>/// „Deshalb wollen wir schnellstmöglich eine Kindergrundsicherung einführen. Mit ihr wollen wir Antragsverfahren weiter verschlanken und stetig automatisieren, damit Kinder und ihre Familien die ihnen zustehenden Leistungen auch tatsächlich erhalten. Eltern müssen von Anfang an, bei Geburt ihres Kindes, über ihre Ansprüche durch den Staat informiert werden. Dazu führen wir einen Kindergrundsicherungs-Check ein, der prüft, in welcher Höhe ein Kind Ansprüche auf Unterstützung hat und die Familien aktiv darüber informiert. Wir machen aus der Holschuld der Eltern eine Bringschuld des Staates für die Absicherung aller Kinder“ S. 83-84</p> <p>/// „Für den Kampf gegen Kinderarmut wollen wir neben der Modernisierung der Verwaltung zudem eine armutsfeste Neuberechnung des soziokulturellen Existenzminimums für Kinder sowie eine bessere Unterstützung und Entlastung von Alleinerziehenden bei der Anrechnung von Unterhalt und Einkommen.“ S. 84</p> <p>/// „Wir wollen Alleinerziehenden den Rücken stärken und ihre Armutsrisiken minimieren. Dafür bauen wir den bestehenden Freibetrag für Alleinerziehende zu einer Steuergutschrift aus, wovon besonders kleine und mittlere Einkommen profitieren. Das Kindergeld rechnen wir nur noch zur Hälfte auf den Unterhaltsvorschuss an“ S. 83</p> <p>/// „Insbesondere für junge Alleinerziehende mit kleinen Kindern wollen wir die Arbeitsmarktchancen verbessern – mit Ansprüchen auf Beratung und Qualifizierungsmaßnahmen“ S. 83</p> <p>/// „Wächst ein Kind in einer Trennungsfamilie bei beiden Elternteilen auf, wollen wir den sogenannten Umgangsmehrbedarf im Steuer- und Sozialrecht berücksichtigen“ S. 83</p>
<p>FDP</p>	<p>Die FDP schlägt keine Maßnahmen für einkommensarme Alleinerziehende vor, will für (Trennungs-)Familien aber die steuerliche Absetzbarkeit von Betreuungskosten sowie gesetzliche Unterhaltsleistungen verbessern.</p> <p>/// „Um Familien und Alleinerziehende stärker zu entlasten, wollen wir die steuerliche Absetzbarkeit von Betreuungskosten und gesetzlichen Unterhaltsleistungen verbessern.“ S. 13</p>
<p>DIE LINKE</p>	<p>Die Linke schlägt für (berufstätige) Alleinerziehende, eine Kitaplatz-Garantie, eine Steuergutschrift sowie Verbesserungen beim Unterhaltsvorschuss vor. Kinderarmut soll mit einer Kindergrundsicherung bekämpft werden.</p>

	<p>/// „Berufstätige Alleinerziehende wollen wir durch die konsequente Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Kitaplatz entlasten. Außerdem fordern wir eine Steuergutschrift, die mindestens der maximalen Wirkung des heutigen Entlastungsbetrags von 2.028 Euro im Jahr entspricht und die regelmäßig erhöht wird.“ S. 16</p> <p>/// „Den Unterhaltsvorschuss machen wir gerechter, indem u. a. das Kindergeld nicht mehr voll angerechnet und das Bezugsalter bis zum 25. Lebensjahr ausgeweitet wird.“ S. 16</p> <p>/// „Um Kinderarmut wirksam zu bekämpfen, wollen wir eine eigenständige Kindergrundsicherung einführen, von der alle Kinder und Jugendlichen profitieren. Sie bündelt vier soziale Leistungen: 1. Kindergeld für alle Kinder in Höhe von 350 Euro monatlich (unabhängig vom Einkommen der Eltern). Das Kindergeld darf nicht mehr auf das Bürgergeld angerechnet werden. 2. Kinderzuschlag für Kinder, die in Armut leben (altersgestaffelt bis zu maximal 379 Euro monatlich). 3. Tatsächliche Unterkunftskosten (anteilig). 4. Einmalige und besondere Bedarfe (z. B. Klassenfahrten, Umzugskosten o. ä.).“ S. 16</p>
BSW	<p>Das BSW will das Kindergeld auf die Höhe des steuerlichen Freibetrags anheben.</p> <p>/// „Dem Staat muss jedes Kind gleich viel wert sein: Der steuerliche Freibetrag des Chefarztes für seine Kinder sollte genauso hoch sein wie das Kindergeld, das eine Krankenschwester für ihre Kinder erhält.“ S. 32</p>

6. Geschlechtergerechte Ehegattenbesteuerung einführen

Partei	Aussage
SPD	k. A.
CDU/CSU	<p>Die CDU/CSU will das Ehegattensplitting beibehalten.</p> <p>/// „Ehepartner, die unterschiedlich verdienen, dürfen nicht benachteiligt werden. Deshalb halten wir am Ehegattensplitting fest und wollen Kinder künftig stärker berücksichtigen.“ S. 61</p>
Bündnis 90 / Die Grünen	<p>Bündnis 90/ Die Grünen wollen für Neuehen eine Individualbesteuerung mit übertragbarem Grundfreibetrag einführen. Für bestehende Ehen wird das Ehegattensplitting beibehalten, sofern es das Paar nicht anders wünscht.</p> <p>/// „In der jetzigen Form stellt das Ehegattensplitting ein Erwerbshindernis für Frauen dar und ist weder gerecht noch zeitgemäß. Deshalb wollen wir es grundlegend geschlechtergerecht reformieren, indem wir für Neuehen eine individuelle Besteuerung mit übertragbarem</p>

	Grundfreibetrag einführen. Für Paare, die bereits verheiratet sind, ändert sich nichts - außer sie entscheiden sich freiwillig für das neue Modell.“ S. 20
FDP	Die FDP will am Ehegattensplitting festhalten und setzt sich für die Abschaffung der Lohnsteuerklassen 3 und 5 ein. /// „Die ökonomische Freiheit von Frauen stärken wir durch bessere steuerliche Regelungen, insbesondere durch die Abschaffung der Steuerklassen 3 und 5, für die wir uns weiterhin einsetzen.“ S. 29 /// „Das Ehegattensplitting hat sich als verfassungsgemäße Ausgestaltung einer gerechten Besteuerung von Ehepaaren unabhängig von der jeweiligen Einkommensverteilung bewährt.“ S. 17, ergänzende Beschlüsse
DIE LINKE	Die Linke will das Ehegattensplitting abschaffen und fordert die Individualbesteuerung mit übertragbarem Grundbetrag. /// „Wir wollen die Steuerpolitik geschlechtergerechter machen und setzen uns für eine Reform des Ehegattensplittings in Richtung einer Individualbesteuerung mit übertragbarem Grundfreibetrag ein. So wirken wir alten Geschlechterrollen in der Steuerpolitik entgegen.“ S. 46
BSW	k. A.

GEWALTSCHUTZ FÜR ALLE FRAUEN

1. Istanbul Konvention und EU-Gewaltschutzrichtlinie konsequent umsetzen	
Partei	Aussage
SPD	Die SPD will die vollständige Umsetzung der Istanbul-Konvention und eine Weiterentwicklung europäischer Gewaltschutz-Standards. /// „Wir setzen uns für eine vollständige Umsetzung der Istanbul-Konvention ein.“ S. 38 /// „Wir wollen, dass geschlechtsspezifische Gewalt EU-weit als Straftatbestand festgeschrieben wird. Unser Ziel sind einheitliche Standards im Schutz und in der Strafverfolgung in allen Mitgliedstaaten.“ S. 38
CDU/CSU	k. A.
Bündnis 90 / Die Grünen	Bündnis 90/ Die Grünen wollen die Istanbul-Konvention konsequent umsetzen. /// „Die Istanbul-Konvention ist ein Instrument, das die notwendigen Maßnahmen für den Schutz von Frauen und Mädchen vor Gewalt und die Förderung ihrer Rechte festlegt. Diese setzen wir konsequent um, durch verstärkte Präventionsmaßnahmen, den Ausbau der Täterarbeit, konsequente Strafverfolgung und eine verbesserte Datenerhebung. Damit bekämpfen wir auch Femizide, also die gezielte Tötung von Frauen aufgrund ihres Geschlechts.“ S. 118
FDP	Die FDP setzt sich für eine umfassende Umsetzung der Istanbul-Konvention ein. /// „Wir Freien Demokraten fordern, dass die Istanbul-Konvention zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt umfassend und wirksam umgesetzt wird.“ S. 27, ergänzende Beschlüsse
DIE LINKE	Die Linke fordert die Istanbul-Konvention vollständig umzusetzen und sieht dafür auch eine eigene Koordinierungsstelle und Strategie vor. /// „Die Istanbul-Konvention zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt muss in Deutschland endlich vollständig umgesetzt werden. Dafür muss die Koordinierungsstelle zur Umsetzung der Istanbul-Konvention ihre Arbeit aufnehmen und die Gesamtstrategie zur Bekämpfung und Prävention von Gewalt gegen Frauen umgesetzt werden.“ S. 47

BSW	k. A.
------------	-------

2. Frauenleben schützen und Zugang, Finanzierung und Ausbau von Schutzunterkünften und Beratungsstellen gesetzlich sicherstellen

Partei	Aussage
SPD	Die SPD fordert einen Rechtsanspruch auf Schutz und Beratung, Gewaltprävention, Ausbau und Absicherung der Strukturen. /// „Wir wollen einen Anspruch auf Schutz und Beratung: Mit einem bundesweiten Rechtsanspruch stellen wir sicher, dass Betroffene jederzeit Zugang zu Schutzunterkünften wie Frauenhäusern und Beratungsstellen erhalten. Wir wollen mehr Vorbeugung gegen geschlechtsspezifische und häusliche Gewalt. Mit dem Gewalthilfegesetz wollen wir diese Strukturen weiter ausbauen und nachhaltig absichern.“ S. 38 f.
CDU/CSU	Die CDU/CSU will Frauenhäuser stärken. /// „Wir [...] stärken die Frauenhäuser.“ S. 37
Bündnis 90 / Die Grünen	Die Grünen wollen einen Rechtsanspruch, (barrierefreien) Ausbau, kostenfreien Zugang zu den Unterstützungsstrukturen und eine Bundesbeteiligung. „Um Betroffene bei Partnerschaftsgewalt, häuslicher und geschlechtsspezifischer Gewalt besser zu schützen, sollen alle Betroffenen und ihre Kinder einen Rechtsanspruch auf Schutz und Beratung erhalten. Durch eine Bundesbeteiligung stellen wir gemeinsam mit den Ländern kostenfreie Hilfen wie Frauenhäuser, Beratungsstellen und Schutzwohnungen flächendeckend sicher. Das muss einen Ausbau von Angeboten für Menschen mit Behinderung oder mit Sprachbarrieren beinhalten.“ S. 118
FDP	Die FDP will, dass es ausreichende Frauenhausplätze gibt und fordert, dass Länder und Kommunen diese bezahlen. /// „Zur Bekämpfung von häuslicher Gewalt gegen Frauen möchten wir, dass Länder und Kommunen Frauenhausplätze bedarfsgerecht ausfinanzieren (...)“ S. 28 /// „Frauenhäuser müssen flächendeckend ausreichend Plätze bieten.“ S. 47, ergänzende Beschlüsse

DIE LINKE	<p>Die Linke will, dass alle Frauen und ihre Kinder Zugang zu Unterstützungsstrukturen erhalten und diese (barrierefrei) ausgebaut und ausreichend finanziert werden.</p> <p>/// „Frauenhäuser müssen bedarfsgerecht, einzelfallunabhängig und verlässlich finanziert werden. Schutz und Beratung müssen für alle Frauen und ihre Kinder überall in Deutschland kostenfrei, anonym, pauschal und barrierefrei zur Verfügung stehen.“ S. 47</p>
BSW	<p>Das BSW setzt sich für den Ausbau der Unterstützungsstrukturen und ihre Finanzierung unter Bundesbeteiligung ein.</p> <p>/// „Wir setzen uns das Ziel, die Gewaltschutz- und Hilfesysteme auszubauen, und die Zahl an Schutzwohnungen und Frauenhausplätzen signifikant zu erhöhen. Die Finanzierung der Frauenhäuser muss durch den Bund langfristig gesichert sein. Die Inanspruchnahme von Frauenhäusern und Schutzräumen muss grundsätzlich kostenfrei für Frauen sein.“ S. 33</p>

3. Lückenloser Gewaltschutz für Migrantinnen und geflüchtete Frauen	
Partei	Aussage
SPD	<p>Die SPD setzt sich für einen besseren Schutz für geflüchtete Frauen ein.</p> <p>/// „Wir wollen auch geflüchtete Frauen besser vor Gewalt schützen. Für Opfer häuslicher Gewalt wollen wir Erleichterungen bei Residenzpflicht und Wohnsitzauflage schaffen, außerdem wollen wir das eigenständige- vom Ehegatten unabhängige – Aufenthaltsrecht praxistauglicher ausgestalten.“ S. 39</p>
CDU/CSU	k. A.
Bündnis 90 / Die Grünen	<p>Die Grünen fordern einen eigenen Aufenthaltstitel für Gewaltbetroffenen und Schutzkonzepte in Unterkünften für Geflüchtete.</p> <p>/// „Viele geflüchtete Frauen und Mädchen sind vor, während und/oder nach der Flucht von Gewalt betroffen, deshalb müssen alle Aufnahmeeinrichtungen entsprechende Schutzkonzepte verpflichtend etablieren. Gewaltbetroffene Frauen, deren Aufenthaltsstatus von ihrem Ehemann oder Partner abhängt, sollen einen eigenständigen Aufenthaltstitel erhalten können. Damit diese Frauen ihr Recht leichter einfordern können, braucht es Zugang zu Beratung und Hilfestrukturen. Bei der Feststellung der Lebensunterhaltssicherung zur</p>

	Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis, sollen Erwerbseinschränkungen in der besonderen Situation von Schwangeren, Alleinerziehenden und Frauen, die Angehörige pflegen, im Einzelfall berücksichtigt werden.“ S. 119
FDP	k. A.
DIE LINKE	Die Linke setzt sich für besseren Schutz von LSBTIQA Geflüchteten ein. /// „Verfolgung wegen sexueller Orientierung und von trans* und intergeschlechtlichen Menschen (LSBTIQA*) muss in der Praxis als Fluchtgrund anerkannt werden.“ S. 53
BSW	k. A.

4. Sicherheit für Frauen mit Behinderungen in allen Lebenslagen

Partei	Aussage
SPD	Die SPD will die gesetzlichen Regelungen für Gewaltschutzkonzepte in der Behindertenhilfe verschärfen. /// „Wir stehen für einen effektiven Gewaltschutz und schärfen die gesetzlichen Regelungen für Gewaltschutzkonzepte in Einrichtungen und Dienstleistungen der Behindertenhilfe.“ S. 34
CDU/CSU	Um Menschen mit Behinderungen zu schützen, fordert die CDU/CSU, das Strafrecht zu verschärfen. /// „Wir verschärfen das Strafrecht, um vor allem Frauen, ältere Menschen, Kinder, Menschen mit Behinderungen und andere besonders gefährdete Gruppen besser zu schützen.“ S. 37

<p>Bündnis 90 / Die Grünen</p>	<p>Die Grünen wollen Gewaltschutz bei Angeboten für Menschen mit Behinderung ausbauen und bei Hilfen wie Beratungsstellen und Frauenhäusern Angebote für Menschen mit Behinderung sicherstellen.</p> <p>/// „Menschen mit Behinderung, insbesondere Frauen, sind häufiger von Gewalt betroffen als nicht behinderte Menschen. Wir wollen, dass der Schutz vor Gewalt für alle Menschen gilt und bauen den Gewaltschutz insbesondere bei Angeboten für Menschen mit Behinderung deutlich aus. Wir stärken das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung auch für Menschen mit Behinderung.“ S. 124</p> <p>/// „Durch eine Bundesbeteiligung stellen wir gemeinsam mit den Ländern kostenfreie Hilfen wie Frauenhäuser, Beratungsstellen und Schutzwohnungen flächendeckend sicher. Das muss einen Ausbau von Angeboten für Menschen mit Behinderung oder mit Sprachbarrieren beinhalten.“ S. 118</p> <p>/// „Wir wollen eine inklusive Gesellschaft schaffen, in der alle Menschen gleichberechtigt und selbstbestimmt teilhaben können. Wir setzen uns dafür ein, dass dieses Recht endlich Wirklichkeit und Ableismus abgebaut wird. Das heißt auch, dass geltendes Recht den Zielen der Inklusion nicht entgegenstehen darf. Die Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen (UN) ist dabei Maßstab unseres Handelns. Wir richten eine Enquetekommission Inklusion ein, die unter Beteiligung von Selbstvertreter*innen umfassende Vorschläge erarbeiten soll.“ S. 122</p>
<p>FDP</p>	<p>k. A.</p>
<p>DIE LINKE</p>	<p>Die Linke will den barrierefreien Zugang zu Unterstützungsstruktur ermöglichen.</p> <p>/// „Schutz und Beratung müssen für alle Frauen und ihre Kinder überall in Deutschland kostenfrei, anonym, pauschal und barrierefrei zur Verfügung stehen.“ S. 47</p>
<p>BSW</p>	<p>Das BSW fordert eine konsequentere Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention.</p> <p>/// „Wir fordern eine konsequentere Umsetzung der seit 2009 auch für Deutschland geltenden UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) im Bund und in den Ländern.“ S. 22</p>

5. Gewaltschutz für Mütter und ihre Kinder sicherstellen	
Partei	Aussage
SPD	Die SPD steht für eine gewaltschutzkonforme Sorge- und Umgangsrechtsreform. /// „Häusliche Gewalt und Partnerschaftsgewalt sind auch im Sorge- und Umgangsverfahren zu berücksichtigen.“ S. 38
CDU/CSU	Die CDU/CSU will Gewaltbetroffene und ihre Kinder schützen und das Sorge- und Umgangsrecht im Gewaltfall ausschließen. /// „Im Umgangsrecht soll gelten: Wenn ein Elternteil dem Kind Gewalt antut, muss es von der Betreuung ausgeschlossen werden.“ S.37 /// „Kindeswohl schützen, Elternrechte stärken. Aus Gründen des Kindeswohls werden wir bei Partnerschaftsgewalt das Sorge- und Umgangsrecht des gewalttätigen Elternteils ausschließen.“ S. 64
Bündnis 90 / Die Grünen	Die Grünen fordern gewaltschutzkonforme Sorge- und Umgangsverfahren sowie die dazu nötige Fortbildung von Fachkräften. /// „Nach einer Trennung muss Partnerschaftsgewalt in Sorge- und Umgangsverfahren verpflichtend berücksichtigt werden. Dazu müssen Justiz sowie Polizei umfassend geschult werden.“ S. 118
FDP	k. A.
DIE LINKE	Die Linke will Gewaltbetroffene und ihre bzw. gewaltbetroffene Kinder besser schützen und Gewalt als Kindeswohlgefährdung anerkennen. /// „Im Sorge- und Umgangsrecht wollen wir den Gewaltschutz verankern.“ S. 16 /// „Wir wollen, dass Kinder und Jugendliche einen Rechtsanspruch auf gute Entfaltung und soziale Teilhabe bekommen. Gleiches gilt für den Schutz vor Gewalt. Deshalb wollen wir ihre Rechte im Grundgesetz verankern.“ S. 16
BSW	k. A.

6. Wirksamer Rechtsschutz gegen sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz	
Partei	Aussage
SPD	Die SPD fordert eine Modernisierung des AGG. /// „Wir wollen das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) modernisieren, um effektiveren Schutz vor Diskriminierung zu gewährleisten.“ S. 36
CDU/CSU	k. A.
Bündnis 90 / Die Grünen	Die Grünen wollen eine Reform des AGG, um Schutzlücken bei der Arbeit zu schließen. /// „Menschen, die zum Beispiel auf dem Wohnungsmarkt, im Gesundheitsbereich oder bei der Arbeit Diskriminierung erfahren, schützt der Rechtsstaat: Wir werden das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz reformieren. Dazu weiten wir Fristen, Diskriminierungsgründe und den Anwendungsbereich aus, führen ein Verbandsklagerecht ein und schließen Schutzlücken.“ S. 116
FDP	k. A.
DIE LINKE	Die Linke setzt sich für eine Umsetzung der ILO-Konvention und in deren Zuge eine Reform des AGG zum Schutz vor Gewalt am Arbeitsplatz ein. /// „Das Gesetz über die Beseitigung von Gewalt und Belästigung in der Arbeitswelt muss auch in der betrieblichen Praxis angekommen. Wir wollen deshalb u.a. das Arbeitsschutzgesetz um die Aspekte ‚Gewalt‘ und ‚sexuelle Belästigung‘ ergänzen.“ S. 47
BSW	k. A.

7. Frauen und Mädchen effizient vor Menschenhandel schützen	
Partei	Aussage
SPD	<p>Die SPD will sich gegen Menschenhandel einsetzen.</p> <p>/// „Wir bekämpfen konsequent Menschenhandel und jede Art sexueller Ausbeutung. Betroffene müssen schnell Schutz und Hilfe bekommen.“ S. 39</p>
CDU/CSU	<p>Die CDU/CSU fordert das „Dreisäulenmodell“ (i.e. Nordisches Modell) zur Bekämpfung von Menschenhandel, sowie von Prostitution.</p> <p>/// „Prostituierte wirksam schützen. Immer noch gibt es Ausbeutung, Gewalt und Missbrauch. Menschenhandel, Zwangsprostitution und Clankriminalität sind ein großes Übel und müssen bekämpft werden. Das ‚Dreisäulenmodell‘ kann dabei als Orientierung dienen. Ein besonderer Fokus soll dabei auf der Präventionsarbeit liegen.“ S. 37</p>
Bündnis 90 / Die Grünen	<p>Bündnis 90/ Die Grünen wollen bei der Bekämpfung von Menschenhandel die Rechte und die Unterstützung der Betroffenen mit einem menschenrechtsbasierten Ansatz in den Mittelpunkt stellen. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Justiz und Polizei soll gestärkt und ein Nationaler Aktionsplan umgesetzt und weiterentwickelt werden.</p> <p>/// „Menschenhandel zur sexuellen Ausbeutung stellt eine schwerwiegende Menschenrechtsverletzung dar, die vor allem Frauen betrifft. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Polizei und Justiz wollen wir stärken, um internationale Netzwerke von Menschenhandel und Zwangsprostitution aufzudecken und zu zerschlagen. Dabei verfolgen wir einen menschenrechtsbasierten Ansatz, und rücken die Rechte und die Unterstützung der Betroffenen in den Fokus.“ S. 119</p> <p>/// „Wir wollen den ressortübergreifenden Nationalen Aktionsplan umsetzen und weiterentwickeln.“ S. 119</p> <p>/// „Opfer von Menschenhandel sollen ein sicheres Bleiberecht bekommen, unabhängig von ihrer Aussagebereitschaft im Strafverfahren.“ S. 119</p> <p>/// „Die Rechte und die Gesundheitsversorgung von Sexarbeiter*innen werden wir menschenrechtsbasiert stärken. Denn so wie die Zustände zurzeit sind, können sie nicht bleiben. Gezielte Unterstützung, insbesondere für Prostituierte in prekären Situationen, muss auch durch aufsuchende Hilfen und Beratungen, gerade beim Ausstieg aus der Prostitution, verstärkt werden. Prostitutionsstätten müssen strenger kontrolliert, die Standards zur Betriebserlaubnis erhöht und die Befugnisse des Zolls erweitert werden, um gesetzlich vorgeschriebene Arbeitsbedingungen zu gewährleisten und die Selbstbestimmung und Sicherheit der Betroffenen sicherzustellen. Sobald die Ergebnisse der Evaluation des Prostituiertenschutzgesetzes vorliegen, sollen Bund, Länder und Kommunen sowie Betroffene</p>

	und Expert*innen auf dieser Grundlage gemeinsam ergebnisoffen beraten, welche Änderungen am Gesetz notwendig sind, um die Situation in der Prostitution zu verbessern, ohne die Prostituierten zu stigmatisieren oder zu kriminalisieren.“ S. 119 f.
FDP	FDP fordern mehr Austausch zwischen den Strafverfolgungsbehörden und differenzieren zwischen Menschenhandel und Prostitution; das Nordische Modell wird abgelehnt. /// „Zwangsprostitution und Menschenhandel müssen durch entschiedene und gut koordinierte Strafverfolgung bekämpft werden. Dazu braucht es einen effektiven Austausch zwischen nationalen und internationalen Strafverfolgungsbehörden.“ S. 47, ergänzende Beschlüsse /// „Wir Freie Demokraten wissen um die Herausforderung einer Abgrenzung zwischen freiwilliger und unfreiwilliger Prostitution. Dennoch lehnen wir den Ansatz des Nordischen Modells ab und wollen nicht jede Sexarbeiterin und jeden Sexarbeiter pauschal als Opfer ihrer selbst sehen. Wir setzen uns für die Rechte selbstbestimmter Sexarbeiter und Sexarbeiterinnen ein.“ S. 47, ergänzende Beschlüsse
DIE LINKE	k. A.
BSW	k. A.

8. Digitale Gewalt und Frauenhass wirksam bekämpfen

Partei	Aussage
SPD	Die SPD setzt sich für ein digitales Gewaltschutzgesetz und zahlreiche Maßnahmen gegen digitale Gewalt ein. /// „Wir wollen konsequent auch gegen digitale Gewalt vorgehen. Dazu schaffen wir ein digitales Gewaltschutzgesetz. Hierfür schließen wir Strafbarkeitslücken bei bildbasierter Gewalt und schränken den Umgang mit sogenannten Spionage-Apps ein. Zudem sollen die Täter-Accounts einfacher gesperrt werden können. Versehen mit einem Verbandsklagerecht sollen Rechte der Betroffenen effektiv

	<p>durchgesetzt werden können. (...) Dabei gewährleisten wir den Schutz der Daten der Nutzerinnen und Nutzer, stärken die IT-Sicherheitsmaßnahmen der Unternehmen und ihre Verantwortung im Kampf gegen Hass und Hetze im Netz. Gleichzeitig schaffen wir damit eine bessere Grundlage für die wirksame Strafverfolgung bei konkreten Tatverdachten. (...) Regelungen gegen Hasskriminalität und andere Straftaten im Netz sowie zum Jugendschutz setzen wir konsequent durch. Wir setzen klare Regeln zur Bekämpfung von Hasskriminalität und Netzstraftaten um. Plattformbetreiber werden verpflichtet, illegale Inhalte zu entfernen, während wir gleichzeitig den Jugendschutz stärken, etwa durch effektive Möglichkeiten zur Altersverifikation.“ S. 39</p>
<p>CDU/CSU</p>	<p>Die CDU/CSU will sexualisierte Gewalt gegen Kinder im Netz mit der IP-Adressen/Portnummern-Speicherung bekämpfen. <i>///</i> „Im Kampf gegen schwere Straftaten, wie etwa sexuelle Gewalt gegen Kinder, oder um Terroranschläge zu verhindern, verpflichten wir die Internetanbieter zur Speicherung der IP-Adressen und Portnummern für eine Mindestdauer.“ S. 37</p>
<p>Bündnis 90 / Die Grünen</p>	<p>Bündnis 90/ Die Grünen wollen sich gegen Online-Gewalt gegen Frauen einsetzen und unter anderem ein digitales Gewaltschutzgesetz einführen. Gegen sexualisierte Gewalt an Kindern und Jugendlichen fordern sie eine verbesserte Strafverfolgung im Netz, Meldestellen, Löschungen von Missbrauchsdarstellungen und Präventionsmaßnahmen. <i>///</i> „Online-Gewalt gegen Frauen wächst in rasantem Ausmaß. KI-generierte und echte Nacktbilder werden als Waffe gegen Frauen und Mädchen gezielt eingesetzt. Bei der Umsetzung der europäischen Richtlinie zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen setzen wir uns dafür ein, dass die Verbreitung von KI-generierten oder echten Nacktbildern gegen den Willen der Betroffenen grundsätzlich eine Straftat darstellt. Um die Würde der Opfer zu schützen, wollen wir rechtssichere Regelungen finden, wie der Besitz und die Verbreitung von Bildmaterial, das die Vergewaltigung einer erwachsenen Person zeigt, unter Strafe gestellt werden kann.“ S. 119 <i>///</i> „Dafür sorgen wir mit einem digitalen Gewaltschutzgesetz und stärken die Rechte der Nutzer*innen. Grundsätzlich gilt, wenn Hass mit Aufmerksamkeit belohnt und Desinformation sich systematisch verbreitet, ist unsere Demokratie gefährdet. Im digitalen Raum setzen wir uns für Algorithmen sozialer Netzwerke ein, die eine vielfältige Informationslandschaft gewährleisten. Mit dem Digitale-Dienste-Gesetz (DSA) und dem Digitale-Märkte-Gesetz (DMA) haben wir wichtige Grundsteine für ein demokratisches Netz gelegt. Wir treten für eine konsequente, staatsferne Umsetzung und – wo nötig – für Verbesserungen in Europa und Deutschland ein. In Kooperation mit der EU wirken wir auf eine konsequente Rechtsdurchsetzung des DSA hin. Wir wollen, dass Straftaten auch im Netz beharrlich und rechtsstaatlich von Polizei und Staatsanwaltschaft verfolgt werden.“ S. 115 <i>///</i> „Die Medienanstalten der Bundesländer müssen weitere Ressourcen erhalten, um effizient bei der Löschung und Verfolgung von Hasskriminalität im Internet und in den sozialen Medien zusammenzuarbeiten.“ S. 115</p>

	<p>/// „Junge Menschen haben das Anrecht auf einen besonderen Schutz. Besonders wichtig sind der Schutz und ein entschiedenes Vorgehen gegen sexualisierte und jede andere Form der Gewalt. (...) Strafverfolgung durch die Polizei im Netz und offline, bessere Meldestellen und gezielte Löschungen von MissbrauchsDarstellungen sowie Prävention in Schule, Jugendhilfe und Familie.“ S. 86</p>
FDP	k. A.
DIE LINKE	<p>Die Linke will eine strengere Haftung für Onlineplattformen.</p> <p>/// „Es braucht ein starkes Verbraucherinformationsgesetz und strengere Transparenzstandard und Haftung für Onlinemarktplätze und Onlineplattformen.“ S. 56</p>
BSW	k. A.

GESCHLECHTERGERECHTES GESUNDHEITSSYSTEM GEWÄHRLEISTEN

1. Geschlechtersensible Gesundheitsversorgung und -forschung sicherstellen	
Partei	Aussage
SPD	<p>Die SPD fordert eine stärkere Aufmerksamkeit auf Frauengesundheit und das Schließen von Datenlücken sowie eine geschlechter- und diversitätssensible Gesundheitsforschung und Versorgung.</p> <p>/// „Darüber hinaus wollen wir den Zugang zu Versorgungsangeboten für vulnerable Gruppen, beispielsweise durch Gesundheitskioske, weiter ausbauen und unterschiedliche gesundheitliche Bedürfnisse von Frauen und Männern stärker berücksichtigen, die geschlechter- und diversitätssensible Forschung gezielt fördern, um Unwissenheit in Diagnostik, Therapie, Prävention und Rehabilitation zu überwinden. Gesundheitsfachkräfte sollen in geschlechts- und diversitätssensibler Versorgung und Kommunikation geschult werden. Für Erkrankungen wie Endometriose und Themen rund um Geburt und Wechseljahre werden wir effektive Lösungen für eine bessere Versorgung entwickeln.“ S. 26</p> <p>/// „Wir wollen, dass Frauengesundheit noch mehr Aufmerksamkeit bekommt. Wir schließen Datenlücken und verbessern die Versorgung etwa bei Endometriose, Geburt, Verhütungsmitteln und in den Wechseljahren, damit die Gesundheitsversorgung den spezifischen Bedürfnissen von Frauen gerecht wird.“ S. 41-42</p>
CDU/CSU	<p>Die CDU/CSU setzt sich für einen stärkeren Fokus von Frauengesundheit ein und will geschlechtsspezifische Medizin als eigenständiges Aufgabenfeld voranbringen mit dem Ziel einer geschlechtergerechten Forschung und Versorgung.</p> <p>/// „Gesundheit von Frauen stärker in den Blick nehmen. Bei Prävention, Entstehung, Diagnose, Therapie und der Erforschung von Erkrankungen bestehen zwischen Männern und Frauen zum Teil noch große Unterschiede. Auch wenn einige Fortschritte gemacht wurden, sehen wir weiterhin viele geschlechtsspezifische Ungleichheiten zuungunsten von Frauen. Wir wollen geschlechtsspezifische Medizin stärker als bisher als eigenständiges Aufgabenfeld vorantreiben. Dazu braucht es Konzepte und Maßnahmen, die Frauen in Gesundheitsbildung, -förderung und -versorgung besser erreichen – unterstützt durch ein insgesamt differenziertes und geschlechtergerechtes Vorgehen in Forschung und Versorgung.“ S. 68</p>

<p>Bündnis 90 / Die Grünen</p>	<p>Bündnis 90/ Die Grünen fordern ein geschlechtergerechtes Gesundheitssystem, Verbesserungen der Frauengesundheit und eine diskriminierungsfreie Gesundheitsversorgung von queeren Menschen. Quoten im Gesundheitswesen sollen Frauen mehr Teilhabe in Führungsgremien ermöglichen.</p> <p>/// „Selbstbestimmung über den eigenen Körper setzt ein geschlechtergerechtes Gesundheitssystem voraus: Forschung, Ausbildung und medizinische Praxis müssen geschlechtsspezifische Aspekte zur Verbesserung der Frauengesundheit zwingend berücksichtigen. Auch im Gesundheitswesen wollen wir durch Quoten und bessere Arbeitsbedingungen mehr Frauen in die Führungsgremien holen.“ S. 120 f.</p> <p>/// „Queere Menschen haben ein Recht auf gute und diskriminierungsfreie Gesundheitsversorgung.“ S. 121</p>
<p>FDP</p>	<p>Die FDP will mit einer geschlechtsspezifischen Versorgung und Forschung die Frauengesundheit verbessern und setzt sich für die Erforschung von spezifischen Krankheiten ein. Bestehende geschlechtsspezifische Unterschiede dürfen sich durch den Einsatz von digitalen Anwendungen, auch von KI, nicht reproduzieren.</p> <p>/// „Wir möchten durch eine geschlechtsspezifische Versorgung und optimale Diagnosen die Frauengesundheit verbessern. So setzen wir uns für eine intensivere Erforschung von Krankheiten wie Endometriose, PCOS, Lipödem, Brustkrebs sowie geschlechtsspezifischer Unterschiede zwischen Männern und Frauen bei Herz-Kreislauf-Erkrankungen ein.“ S. 28</p> <p>/// „Im Gesundheitsbereich wollen wir einen verstärkten Fokus auf neurodegenerative Erkrankungen wie Alzheimer und Parkinson sowie auf frauenspezifische Gesundheitsbereiche legen.“ S. 8, ergänzender Beschlüsse</p> <p>/// „Wir Freie Demokraten wollen eine geschlechtsspezifische Versorgung, um optimale Diagnosen, Behandlungen und Prävention für alle sicherzustellen. Erkrankungen treten bei Männern und Frauen mit unterschiedlichen klinischen Ausprägungen auf, in unterschiedlicher Häufigkeit und zu unterschiedlichen Zeitpunkten. Diese Unterschiede müssen eine bessere Berücksichtigung in der Versorgung finden. Deshalb setzen wir uns für einen geschlechtersensiblen Forschungsansatz ein. Zudem wollen wir sicherstellen, dass geschlechterspezifische Medizin keine rein akademische Diskussion bleibt, sondern Eingang in die breite Versorgung findet. Dazu wollen wir den Wissenstransfer bei Ärztinnen und Ärzten, Pflegekräften und allen anderen Heilberufen über Aus- und Weiterbildung vorantreiben. Darüber hinaus wollen wir gewährleisten, dass sich bestehende geschlechtsspezifische Unterschiede nicht in digitalen Anwendungen und neuen Technologien wie zum Beispiel beim Einsatz von KI reproduzieren. So heben wir das Potenzial, die Versorgung für alle zu verbessern.“ S. 58, ergänzende Beschlüsse</p>
<p>DIE LINKE</p>	<p>Die Linke will eine umfassende und diskriminierungsfreie Gesundheitsversorgung queerer Menschen inklusive Kostenübernahme von den Krankenkassen.</p>

	<p>/// „Wir wollen, dass es eine umfassende Gesundheitsversorgung queerer Menschen gibt und diese gerade für trans*Personen gesetzlich garantiert ist und auch von den Krankenkassen übernommen wird. Die Versorgungsqualität darf nicht vom Wohnort abhängen. Es braucht eine flächendeckende medizinische Versorgung, die entsprechenden Einrichtungen und Angebote müssen zudem niedrigschwellig und diskriminierungsfrei sein. Zugangsmöglichkeiten z. B. Prä-Expositions-Prophylaxe und zu Hormonpräparaten müssen ausgebaut werden. Dazu muss eine bedarfsgerechte, wohnortnahe Versorgung durch Fachärzt*innen aufgebaut werden.“ S.47-48</p>
BSW	k. A.

2. Geburtshilfe stärken	
Partei	Aussage
SPD	<p>Die SPD möchte eine bessere Versorgung bei Themen rund um die Geburt.</p> <p>/// „Für [...] Themen rund um Geburt [...] werden wir effektive Lösungen für eine bessere Versorgung entwickeln.“ S. 26</p> <p>/// „Wir schließen Datenlücken und verbessern die Versorgung etwa bei Endometriose, Geburt, Verhütungsmitteln und in den Wechseljahren, damit die Gesundheitsversorgung den spezifischen Bedürfnissen von Frauen gerecht wird.“ S. 41-42</p>
CDU/CSU	<p>Die CDU/CSU will die Geburtshilfe zukunftsfest umgestalten, eine wohnortnahe medizinische Versorgung von Familien und Bürokratie für alle Berufsgruppen abbauen.</p> <p>/// „Gleichzeitig müssen wir alle Berufsgruppen von Bürokratie entlasten. Es gilt mehr Zeit für Behandlung zu schaffen. Geburtshilfe und medizinische Versorgung von Kindern und Jugendlichen gestalten wir zukunftsfest um. Familien müssen dort, wo sie wohnen, bestmögliche medizinische Versorgung erhalten.“ S. 68</p>
Bündnis 90 / Die Grünen	<p>Bündnis 90/ Die Grünen setzen sich für eine flächendeckende Versorgung in der Geburtshilfe sowie bessere Arbeitsbedingungen, eine gerechte Bezahlung von Hebammen und den Ausbau Hebammengeleiteter Kreißsäle ein. Gewalt in der Geburtshilfe nehmen sie als Thema ernst.</p> <p>/// „In der Geburtshilfe werden wir die flächendeckende Versorgung fördern und für alle Hebammen bessere Arbeitsbedingungen, eine gerechte Bezahlung sowie für die zu Betreuenden größtmögliche Sicherheit schaffen. Wir setzen uns für den Ausbau der</p>

	<p>Hebammengeleiteten Kreißsäle ein. Wir nehmen das Thema Gewalt in der Geburtshilfe ernst. Wir werden uns für Aus- und Weiterbildungen sowie eine bessere Ausstattung der Geburtshilfeeinrichtungen stark machen.“ S. 89 f.</p>
FDP	<p>Die FDP setzt sich für Verbesserungen in der Versorgung von Frauen vor, während und nach der Geburt ein. Gewalt in der Geburtshilfe möchte die FDP bekämpfen. Für Hebammen fordert die FDP bessere Arbeitsbedingungen, einen verbesserten Betreuungsschlüssel und Bürokratieentlastung.</p> <p>/// „Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass Frauen vor, während und nach der Geburt ausreichend von Hebammen versorgt werden. Auch bei Schwangerschaftsabbrüchen und Fehlgeburten soll eine umfassende Betreuung gewährleistet sein. Um den Fachkräftemangel zu bekämpfen, fordern wir bessere Arbeitsbedingungen auf Geburtsstationen, einen verbesserten Betreuungsschlüssel sowie die Entlastung von Bürokratie und anderen Tätigkeiten. Freiberufliche Hebammen wollen wir vor unverhältnismäßig hohen Versicherungskosten schützen. Zudem setzen wir uns für eine bessere Versorgung mit Kinderärzten und die Dynamisierung der Frühen Hilfen ein. Gewalt in der Geburtshilfe muss bekämpft werden. Frauen haben das Recht auf eine respektvolle, selbstbestimmte Geburt. Werdende Mütter sollen besser über ihre Rechte informiert und Hebammen besser eingebunden werden.“ S. 48, ergänzende Beschlüsse</p>
DIE LINKE	<p>Die Linke setzt sich für eine flächendeckende, gute Versorgung in der Geburtsmedizin und Geburtshilfe sowie für eine Wahlfreiheit bei der Geburt ein.</p> <p>/// „Selbstbestimmung bei der Geburt: In einigen Regionen ist die Wahlfreiheit bei der Geburt nicht mehr möglich, da die klinische Geburtshilfe zentralisiert wurde oder die freiberufliche Geburtshilfe weggefallen ist. Natürliche Geburten sind weniger profitabel, die Kaiserschnitttrate ist deshalb drastisch erhöht. Ohne eine wohnortnahe Versorgung werden Kinder ggf. unterwegs geboren. Wegen Personalmangel und Überlastung müssen oft mehrere Geburten gleichzeitig betreut werden. Wir fordern eine flächendeckende, gute Versorgung in der Geburtsmedizin und Geburtshilfe.“ S. 47</p>
BSW	<p>Das BSW fordert Geburtskliniken und Hebammen-geführte Kreißsäle, die wohnortnah erreichbar sind.</p> <p>/// „Geburtskliniken und Hebammen-geführte Kreißsäle dürfen nicht in unerreichbarer Ferne liegen, sondern müssen wohnortnah zur Verfügung stehen.“ S. 27</p>

3. Reproduktive Rechte verwirklichen	
Partei	Aussage
SPD	<p>Die SPD will Schwangerschaftsabbrüche entkriminalisieren und zu einem Teil der medizinischen Grundversorgung machen.</p> <p>/// „Wir werden Schwangerschaftsabbrüche entkriminalisieren und außerhalb des Strafrechts regeln – außer wenn sie gegen oder ohne den Willen der Schwangeren erfolgen. Wir wollen Schwangerschaftsabbrüche zu einem Teil der medizinischen Grundversorgung machen.“ S. 42</p>
CDU/CSU	<p>Die CDU/CSU hält an Paragraph 218 und der geltenden Rechtslage zum Schwangerschaftsabbruch fest.</p> <p>/// „Paragraph 218 bleibt. Die geltende Rechtslage zum Schwangerschaftsabbruch bildet einen mühsam gefundenen gesellschaftlichen Kompromiss ab, der das Selbstbestimmungsrecht der Frau und den Schutz des ungeborenen Kindes berücksichtigt. Zu dieser Rechtslage stehen wir.“ S. 62</p>
Bündnis 90 / Die Grünen	<p>Bündnis 90/ Die Grünen wollen den selbstbestimmten Schwangerschaftsabbruch außerhalb des Strafrechts regeln. Sie setzen sich für ein Recht auf Beratung mit einem abgesicherten vielfältigen Beratungsangebot ein, für ausreichend Einrichtungen, die Abbrüche vornehmen sowie die Kostenübernahme des Schwangerschaftsabbruchs durch die Krankenkassen. Eine verpflichtende Wartefrist lehnen sie ab. Bündnis 90/ Die Grünen möchten perspektivisch einen kostenfreien Zugang zu Verhütungsmittel für alle Menschen.</p> <p>/// „Selbstbestimmung über den eigenen Körper ist ein Grundrecht, das für alle gelten muss. Dazu gehört das Recht auf Zugang zu sicheren und legalen Schwangerschaftsabbrüchen. Wir wollen, dass selbstbestimmte Schwangerschaftsabbrüche nicht mehr in § 218 des Strafgesetzbuches kriminalisiert, sondern grundsätzlich außerhalb des Strafrechts geregelt werden. Entsprechend den Empfehlungen der Fachkommission zur reproduktiven Selbstbestimmung, soll in der Frühphase einer Schwangerschaft der Abbruch rechtmäßig sein und für die mittlere Phase ein gesetzlicher Rahmen geschaffen werden. Wir treten dafür ein, dass eine freiwillige Beratung durch ein Recht auf Beratung und ein abgesichertes Angebot von Beratungsstellen in vielfältiger Trägerschaft garantiert sind. Eine verpflichtende Wartefrist zwischen Beratung und Abbruch lehnen wir ab. Zudem muss es genügend Einrichtungen geben, die den Eingriff möglichst wohnortnah mit der gewünschten Methode vornehmen, denn das Angebot für Abbrüche hat sich in den vergangenen Jahren halbiert. Die Kosten sollen von den Krankenkassen übernommen und telemedizinische Betreuung ausgebaut werden.“ S. 120</p> <p>/// „Familienplanung ist ein Menschenrecht. Damit alle Frauen und Männer frei entscheiden können, ob und wann sie Kinder bekommen, setzen wir uns für einen unbürokratischen und kostenfreien Zugang zu ärztlich verordneten Verhütungsmitteln für Empfänger*innen</p>

	<p>von staatlichen Transferleistungen und Geringverdiener*innen ein. Perspektivisch soll der kostenfreie und leichte Zugang zu Verhütungsmitteln für alle gelten.“ S. 82</p>
FDP	<p>Die FDP möchte die unzureichende Versorgungslage ungewollt Schwangerer verbessern, den Schwangerschaftsabbruch in die Ausbildung integrieren, den medikamentösen Abbruch besser zugänglich machen sowie die Kostenübernahme des Abbruchs. Eine Reform der Regelungen des Schwangerschaftsabbruchs soll mit sog. fraktionsübergreifenden Gruppenanträgen beraten werden.</p> <p>/// „Im Hinblick auf die Gleichberechtigung von Frauen stellen wir fest, dass es noch immer Benachteiligungen gibt, die wir nicht akzeptieren können. Frauen erfahren häufiger als Männer häusliche Gewalt und erleben Einschränkungen in ihrer sexuellen und reproduktiven Selbstbestimmung, aber auch in ihrer gesundheitlichen Versorgung.“ S. 28</p> <p>/// „Ungewollt Schwangeren möchten wir bestmöglich helfen und die unzureichende Versorgungslage verbessern. In allen Bundesländern soll in die Ausbildung der Gynäkologinnen und Gynäkologen der Schwangerschaftsabbruch in die Ausbildung integriert werden. Allen Frauen soll die Kostenübernahme des Abbruchs ermöglicht werden. Existierende Möglichkeiten medikamentöser Abbruchmethoden sollten Schwangeren besser zugänglich gemacht werden und z.B. medizinisches Personal und Hebammen begleitet werden können. Eine Reform der Regelungen zum Schwangerschaftsabbruch (§§218, 218a StGB) soll im Wege von sog. fraktionsübergreifenden Gruppenanträgen mit Gewissensfreiheit für jede Abgeordnete und jeden Abgeordneten im nächsten Bundestag beraten werden.“ S. 28</p> <p>/// „Wir Freie Demokraten stehen hinter der Möglichkeit von Frauen, einen Schwangerschaftsabbruch nach geltender Rechtslage vorzunehmen. Eine Reform der Regelungen zum Schwangerschaftsabbruch (§§218, 218a StGB) soll im Wege von sog. fraktionsübergreifenden Gruppenanträgen mit Gewissensfreiheit für jede Abgeordnete und jeden Abgeordneten im nächsten Deutschen Bundestag beraten werden. Die derzeitige Versorgungslage ist absolut unzureichend. Daher müssen wir uns mit den politischen Rahmenbedingungen beschäftigen, um eine angemessene Versorgungslage zu gewährleisten. Dazu muss in allen Bundesländern der Schwangerschaftsabbruch in die Ausbildung der Gynäkologinnen und Gynäkologen als Teil des Curriculums integriert werden. Wir werden prüfen, wie Krankenhäuser in öffentlicher Trägerschaft stärker in die Verantwortung genommen werden können. Allen Frauen soll die Kostenübernahme des Abbruchs ermöglicht werden. Existierende Möglichkeiten medikamentöser Abbruchmethoden sollten Schwangeren unter anderem durch Abschaffung der Neun-Wochen-Grenze für medikamentöse Abbrüche besser zugänglich und kenntlich gemacht werden und beispielsweise durch medizinisches Personal und Hebammen begleitet werden können.“ S. 48, ergänzende Beschlüsse</p>

	<p>/// „Wir Freie Demokraten werden dafür sorgen, dass neutrale Informationen zu dem rezeptfreien Verhütungsmedikament der Verzögerung des Eisprungs (sog. „Pille danach“) möglich werden und die bestehende gesetzliche Regelung abgeschafft wird. So wird es auch möglich, Mädchen in Schulen über alle Verhütungswege aufzuklären. Dies soll es Frauen ermöglichen, selbstbestimmt über ihre Familienplanung zu entscheiden. In Beratungsangebote sollte ebenso die Möglichkeit zur Sterilisation einbezogen werden.“ S. 48, ergänzende Beschlüsse</p>
DIE LINKE	<p>Die Linke will § 218 StGB ersatzlos streichen, die Versorgungslage ungewollt Schwangerer verbessern und die Beratungspflicht mit einem freiwilligen Beratungsangebot ersetzen. Sämtliche Verhütungsmethoden sollen von den Krankenkassen bezahlt werden.</p> <p>/// „Körperliche und reproduktive Selbstbestimmung für alle sind zentrale Voraussetzungen für eine selbstbestimmte Familien- und Lebensplanung. Deshalb muss die Entscheidung gegen eine Schwangerschaft frei von Zwängen, Hindernissen und Stigmatisierung möglich sein. § 218 StGB muss ersatzlos gestrichen werden. Die Versorgungslage ungewollt Schwangerer muss deutschlandweit verbessert werden. Beratungsangebote müssen freiwillig statt verpflichtend sein. Der Schwangerschaftsabbruch muss als medizinischer Eingriff gelten, der zur gesundheitlichen Versorgung dazugehört.“ S. 46</p> <p>/// „Sämtliche Verhütungsmethoden sollen von den Krankenkassen bezahlt werden.“ S. 46</p>
BSW	<p>Das BSW fordert die grundsätzliche Straffreiheit des Schwangerschaftsabbruchs bis zur 12. Woche und die Kostenübernahme verschreibungspflichtiger Verhütungsmittel von den gesetzlichen Krankenkassen.</p> <p>/// „Die freie, selbstbestimmte Entscheidung über den eigenen Körper und darüber, ein Kind zu haben oder nicht, muss garantiert sein. Das BSW fordert die grundsätzliche Straffreiheit des Schwangerschaftsabbruchs bis zur 12. Woche.“ S. 34</p> <p>/// „Empfängnisverhütung ist meist Frauensache, d.h. dass Frauen in der Regel auch die Kosten hierfür tragen. Daher fordert das BSW, dass verschreibungspflichtige Verhütungsmittel von den gesetzlichen Krankenkassen übernommen und Frauen und Mädchen kostenlos zur Verfügung gestellt werden.“ S. 34</p>

4. Pflegesituation verbessern

Partei	Aussage
SPD	Die SPD setzt sich für gute Arbeitsbedingungen und gute Löhne für Beschäftigte im Gesundheitswesen ein. Mit einem solidarisch finanzierten Pflegesystem sollen alle Menschen eine sichere Versorgung erhalten und die Beiträge stabil gehalten werden.

	<p>/// „Wir schaffen ein solidarisches Pflegesystem, das niemanden zurücklässt, niemanden überfordert und für alle Beteiligten ein gutes Umfeld bietet: Pflegebedürftige, Angehörige und die pflegenden Berufe. Wir verhindern finanzielle Überforderung, begrenzen hohe Eigenanteile, sichern eine umfassende, qualitativ hochwertige Versorgung – zu Hause wie im Pflegeheim – und verbessern die Arbeitsbedingungen durch innovative Lösungen und mehr Zeitausgleich. Um die Zukunftsfähigkeit des solidarisch finanzierten Pflegesystems nachhaltig zu sichern, werden wir auch Steuermittel maßvoll einsetzen.“ S. 26</p> <p>/// „Pflegebedürftigkeit darf kein Armutsrisiko sein. Deswegen wollen wir das bisherige Nebeneinander von gesetzlicher und privater Pflegeversicherung beenden. Stattdessen schaffen wir ein gemeinsames, solidarisch finanziertes Pflegesystem, das allen Menschen eine sichere Versorgung bietet, stabile Beiträge gewährleistet und vor finanzieller Überforderung im Pflegefall schützt.“ S. 27</p> <p>/// „Eine hohe Versorgungsqualität im Gesundheitswesen beginnt mit guten Arbeitsbedingungen und einer bedarfsgerechten Personalausstattung in allen Bereichen und allen Beschäftigtengruppen. Deshalb setzen wir uns weiterhin für ordentliche Tarifverträge in Gesundheit und Pflege ein. Wir wollen zudem dafür sorgen, dass die bedarfsgerechte Personalausstattung bundeseinheitlich für alle Beschäftigtengruppen im Gesundheitswesen eingeführt wird. Damit verbessern wir entscheidend die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.“ S. 28</p> <p>/// „Zudem setzen wir uns weiterhin für gute Löhne ein: Die Stabilisierung der Kranken- und Pflegeversicherung wird finanziellen Spielraum schaffen, um tarifgebundene Gehälter zu refinanzieren. Darüber hinaus wollen wir die Zusammenarbeit aller Gesundheitsberufe stärken, mehr Durchlässigkeit schaffen und die Befugnisse von Pflegefachpersonen erweitern. Gleichzeitig werden wir den Zugang zu Weiterbildung und gesundheitsfördernden Maßnahmen erleichtern.“ S. 28</p>
<p>CDU/CSU</p>	<p>CDU/CSU setzt sich für eine verlässliche und bezahlbare Versorgung von Pflegebedürftigen und eine finanzielle Stabilität der Sozialen Pflegeversicherung ein. Die CDU/CSU möchte Pflegeberufe attraktiver machen, gute Rahmenbedingungen für Beschäftigte in der Pflege schaffen sowie Dokumentationsprozesse vereinfachen.</p> <p>/// „Wir stärken die Strukturen in der Gesundheits- und Pflegeversorgung in Stadt und Land.“ S. 7</p> <p>/// „Pflege darf kein Armutsrisiko sein – das ist unser Anspruch. Wir lassen uns von Solidarität und Generationengerechtigkeit leiten. Die Soziale Pflegeversicherung in Deutschland ist ein Erfolgsmodell in der Sozialpolitik. Aufgrund veränderter Rahmenbedingungen braucht sie 30 Jahre nach ihrer Einführung durch die Union ein Update. Dazu brauchen wir einen umfassenden gesellschaftlichen Dialog über das zentrale Zukunftsthema Pflege und müssen neue Wege gehen, damit die Versorgung von Pflegebedürftigen verlässlich und bezahlbar bleibt. Wir schaffen gute Rahmenbedingungen für Pflegebedürftige, ihre Angehörigen und die Beschäftigten in der Pflege. Mit einer</p>

	<p>klaren Finanzierungsstruktur schaffen wir die Voraussetzungen, um gute Pflege für Jung und Alt in unserem Land zu gewährleisten.“ S. 69</p> <p>/// „Für finanzielle Stabilität der Sozialen Pflegeversicherung sorgen. Neben einer schnellen finanziellen Stabilisierung erarbeiten wir ein umfassendes Konzept für eine stabile pflegerische Versorgung in einer alternden Gesellschaft und setzen es schnellstmöglich um. Dabei geht es auch darum, die Mittel der Sozialen Pflegeversicherung bedarfsgerechter so einzusetzen, dass finanzielle Belastungen der Betroffenen bestmöglich abgedeckt werden.“ S. 69</p> <p>/// „Pflegeberufe attraktiver machen. Eine zukunftsfeste Pflege braucht Menschen, die in den vielfältigen Berufen arbeiten. Um dem Personalnotstand entgegenzuwirken, setzen wir auf attraktive Arbeitsbedingungen wie planbare Einsatzzeiten und Springerpools zum Abfedern von Belastungsspitzen, Aufstiegsmöglichkeiten, neue Berufsbilder und Anwerbungen im Ausland. Gleichzeitig unterstützen wir den Einsatz und die Zusammenarbeit multiprofessioneller Teams und von Fachkräften unterschiedlicher Qualifikationsstufen. Wir stärken die Rolle von Pflegefachpersonen in der gesundheitlichen Versorgung und vereinfachen Dokumentationsprozesse, die viel Zeit in Anspruch nehmen.“ S. 70</p>
<p>Bündnis 90 / Die Grünen</p>	<p>Bündnis 90/ Die Grünen setzen sich für eine bezahlbare Gesundheitsversorgung und Pflege ein. Mit einer Rückkehroffensive sollen Fachkräfte zurückgewonnen werden und für Pflegekräfte fordern sie bessere Arbeits- und Ausbildungsbedingungen. Bürokratie soll auf ein Mindestmaß reduziert werden.</p> <p>/// „Für uns ist es wichtig, dass die Pflege wieder bezahlbar wird. Es ist eines Sozialstaates unwürdig, wenn Menschen am Ende eines langen Arbeitslebens aufgrund ihrer Pflegebedürftigkeit auf Sozialhilfe angewiesen sind. Wir haben die Leistungen der Pflegeversicherung erhöht und sorgen weiter für dringend benötigte Entlastung der Pflegebedürftigen.“ S. 94</p> <p>/// „Pflegekräfte brauchen Arbeitsbedingungen, die ihnen die Zuwendung zu ihren Patient*innen möglich machen. Fachkräfte, die aufgrund von Überlastung den Job verlassen haben, wollen wir mit einer Rückkehroffensive zurückgewinnen. Hunderttausende wären dazu bereit, wenn sich die Arbeitsbedingungen verbessern – dazu zählt auch eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Dieses Potenzial wollen wir durch Beratung, die weitere Umsetzung höherer Personalschlüssel, mehr Kompetenzen für den Pflegeberuf und bessere Aufstiegschancen nutzen.“ S. 92</p> <p>/// „Wir wollen die Ausbildungsbedingungen verbessern und für die Pflegeassistenz vereinheitlichen. Und wir wollen Dokumentationspflichten und Bürokratie in der Pflege auf ein Mindestmaß reduzieren, damit Pflegekräfte wieder dafür Zeit haben, wofür sie ihren Beruf gewählt haben: den Menschen.“ S. 92</p>

	<p>/// „Wir wollen, dass sich alle Menschen in Deutschland auf eine gute wie auch bezahlbare Gesundheitsversorgung und Pflege verlassen können. Dabei müssen wir die Ausgaben solidarisch schultern, ohne dass die Versicherten überlastet werden, während andere sich einer gerechten Verantwortungsverteilung entziehen und auch die steigenden Kosten wieder in den Griff bekommen.“ S. 87</p> <p>/// „Für uns ist es wichtig, dass die Pflege wieder bezahlbar wird. Wer nichts ansparen konnte oder anderweitig vorgesorgt hat, soll nicht regelhaft auf Sozialhilfe angewiesen sein, weil die Pflegekosten über längere Zeiträume sehr teuer geworden sind. Deshalb haben wir die Leistungen der Pflegeversicherung erhöht und sorgen weiter für dringend benötigte Entlastung der Pflegebedürftigen.“ S. 91</p> <p>/// „Pflegekräfte brauchen Arbeitsbedingungen, die ihnen die Zuwendung zu ihren Patient*innen möglich machen. Fachkräfte, die aufgrund von Überlastung den Job verlassen haben, wollen wir mit einer Rückkehroffensive zurückgewinnen. Hunderttausende wären dazu bereit, wenn sich die Arbeitsbedingungen verbessern – dazu zählt auch eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Dieses Potenzial wollen wir durch die weitere Umsetzung höherer Personalschlüssel, mehr Kompetenzen und Eigenverantwortlichkeit für den Pflegeberuf sowie durch bessere Aufstiegschancen nutzen.“ S. 92</p> <p>/// „Auch in der Pflege wollen wir auf dem Weg hin zu einer Pflegebürgerversicherung mit einem Ausgleich zwischen gesetzlicher und privater Pflegeversicherung dafür sorgen, dass sich alle gerecht an der Finanzierung des Pflegerisikos beteiligen. So tragen Versicherte mit finanziell starken Schultern stärker zur Finanzierung von Pflege und Gesundheit bei als solche, die nur über geringe Einkünfte verfügen.“ S. 94.</p> <p>/// „Die Beitragsbemessung werden wir reformieren und beispielsweise auch Kapitaleinnahmen zur Finanzierung unseres Gesundheits- und Pflegesystems heranziehen.“ S. 94</p>
FDP	<p>Die FDP setzt sich für eine bestmögliche Gesundheits- und pflegerische Versorgung ein. Durch digitale Anwendungen und Robotik soll Pflegepersonal entlastet werden. Beitragssätze will die FDP mit einer kapitalgedeckten Komponente stabilisieren.</p> <p>/// „Zu einem freien und selbstbestimmten Leben gehört auch die bestmögliche Gesundheits- und pflegerische Versorgung bei stabilen Beiträgen.“ S. 31</p> <p>/// „Durch digitale Anwendungen, Automatisierung und Robotik wollen wir maßgeblich zur Entlastung des Pflegepersonals beitragen.“ S. 34</p> <p>/// „Eine alternde Gesellschaft bedeutet mehr Pflegebedürftige und weniger Beitragszahler. Daher muss die Finanzierung der Pflege diversifiziert werden. Das umlagefinanzierte System der sozialen Pflegeversicherung als Teilleistung wollen wir dabei beibehalten. Zur Stabilisierung der Beitragssätze wollen wir sie um eine kapitalgedeckte Komponente ergänzen. Zudem setzen wir uns für mehr Anreize für private Pflegevorsorge sowie für die Gleichbehandlung von betrieblicher Pflegevorsorge und Betriebsrente ein.“ S. 34</p>

DIE LINKE	<p>Die Linke fordert eine Pflegevollversicherung, die alle pflegerischen Leistungen abdeckt sowie mehr Pflegekräfte und bessere Arbeitsbedingungen.</p> <p>/// „Unsere solidarische Pflegevollversicherung soll alle pflegerischen Leistungen abdecken. Menschen mit Pflegebedarf und ihre Familien zahlen häufig mehr als 3.000 Euro im Monat für einen Heimplatz – das würde dann entfallen. Keine Pflegeleistung darf aus Kostengründen verweigert werden!“ S. 18</p> <p>/// „Mit der Pflegevollversicherung werden die Kommunen entlastet, weil sie nicht mehr für die Eigenanteile der Pflegebedürftigen aufkommen müssen.“ S. 18</p> <p>/// „Wir unterstützen die Kämpfe um flächendeckende Entlastungstarifverträge und bessere Arbeitsbedingungen. Wir fordern eine bundesweite Offensive zur Rückanwerbung von Pflegekräften und anderen Gesundheitsarbeiter*innen, die ihren Beruf verlassen haben, außerdem eine Ausbildungsoffensive, die Refinanzierung von Tarifverträgen und dass Tarifverträge leichter für allgemeinverbindlich erklärt werden können (Kapitel 7).“ S. 18</p> <p>/// „Wir setzen uns für eine gesetzlich vorgeschriebene Personalbemessung ein, bei der es am Ende auch mehr Personal gibt, sowie für Schichtpläne ohne Stress. Es braucht mindestens 100 000 zusätzliche Pflegekräfte in den Krankenhäusern!“ S. 18</p>
BSW	<p>Das BSW will mehr Pflegepersonal ausbilden und eine bessere Bezahlung.</p> <p>/// „Wir wollen eine Stärkung der kommunalen Ebene in der Planung und Organisation der Gesundheits- und Pflegeversorgung. Die in den letzten Jahren verstärkte Privatisierung hat keine Verbesserung der Versorgung erbracht und muss zurückgedrängt werden.“ S. 26</p> <p>/// „Wir wollen mehr Medizinstudienplätze und Ausbildungsplätze für Psychotherapeuten schaffen, mehr Pflegepersonal ausbilden und eine bessere Bezahlung.“ S. 27</p>

ERFOLGSFAKTOR GLEICHSTELLUNG – GESCHLECHTERGERECHTE WIRTSCHAFTSPOLITIK

1. Potentiale von Frauen nutzen	
Partei	Aussage
SPD	Die SPD fordert, existierende Arbeitskraftpotenziale zu entfalten; dazu zählt sie auch Frauen in Teilzeit und Minijobs. /// „An vielen Stellen unserer Wirtschaft wird der Fachkräftemangel derzeit deutlich. (...) Wir müssen die Potenziale der vielen Menschen in unserem Land heben, die bislang an den Rand gedrängt wurden: vor allem junge Leute ohne Berufsabschluss und Frauen in unfreiwilliger Teilzeit und Mini-Jobs.“ S. 8
CDU/CSU	Die CDU/CSU sieht das Arbeitsmarktpotenzial von Frauen in Teilzeit. /// „Arbeits- und Fachkräfte gewinnen: Hürden aus dem Weg räumen. Vor allem Frauen in Teilzeit sind eine Gruppe mit großem Potenzial für den Arbeitsmarkt. Es braucht bessere Rahmenbedingungen für Vollzeitarbeit oder vollzeitnahe Arbeit.“ S. 15
Bündnis 90 / Die Grünen	Die Grünen sehen in der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf und der gerechten Aufteilung von Sorgearbeit zentrale Stellschrauben, um das Arbeitsmarktpotenzial von Frauen zu heben. /// „Wenn Arbeit besser ins Leben passt und alle Frauen mit Kindern so arbeiten könnten, wie sie möchten, hätten wir in Deutschland bis zu 840.000 zusätzliche Arbeitskräfte. Deshalb müssen wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtern und die Bedingungen für eine gerechte Aufteilung von Care-Arbeit verbessern.“ S. 19
FDP	Die FDP macht Vorschläge zur Effektivitätssteigerung in verschiedenen Branchen und erwähnt stellenweise Frauen, stellt aber keinen Zusammenhang zwischen der Entfaltung ihres Arbeitsmarktpotenzials und angestrebtem Wirtschaftswachstum her.
DIE LINKE	Die Linke führt einen umfassenden Maßnahmenkatalog zur Verbesserung der Bedingungen von Frauen am Arbeitsmarkt und zur besseren Vereinbarkeit an, stellt aber keinen Zusammenhang zwischen gesteigerter Frauenerwerbstätigkeit und Wirtschaftswachstum her.

BSW	k. A.
-----	-------

2. Schuldenbremse reformieren

Partei	Aussage
SPD	<p>Die SPD plant Steuerreformen im Bereich Erbschaften und Schenkungen, Finanztransaktionen, Kapitaleinkünfte und Vermögen. Eine Reform der Schuldenbremse soll mehr Investitionen in die Zukunft ermöglichen.</p> <p>/// „Die Erbschafts- und Schenkungssteuer in ihrer heutigen Form ist nicht gerecht, denn die übermäßige Privilegierung großer Unternehmensvermögen führt dazu, dass bei der Übertragung solcher Multimillionen- oder Milliardenvermögen oftmals nur sehr wenig oder gar keine Steuern gezahlt werden. Diese Ungerechtigkeit wollen wir abschaffen. Innerhalb des bestehenden progressiven Steuertarifs führen wir eine effektive Mindestbesteuerung für große Betriebsvermögen ein, die auch für vermögenshaltende Familienstiftungen gilt. Die persönlichen Freibeträge wollen wir erhöhen, um den Vermögenspreissteigerungen seit der letzten Anpassung Rechnung zu tragen.“ S. 15-16</p> <p>/// „Darüber hinaus wollen wir die höchsten Vermögen in unserem Land bei der Finanzierung der Gemeinschaft stärker in die Verantwortung nehmen. Erbschafts- und Schenkungsteuer sowie Vermögensteuer stärken dann die Einnahmeseite der Länder, denen das Aufkommen aus diesen Steuern zusteht.“ S. 14</p> <p>/// „Außerdem wollen wir Einkommen aus Kapital über den Einkommensteuertarif besteuern. Anders als an den Finanzplätzen Paris oder Mailand, werden Finanztransaktionen in Deutschland bisher nicht besteuert. Daher wollen wir eine Finanztransaktionssteuer einführen. Dies soll möglichst im Einklang mit unseren europäischen Partnern geschehen.“ S. 16</p> <p>/// „Die aktuelle Schuldenregel ist nicht auf die Herausforderungen unserer Zeit und der Zukunft ausgelegt. Deshalb wollen wir die Schuldenregel im Grundgesetz so reformieren, dass Investitionen in die Zukunftsfähigkeit unseres Landes und in den Wohlstand nicht behindert werden. (...) Zusätzlich gilt es, die veralteten Kreditobergrenzen zu reformieren: Neben der Einführung von Ausnahmetatbeständen für wichtige Zukunftsinvestitionen setzen wir uns für eine flexiblere Ausgestaltung der Defizitregel selbst ein.“ S. 14</p>

CDU/CSU	<p>Die CDU/CSU will an der Schuldenbremse festhalten und Vermögensaufbau unterstützen, dazu sollen Freibeträge bei Erbschaften angehoben werden. Eine Vermögenssteuer lehnt sie ab.</p> <ul style="list-style-type: none">/// „An der grundgesetzlichen Schuldenbremse festhalten. Sie stellt sicher, dass Lasten nicht unseren Kindern und Enkeln aufgebürdet werden. Sie verpflichtet die Politik, mit den Einnahmen auszukommen, die für die Erfüllung der staatlichen Aufgaben zur Verfügung stehen, und sichert so die dauerhafte Tragfähigkeit des Bundeshaushalts.“ S. 75/// „Wir fördern die Vorsorge mit Eigentum und Vermögen durch höhere Freibeträge bei Grunderwerb- und Erbschaftsteuer sowie beim Sparen. Eine Vermögenssteuer lehnen wir ab.“ S. 3/// „Keine Vermögenssteuer. Wir wollen Menschen, die sich etwas erarbeitet und aufgebaut haben, nicht bestrafen. Stattdessen wollen wir alle Menschen beim Aufbau eines eigenen Vermögens unterstützen. Eine Vermögenssteuer lehnen wir ab.“ S. 32/// „Wir erhöhen die Freibeträge bei der Erbschaftsteuer deutlich. So kann das Eigenheim in höherem Maße steuerfrei vererbt werden.“ S. 32
Bündnis 90 / Die Grünen	<p>Die Grünen wollen eine Reform der Erbschafts- und Immobilienbesteuerung sowie eine Vermögenssteuer und eine globale Milliardärssteuer einführen. Zudem fordern sie eine Reform der Schuldenbremse.</p> <ul style="list-style-type: none">/// „Eine Reform der Erbschaftssteuer hin zu einem Modell mit personenbezogenem Lebensfreibetrag, weitgehender Streichung bestehender Ausnahmen für außerordentlich große Erbschaften (selbstbewohntes Eigentum bleibt befreit) und großzügigen Stundungsregelungen, den aktiven Einsatz für die Einführung der globalen Milliardärssteuer sowie das Schließen weiterer offenkundiger Gerechtigkeitslücken im Steuersystem, vor allem bei der Immobilienbesteuerung wie Share Deals und beim Auseinanderklaffen der Besteuerung von Arbeits- und Kapitaleinkünften.“ S. 73-74/// „Insbesondere bei der Konzentration von sehr hohen Vermögen gibt es auch im internationalen Vergleich große Handlungsnotwendigkeit in Deutschland. Wir haben gute Konzepte, die die Vermögensungleichheit effektiv reduzieren. Zu möglichen Ansätzen gehören: Eine globale Milliardärssteuer, eine fairere Erbschaftssteuer, eine gerechte Immobilienbesteuerung ohne Schlupflöcher und eine nationale Vermögenssteuer auf sehr hohe Vermögen.“ S. 73/// „Die Schuldenbremse in ihrer aktuellen Form verhindert Investitionen und andere Maßnahmen, die unsere stagnierende Volkswirtschaft wieder ankurbeln. Um die notwendigen Investitionen in Infrastruktur, in die Dekarbonisierung unseres Landes und in eine starke, zukunftsfähige Wirtschaft zu finanzieren, wollen wir die Schuldenbremse im Einklang mit den europäischen Regeln reformieren. Die Aufnahme von staatlichen Krediten soll dazu in dem Umfang ermöglicht werden, wie vom Staat Investitionen getätigt werden.“

	<p>Außerdem muss die Konjunkturkomponente ausgeweitet werden, um es dem Staat zu ermöglichen in wirtschaftlich schwierigen Zeiten handlungsfähiger zu sein.“ S. 36</p>
FDP	<p>Die FDP will Steuerentlastungen durch einen später greifenden Spitzensteuersatz und die Abschaffung des Solidaritätszuschlags. Sie lehnt eine Vermögensteuer, eine Finanztransaktionssteuer und eine Aufweichung der Schuldenbremse ab.</p> <p>/// „Konkret fordern wir, dass sich der Spitzensteuersatz künftig an der aktuellen Beitragsbemessungsgrenze der Rentenversicherung orientiert. Damit greift der Spitzensteuersatz nicht mehr schon ab einem Jahreseinkommen von gut 68.000 Euro, sondern erst ab 96.600 Euro. Darüber hinaus wollen wir den Solidaritätszuschlag vollständig abschaffen. Auch die Freibeträge der Erbschaft- und Schenkungsteuer müssen automatisch um die Inflationsrate erhöht werden. Wir lehnen jede Form einer Vermögensteuer oder Vermögensabgabe ab. Familien sind das Rückgrat unserer Gesellschaft und gehören gestärkt.“ S. 13</p> <p>/// „Eine Finanztransaktionssteuer lehnen wir ab.“ S. 15</p> <p>/// „Freiheit für künftige Generationen bedeutet auch, ihnen keine Schuldenberge zu hinterlassen. Daher ist für uns Freie Demokraten die Einhaltung der im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse zentrales Gebot der Generationengerechtigkeit. Sonst haften Kinder für ihre Eltern.“ S. 34</p>
DIE LINKE	<p>Mit der Abschaffung der Schuldenbremse will die Linke mehr öffentliche Investitionen in Infrastruktur, Soziales und Klimaschutz ermöglichen. Zudem fordert sie eine Finanztransaktionssteuer, höhere Erbschaftssteuern für große Vermögen, die Wiedereinführung der Vermögensteuer und eine Sondersteuer für Milliardäre.</p> <p>/// „Wir fordern die Abschaffung der Schuldenbremse. Es muss wieder möglich sein, öffentliche Investitionen in die Infrastruktur, eine klimaneutrale Industrie und den sozialen Ausgleich über Kredite zu finanzieren. Das soll für die Länder ebenso gelten wie für den Bund. Dafür braucht es auch ein Umdenken in der Investitionspolitik: mehr Geld für Bildung, Soziales und öffentlichen Wohnungsbau, weniger für Rüstung und klimaschädliche Subventionen. Besonders in Krisen muss der Staat in der Lage sein, diesen durch zusätzliche Kreditaufnahmen entgegenzuwirken. Das wollen wir ermöglichen.“ S. 13</p> <p>/// „Wir streiten für eine Finanztransaktionssteuer, um Spekulation auf den Finanzmärkten einzudämmen. Bei jeder Finanztransaktion soll ein Steuersatz von 0,1 Prozent fällig werden.“ S. 12</p> <p>/// „Die Schlupflöcher bei der Erbschaftsteuer müssen geschlossen werden. Vergünstigungen bei Unternehmensvermögen, großen Wohnungsbeständen und insbesondere der Verschonungsbedarfsprüfung sollen entfallen. Wir fordern einheitliche Freibeträge von 200.000 Euro. Der Eingangssteuersatz ist 6 Prozent und steigt bis auf 60 Prozent ab einem zu versteuernden Erbe von 3 Millionen Euro</p>

	<p>(zuzüglich des Freibetrags). Für diese Superreichen sollen die Steuersätze für Erbschaften und Schenkungen erhöht und die persönlichen Freibeträge herabgesetzt werden. ‚Normales‘, selbstgenutztes Wohneigentum bleibt freigestellt.“ S. 11</p> <p>/// „Die Linke fordert, dass die Vermögenssteuer wieder eingeführt wird. Damit wir nur die reichsten 2,5 Prozent unserer Gesellschaft belasten, fordern wir einen Freibetrag für Privatvermögen von einer Million Euro pro Person. Unser Steuersatz ist progressiv und steigt linear von 1 Prozent bei einem Vermögen von 1 Million Euro auf bis zu 5 Prozent bei einem Vermögen von 50 Millionen Euro.“ S. 10</p>
BSW	<p>Das BSW will die Vermögenssteuer wieder einführen, eine Finanztransaktionssteuer und eine Reform der Schuldenbremse.</p> <p>/// „Deshalb treten wir für ein Steuersystem ein, das die große Mehrheit der Bürger spürbar entlastet und im Gegenzug weit überdurchschnittliche Einkommen und Großvermögen belastet.“ S. 16</p> <p>/// „Die Vermögenssteuer wollen wir für Vermögen ab 25 Millionen Euro mit einem Steuersatz von 1 Prozent reaktivieren, der ab 100 Millionen Euro Vermögen auf 2 Prozent und ab 1 Mrd. Euro auf 3 Prozent steigt.“ S. 17</p> <p>/// „Auch ist es höchste Zeit, eine Finanztransaktionssteuer für alle Wertpapier- und Derivategeschäfte einzuführen, um hochspekulatives Handeln (und die Entkopplung der Finanzmärkte von der Realwirtschaft) einzudämmen und zu besteuern.“ S. 17</p> <p>/// „Die Schuldenbremse hat unsoliden Haushalten nicht verhindert, sondern ist zur Investitionsbremse geworden. Deshalb muss sie reformiert werden.“ S. 15</p>

3. Gleichstellung durch Gender Budgeting vorantreiben	
Partei	Aussage
SPD	<p>Die SPD will eine geschlechtergerechte Folgenabschätzung auch im Bundeshaushalt.</p> <p>/// „Mit einer Folgenabschätzung aller Maßnahmen, Gesetze und des Bundeshaushalts erreichen wir mehr Gleichstellung.“ S. 42</p>
CDU/CSU	k. A.
Bündnis 90 / Die Grünen	<p>Die Grünen bekennen sich zur Einführung von Gender Budgeting für eine wirkungsorientierte Haushaltspolitik.</p> <p>/// „Wir setzen uns für die Einführung moderner Instrumente zur Haushaltssteuerung wie Gender Budgeting ein.“ S. 37</p>
FDP	k. A.

DIE LINKE	k. A.
BSW	k. A.

4. Unbezahlte Arbeit berücksichtigen	
Partei	Aussage
SPD	k. A.
CDU/CSU	k. A.
Bündnis 90 / Die Grünen	k. A.
FDP	k. A.
DIE LINKE	k. A.

BSW	k. A.
------------	-------

5. Investitionsbegriff erweitern

Partei	Aussage
SPD	<p>Die SPD will gezielte Kredite für Zukunftsinvestitionen in Bildung, Infrastruktur und den sozial-ökologischen Wandel ermöglichen.</p> <p>/// „Für die Finanzierung von langfristigen Investitionen ist es sinnvoll, Kredite aufzunehmen. Auf diese Weise werden die Finanzierungskosten über viele Jahre gerecht verteilt.“ S. 13</p> <p>/// „Die aktuelle Schuldenregel ist nicht auf die Herausforderungen unserer Zeit und der Zukunft ausgelegt. Deshalb wollen wir die Schuldenregel im Grundgesetz so reformieren, dass Investitionen in die Zukunftsfähigkeit unseres Landes und in den Wohlstand nicht behindert werden. (...) Zusätzlich gilt es, die veralteten Kreditobergrenzen zu reformieren: Neben der Einführung von Ausnahmetatbeständen für wichtige Zukunftsinvestitionen setzen wir uns für eine flexiblere Ausgestaltung der Defizitregel selbst ein.“ S. 14</p> <p>/// „Wir müssen zum Beispiel kraftvoll in Bildung investieren, den sozial-ökologischen und digitalen Strukturwandel bewältigen und die Infrastruktur landauf und landab modernisieren.“ S. 13</p>
CDU/CSU	Die CDU/CSU strebt keine Ausweitung des Investitionsbegriffs an, wie sie dem DF vorschwebt.
Bündnis 90 / Die Grünen	<p>Die Grünen wollen mit Reform der Schuldenbremse und einem Deutschlandfonds zusätzliche Investitionen in Kitas, Schulen, Forschung und Infrastruktur ermöglichen. Dafür soll der Staat gezielt Kredite aufnehmen können.</p> <p>/// „Wir werden deshalb einen Deutschlandfonds für Bund, Länder und Kommunen errichten. Daraus werden wir die Schienen bauen, auf denen Züge die Menschen pünktlich an ihr Ziel bringen, die Kitas, Schulen und Hochschulen sanieren, in denen gleiche Chancen für alle entstehen, die Forschung finanzieren, die die Ideen und Technologien für den Wohlstand von morgen begründet, und Unternehmen den Raum für Investitionen in ihre Zukunft ermöglichen. Mittel aus dem Deutschlandfonds werden reguläre Haushaltsmittel ergänzen.“ S. 108</p>

	<p>/// „Die Aufnahme von staatlichen Krediten soll dazu in dem Umfang ermöglicht werden, wie vom Staat Investitionen getätigt werden. Außerdem muss die Konjunkturkomponente ausgeweitet werden, um es dem Staat zu ermöglichen in wirtschaftlich schwierigen Zeiten handlungsfähiger zu sein.“ S. 36</p>
FDP	<p>Die Kombination aus Einhaltung der Schuldenbremse und der erklärten Absicht, Sozialausgaben einzudämmen, legt nahe, dass die FDP vom klassischen Investitionsbegriff nicht abrücken will.</p> <p>/// „Wir Freie Demokraten wollen Aufgaben und Ausgaben strikt priorisieren. Deutschland benötigt so viel zukunftsorientierte Investitionen wie möglich und so viel Sozialstaat wie nötig. Sozialausgaben müssen wieder zielgenau und bedarfsgerecht ausgestaltet werden.“ S. 63, ergänzende Beschlüsse</p>
DIE LINKE	<p>Die Linke fordert eine Investitionsoffensive des Staats u.a. für Bildung, Soziales und Wohnungsbau.</p> <p>„Allein in den nächsten 10 Jahren muss der deutsche Staat nach Schätzungen 600 Milliarden Euro für zusätzliche Investitionen bereitstellen, um Infrastruktur, Wirtschaft und Gesellschaft zukunftsfähig zu machen“ S. 13</p> <p>/// „Dafür braucht es auch ein Umdenken in der Investitionspolitik: mehr Geld für Bildung, Soziales und öffentlichen Wohnungsbau, weniger für Rüstung und klimaschädliche Subventionen. Besonders in Krisen muss der Staat in der Lage sein, diesen durch zusätzliche Kreditaufnahmen entgegenzuwirken. Das wollen wir ermöglichen.“ S. 13</p>
BSW	<p>Das BSW will u.a. Investitionen in Schulen und Wohnungen von der Schuldenbremse ausnehmen.</p> <p>/// „Wir wollen Investitionen in Brücken, Straßen, Schienen, Schulen, Wohnungen und Netze aus der Schuldenbremse ausklammern und den dramatischen Investitionsstau, der zum Verfall unserer Infrastruktur führt, ohne weiteren Verzug durch ein großes Investitionsprogramm beheben.“ S. 15</p>

DIGITALEN WANDEL GESCHLECHTERGERECHT GESTALTEN

1. Gleichstellung und Digitalisierung strukturell strategisch zusammen denken	
Partei	Aussage
SPD	k. A.
CDU/CSU	k. A.
Bündnis 90 / Die Grünen	k. A.
FDP	k. A.
DIE LINKE	k. A..
BSW	k. A.

2. Diskriminierungsfreiheit von KI-Anwendungen und Algorithmen gewährleisten	
Partei	Aussage
SPD	<p>Die SPD fordert, dass Plattformen verpflichtet werden, ihre Algorithmen auf diskriminierende Praktiken zu überprüfen.</p> <p>/// „Plattformen sollen verpflichtet werden, ihre Algorithmen und Entscheidungsprozesse zur Inhaltsdarstellung offenzulegen und auf diskriminierende oder manipulative Praktiken zu prüfen. Transparenz und Verantwortlichkeit der Plattformanbieter sind zentral, um die demokratische Meinungsbildung zu schützen.“ S. 43</p> <p>/// „Wir wollen außerdem eine strikte Durchsetzung der Bot-Kennzeichnungspflicht aus der KI-Verordnung, sowie verpflichtende Tools zum Faktencheck auf großen Plattformen. Es gilt die europäischen Regelungen (DMA, DSA, KI-Verordnung) durchzusetzen und die Plattformen zu zwingen, gegen illegale Inhalte vorzugehen und wirksame Vorkehrungen gegen systemische Risiken wie Desinformation und Fake News zu treffen.“ S. 43</p>
CDU/CSU	k. A.
Bündnis 90 / Die Grünen	<p>Bündnis 90/ Die Grünen sehen die Chancen und Risiken von KI und wollen sich für Diskriminierungsfreiheit beim Einsatz von KI stark machen.</p> <p>/// „Freiheitsrechte und Bürger*innenrechte müssen auch im Digitalen durchgesetzt werden. Durch die rasanten Fortschritte von Künstlicher Intelligenz (KI) entstehen große Chancen, aber auch Risiken. Wir wollen KI im Rahmen unserer gemeinsamen Werte einsetzen, um große Innovationspotenziale zu heben und einen effektiven Schutz der Menschenrechte und Diskriminierungsfreiheit zu gewährleisten. Die Europäische Union (EU) hat mit der KI-Verordnung einen wichtigen Grundstein der Regulierung vorgenommen. Diese muss nun möglichst unbürokratisch und bundesweit einheitlich umgesetzt werden.“ S. 114</p>
FDP	k. A.
DIE LINKE	k. A.

BSW	k. A.
------------	-------

3. Geschlechtsspezifische und queerfeindliche digitale Gewalt effektiv bekämpfen

Partei	Aussage
SPD	<p>Die SPD will sich Diskriminierung und Queerfeindlichkeit im digitalen Raum entgegenstellen.</p> <p>/// „Die Diskriminierung in öffentlichen und digitalen Räumen durch Rechtspopulisten, Rechtsextremisten und andere Kräfte hat in erschreckendem Maße zugenommen. Wir stellen uns weiterhin entschlossen gegen jede Form von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Sie ist Kernelement rechtsextremer Einstellungen und drückt sich in Rassismus, Antisemitismus und Muslimfeindlichkeit, aber auch in Sexismus, Antifeminismus oder Queer-Feindlichkeit aus. Diese Ausgrenzung von Menschen aus der Mitte unserer Gesellschaft werden wir nicht dulden.“ S. 39</p>
CDU/CSU	<p>Die CDU/CSU will sexualisierte Gewalt gegen Kinder im Netz mit der IP-Adressen/Portnummern-Speicherung bekämpfen.</p> <p>/// „Im Kampf gegen schwere Straftaten, wie etwa sexuelle Gewalt gegen Kinder, oder um Terroranschläge zu verhindern, verpflichten wir die Internetanbieter zur Speicherung der IP-Adressen und Portnummern für eine Mindestdauer.“ S. 37</p>
Bündnis 90 / Die Grünen	<p>Bündnis 90/ Die Grünen wollen sich gegen Online-Gewalt gegen Frauen einsetzen und unter anderem ein digitales Gewaltschutzgesetz einführen.</p> <p>/// „Online-Gewalt gegen Frauen wächst in rasantem Ausmaß. KI-generierte und echte Nacktbilder werden als Waffe gegen Frauen und Mädchen gezielt eingesetzt. Bei der Umsetzung der europäischen Richtlinie zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen setzen wir uns dafür ein, dass die Verbreitung von KI-generierten oder echten Nacktbildern gegen den Willen der Betroffenen grundsätzlich eine Straftat darstellt. Um die Würde der Opfer zu schützen, wollen wir rechtssichere Regelungen finden, wie der Besitz und die Verbreitung von Bildmaterial, das die Vergewaltigung einer erwachsenen Person zeigt, unter Strafe gestellt werden kann.“ S. 119</p> <p>/// „Dafür sorgen wir mit einem digitalen Gewaltschutzgesetz und stärken die Rechte der Nutzer*innen. Grundsätzlich gilt, wenn Hass mit Aufmerksamkeit belohnt und Desinformation sich systematisch verbreitet, ist unsere Demokratie gefährdet. Im digitalen Raum setzen wir uns für Algorithmen sozialer Netzwerke ein, die eine vielfältige Informationslandschaft gewährleisten. Mit dem Digitale-Dienste-Gesetz (DSA) und dem Digitale-Märkte-Gesetz (DMA) haben wir wichtige Grundsteine für ein demokratisches Netz gelegt. Wir treten für</p>

	<p>eine konsequente, staatsferne Umsetzung und – wo nötig – für Verbesserungen in Europa und Deutschland ein. In Kooperation mit der EU wirken wir auf eine konsequente Rechtsdurchsetzung des DSA hin. Wir wollen, dass Straftaten auch im Netz beharrlich und rechtsstaatlich von Polizei und Staatsanwaltschaft verfolgt werden.“ S. 115</p> <p>/// „Die Medienanstalten der Bundesländer müssen weitere Ressourcen erhalten, um effizient bei der Löschung und Verfolgung von Hasskriminalität im Internet und in den sozialen Medien zusammenzuarbeiten.“ S. 115</p>
FDP	<p>Die FDP setzt sich gegen jede Form von Diskriminierung ein. LSBTI-feindliche Hasskriminalität soll einheitlich erfasst und verfolgt werden.</p> <p>/// „Für uns Freie Demokraten ist die Gleichbehandlung aller Bürgerinnen und Bürger fester Bestandteil einer Demokratie. Dabei stellen wir uns gegen jede Form von Diskriminierung. Wir bekämpfen Diskriminierung gegenüber LSBTI, setzen den Nationalen Aktionsplan „Queer leben“ um und statten die Bundesstiftung Magnus Hirschfeld finanziell besser aus. Die Polizei soll LSBTI-feindliche Hasskriminalität bundesweit einheitlich erfassen und verfolgen.“ S. 29</p>
DIE LINKE	k. A.
BSW	k. A.

4. Digitale Bildung in allen Lebensphasen geschlechtergerecht gestalten	
Partei	Aussage
SPD	k. A.
CDU/CSU	k. A.

Bündnis 90 / Die Grünen	k. A.
FDP	<p>Die FDP will Mädchen in der Schule für MINT Fächer begeistern.</p> <p>/// „Um den Anteil von Gründerinnen zu erhöhen, begeistern wir insbesondere Mädchen in der Schule in MINT-Fächern und für Entrepreneurship-Education und erleichtern Frauen den Zugang zu Venture Capital Fonds staatlicher Förderbanken.“ S. 29</p> <p>/// „Wir setzen uns dafür ein, Frauen frühzeitig durch Bildungsprogramme in digitalen Kompetenzen zu fördern. Wir möchten Mädchen schon in der Schule für MINT-Berufe begeistern und ihnen den Zugang zu Innovationen erleichtern.“ S. 49, ergänzende Beschlüsse</p> <p>/// „Die Gründerinnen von morgen stärken wir durch finanzielle Bildung so-wie durch Entrepreneurship-Education in Schulen.“ S. 49, ergänzende Beschlüsse</p> <p>/// „Wir bereinigen Schulmaterialien von stereotypen Rollenbildern und diskriminierenden Darstellungen. Programme mit weiblichen Vorbildern und Projekte wie Robotics und Coding in der Ganztagschule sollen das Interesse von Mädchen und Menschen mit Migrationshintergrund an MINT-Berufen wecken.“ S. 49, ergänzende Beschlüsse</p>
DIE LINKE	<p>Die Linke setzt sich für geschlechtersensible Bildung, auch in Hinblick auf Medienkompetenz und KI, ein.</p> <p>/// „Geschlechterspezifische Ungleichgewichte auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt sollen u.a. durch geschlechtersensible Bildung und die Aufwertung schlecht bezahlter Berufe mit hohem Frauenanteil überwunden werden. Politische Bildung, Medienkompetenz und KI-Wissen sollen Teil der beruflichen Ausbildung sein.“ S. 40</p>
BSW	k. A.

5. Teilhabe von Frauen in der Digitalbranche verbessern	
Partei	Aussage

SPD	k. A.
CDU/CSU	Die CDU möchte mehr Frauen für innovative Unternehmensgründungen gewinnen. /// „Unser Ziel ist auch, dass mehr Frauen mit innovativen Unternehmensgründungen unser Land nach vorne bringen“ S. 26
Bündnis 90 / Die Grünen	k. A.
FDP	Die FDP will die Angebote zur Berufsorientierung, um Frauen für MINT Berufe zu gewinnen, ausbauen. /// „Die Angebote zur Berufsorientierung, wie z. B. Azubi-Botschafter, Frauen in MINT-Berufen, und Jugendberufsagenturen wollen wir stärken.“ S. 8 /// „Wir Freie Demokraten setzen auf Chancengleichheit in der digitalen Transformation. Die digitale Transformation eröffnet gerade auch Frauen neue Chancen, ihre beruflichen Perspektiven zu erweitern und als Gestalterinnen in der Technologiebranche zu wirken.“ S. 49, ergänzende Beschlüsse /// „Wir unterstützen Gründerinnenprogramme im Tech-Bereich. Flexible Arbeitsmodelle sollen dabei unterstützen, Beruf und Familie besser zu vereinbaren und berufliche Ziele zu erreichen.“ S. 49, ergänzende Beschlüsse /// „Noch immer gründen Frauen seltener als Männer und ihre Start-ups erhalten weniger Wagniskapital. Auch das Potenzial von Gründerinnen und Gründern mit Migrationshintergrund wird nicht vollständig genutzt. Daher wollen wir Frauen den Zugang zu Venture-Capital-Fonds staatlicher Förderbanken erleichtern.“ S. 49, ergänzende Beschlüsse
DIE LINKE	k. A.
BSW	k. A.

GESCHLECHTERGERECHTE KLIMAPOLITIK VORANBRINGEN

1. Gleichstellung und Klimaschutz zusammen denken	
Partei	Aussage
SPD	k. A.
CDU/CSU	k. A.
Bündnis 90 / Die Grünen	k. A.
FDP	k. A.
DIE LINKE	k. A.
BSW	k. A.

2. Klimaneutralen Umbau von Wirtschaft und Arbeitswelt geschlechtergerecht gestalten	
Partei	Aussage
SPD	k. A.
CDU/CSU	k. A.
Bündnis 90 / Die Grünen	k. A.
FDP	<p>Die FDP will durch die Förderung von Frauen insbesondere in Handwerksbetrieben mehr Partizipation von Frauen in der nachhaltigen Bauindustrie erreichen.</p> <p>/// „Gut ausgebildete Frauen sind entscheidend für die Zukunft des Handwerks. Als Freie Demokraten setzen wir auf Werkunterricht an Schulen und Ausbildungsbotschafterinnen, um früh zu begeistern. Durch gezielte Fördermaßnahmen, Stärkung von Azubi-Stipendien und Gründerinnenpreise im Handwerk sowie durch bessere Vereinbarkeit von Familie und Meisterausbildung wollen wir Frauen stärken. Handwerksbetriebe werden bei der digitalen Transformation und im Technologiebereich unterstützt. Das Klima-Handwerk wird Schlüsselfaktor für Klimaschutz durch Innovationen in Energieeffizienz und nachhaltigen Bauweisen.“ S. 49</p>
DIE LINKE	k. A.
BSW	k. A.

3. Geschlechtergerechte Teilhabe in der Energiewende sicherstellen

Partei	Aussage
SPD	k. A.
CDU/CSU	k. A.
Bündnis 90 / Die Grünen	k. A.
FDP	k. A.
DIE LINKE	k. A.
BSW	k. A.

4. Klima- und sozial gerechte Wohnungspolitik vorantreiben

Partei	Aussage
SPD	<p>Die SPD schlägt diverse Maßnahmen vor, um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen und den sozialen Wohnungsbau zu stärken, u.a. die Entfristung der Mietpreisbremse, die Deckelung von Indexmietverträgen, die Deckelung von Mietpreiserhöhungen in angespannten Wohnungsmärkten sowie die Erhöhung und Verstetigung von Investitionen in den sozialen Wohnungsbau.</p> <p>/// „Die Mietpreisbremse soll unbefristet und auch für Immobilien, die bis 2019 bezogen wurden, gelten, um langfristig für stabile und bezahlbare Mieten in angespannten Wohnungsmärkten zu sorgen. Wir werden dafür sorgen, dass die Mietpreisbremse nicht durch zum</p>

	<p>Beispiel (teil-)möblierte und befristete Wohnungsangebote umgangen werden kann. Auch Indexmietverträge werden in Zukunft durch die Kappungsgrenzen normaler Mietverträge, wie der ortsüblichen Vergleichsmiete, gedeckelt.“ S. 17</p> <p>/// „Zweckentfremdung und Leerstand von Wohnraum durch Kurzzeitvermietung sind zu unterbinden. Es soll mehr Transparenz über Bestandsmieten und Neuvermietungsflächen geben. Mietwucher muss wirksam unterbunden werden, unter anderem durch Verschärfung des Wirtschaftsstrafrechts. Die Möglichkeit zum Verbot der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen im BauGB wollen wir über 2025 hinaus verlängern. Zugleich wollen wir das Recht der Eigenbedarfskündigung reformieren und es auf die Wohnnutzung durch die Kernfamilie beschränken.“ S. 17</p> <p>/// „Wir wollen den dramatischen Anstieg der Mieten in Ballungsgebieten stoppen. Deswegen wollen wir, dass in Gebieten mit angespanntem Wohnungsmarkt nur eine maximale Mietsteigerung von sechs Prozent in drei Jahren bis zur ortsüblichen Vergleichsmiete gestattet ist. Wir wollen für Bundesländer die Möglichkeit eröffnen darüber hinausgehende eigenständige Regelungen zu treffen, um in extrem angespannten Wohnungsmärkten Mieterhöhungen stärker zu begrenzen. Den Mietspiegel-Betrachtungszeitraum wollen wir auf zehn Jahre ausweiten und preisgebundenen Wohnraum in die Betrachtung einbeziehen. Die Nebenkosten für Mieterinnen und Mieter sollen transparenter und einfacher nachvollziehbar sein.“ S. 17-18</p> <p>/// „Wir wollen die Investitionen in den sozialen Wohnungsbau auf hohem Niveau stärken und verstetigen.“ S. 18</p> <p>/// „Der Bund geht mit einer neuen bundeseigenen Wohnungsgesellschaft voran, um durch eigene Wohnraumförderung den Markt zu entlasten und Wohnraum für Angestellte und Beamte des Bundes zu schaffen. Das Genossenschaftsprogramm soll verstetigt und ausgebaut werden.“ S. 18</p> <p>/// „Barrierefreiheit und lebensphasengerechtes Wohnen sind unser Ziel. Wir wollen den Abbau von Barrieren für generationenübergreifendes gemeinschaftliches Leben fördern. Barrierefreiheit soll als Standard stärker in der Fördersystematik verankert werden.“ S. 19</p>
<p>CDU/CSU</p>	<p>Die CDU/CSU fordert die Abschaffung des Heizungsgesetzes, mehr Wohlstand durch Erwerb von Wohneigentum sowie bezahlbaren Wohnraum durch vermehrten Neubau, Senkung von Baustandards und einen angemessenen Mieterschutz.</p> <p>/// „Die Menschen brauchen Entscheidungsfreiheit. Sie wissen am besten, welche Heizungsart zu ihrem Wohneigentum und zu ihrem Geldbeutel passt. Es geht uns darum, technologieoffen emissionsarme Wärmelösungen zu fördern und zu nutzen. Dazu gehört für uns auch das Heizen mit dem nachwachsenden Rohstoff Holz. Das Heizungsgesetz der Ampel schaffen wir ab.“ S. 20</p> <p>/// „Mehr Menschen sollen die Möglichkeit haben, Eigentum aufzubauen – gerade auch Wohneigentum. Sie sollen besser am Erfolg der Unternehmen und deren Produktivkapital teilhaben. Damit wollen wir endlich ein bisher nicht erfülltes Versprechen der Sozialen Markt-</p>

	<p>wirtschaft einlösen: neuen Wohlstand durch Vermögensaufbau, gerade auch für kleinere und mittlere Einkommen; neue Chancen bei der Altersvorsorge – ohne Abstriche bei den gesetzlichen Renten. Linke Politik heißt Verteilungsstreit und mehr Lasten für die junge Generation. Wir setzen auf mehr Wohlstand für alle.“ S. 31-32</p> <p>/// „Bauen und Wohnen wieder bezahlbar machen. Dazu entschlacken wir das Bauordnungs- und Raumordnungsrecht grundlegend und reduzieren die Vorschriften spürbar und verantwortungsbewusst. Mit dem Gebäudetyp E – wie „Einfach“ – schaffen wir die Voraussetzungen für kostengünstigeres, aber sicheres Bauen. Mit einer befristeten Sonderregelung für angespannte Wohnungsmärkte erlauben wir bei Wohnungsbauvorhaben Ausnahmen vom geltenden Planungsrecht.“ S. 71</p> <p>/// „Wohnungsbauförderung wirksam machen. Dazu konzentrieren wir die Förderung auf den Geschosswohnungsbau in angespannten Wohnungsmärkten. Mit einer deutlich höheren, zeitlich befristeten Sonderabschreibung für den bezahlbaren Wohnraum geben wir dem Neubau einen Kickstart. Dies ergänzen wir durch eine wirkungsvolle degressive Abschreibung.“ S. 71</p> <p>/// „Anreize für günstige Mieten. Den Werbungskostenabzug passen wir an, damit derjenige, der weniger als die ortsübliche Vergleichsmiete verlangt, künftig keine steuerlichen Nachteile hat.“ S. 71</p> <p>/// „Deutschland ist Mieterland. Wir stehen für einen wirksamen und angemessenen Mieterschutz – dazu gehören auch die Regeln zur Miethöhe. Die hohen Mieten in vielen Ballungszentren sind ein großes Problem. Der soziale Wohnungsbau muss solide gefördert und das Wohngeld regelmäßig angepasst werden.“ S. 71</p>
Bündnis 90 / Die Grünen	<p>Bündnis 90/ Die Grünen fordern Maßnahmen für bezahlbares Wohnen sowie schnelles, günstiges und klimaverträgliches Bauen und Sanieren.</p> <p>/// „Wir werden die Mietpreisbremse verlängern und sie durch die Abschaffung von Ausnahmen verschärfen. Wir wollen die Mietpreisbremse außerdem bereits auf Wohnungen anwenden, die älter als fünf Jahre sind. Und wir werden Schlupflöcher schließen, etwa wenn Wohnungen nicht zu fairen Preisen, sondern übersteuert als möblierte Wohnung oder Ferienwohnung angeboten werden.“ S. 69</p> <p>/// „Wir werden in angespannten Wohnungsmärkten einen Mietenstopp“ S. 69</p> <p>/// „Mietwucher muss durch die Stärkung des § 5 Wirtschaftsstrafgesetzbuch bekämpft werden, um den Nachweis für Mietende zu erleichtern und somit Verstöße gegen die Mietpreisbremse stärker zu ahnden. Indexmieten sollen durch Obergrenzen reguliert werden und Sanierungen müssen warmmietenneutral umgelegt werden. Die Vermietung möblierter Wohnungen muss streng reguliert und die Zweckentfremdung von Wohnraum geahndet werden. Zudem werden wir Mieterhöhungen durch eine Senkung der Kappungsgrenzen begegnen“ S. 69-70</p>

	<p>/// „Mieter*innen wollen wir besser schützen. Wir wollen einen deutlich stärkeren Schutz bei Eigenbedarfskündigungen und bei Kündigungen wegen Mietschulden, sowie eine Entfristung der Umwandlungsbremse. Wir wollen Mieter*innen besser über ihre Rechte aufklären und gleichzeitig die Kommunen befähigen, die Mieter*innen bei der Rechtsdurchsetzung zu unterstützen“ S. 70</p> <p>/// „Wir wollen gute Rahmenbedingungen für klimaverträgliches, schnelles und möglichst preiswertes Bauen und Umbauen schaffen.“ S. 71</p> <p>/// „Wohnraum und Bauflächen dürfen keine Spekulationsobjekte sein. Wir setzen uns für eine Bodenpolitik ein, die sich auch am Gemeinwohl orientiert, und passen das Baurecht entsprechend an. Wir richten einen Bundesbodenfonds ein und unterstützen den Aufbau von kommunalen Bodenfonds. Bei Bodenwertsteigerungen durch Planungsrechtänderungen beteiligen wir die öffentliche Hand stärker.“ S. 71</p> <p>/// „Die Neue Wohngemeinnützigkeit wollen wir so zu einem schlagkräftigen Instrument des sozialen Wohnungsmarktes ausbauen.“ S. 72</p>
FDP	<p>Die FDP will durch mehr Wohnungsbau mehr „Wohnraum für Alle“ schaffen. Um dies zu erreichen, schlägt sie einen Rückgang staatlicher Regulierungen im Bausektor vor und setzt insbesondere auf private Akteure.</p> <p>/// „Wir Freie Demokraten wollen schnelleres und günstigeres Bauen möglich machen. Das Bauplanungs- und Bauordnungsrecht muss dafür liberalisiert werden. Mit einem sofortigen Baukostenmoratorium stoppen wir neue staatliche Kostentreiber. Wir beschleunigen Genehmigungsverfahren, schaffen überflüssige Umweltgutachten ab und geben dem Wohnungsbau Vorrang bei Abwägungsentscheidungen. Mit einheitlichen Anforderungen und bundesweiten Typengenehmigungen bringen wir das serielle Bauen voran. Wir werden überzogene Bau-Auflagen abbauen und auf sinnvolle Mindeststandards bei Gebäudeenergie, Brand- und Gesundheitsschutz sowie Statik reduzieren. Der von uns auf den Weg gebrachte Gebäudetyp E sollte eine Blaupause für die Entrümpelung des Baurechts sein. Neben der Nachverdichtung und Aufstockung treiben wir auch die Ausweisung neuer Bauflächen voran. Reagiert die Behörde nicht fristgerecht, gilt der Bauantrag als genehmigt (Genehmigungsfiktion).“ S. 80</p> <p>/// „Wir Freie Demokraten werden die steuerlichen Abschreibungen im Wohnungsbau verbessern – das macht Investitionen attraktiver und schafft schneller neuen Wohnraum. Die Sonderabschreibung des Wachstumschancengesetzes führen wir ohne unnötige Einschränkungen fort. Der aktuelle Förderdschungel mit seinen überzogenen Anforderungen bremst den Neubau aus. Wir schaffen stattdessen zwei leistungsstarke Zinsvergünstigungsprogramme: eines für Privatpersonen und eines für professionelle Marktteilnehmer. Grundlage der Förderung sind die tatsächlich eingesparten Treibhausgasemissionen. Unnötige und unrealistische Anforderungen wie das Qualitätssiegel Nachhaltiges Gebäude und der Effizienzhausstandard können somit entfallen. Deutschland muss mehr, schneller und günstiger bauen. Private Investitionen sind dafür der Schlüssel.“ S. 80</p>

	<p>/// „Wir Freie Demokraten setzen neben der Ausweisung neuer Bauflächen auf der grünen Wiese auf Bauen im Bestand. Durch Dachausbau, Aufstockung und Umwidmung aktivieren wir ungenutzte Flächenpotenziale, ohne große Flächen neu zu versiegeln. Das ist effizient und umweltfreundlich.“ S. 80</p>
<p>DIE LINKE</p>	<p>Die Linke schlägt weitreichende Maßnahmen zur Schaffung bezahlbaren Wohnraums vor, u. a. einen bundesweiten Mietendeckel, Ausweitung des Kündigungsschutzes, der Förderung von gemeinnützigem Wohnungsbau oder staatlichen Wohnungsbau nach dem Wiener Modell.</p> <p>/// „Wir fordern einen bundesweiten Mietendeckel! Unser Ziel: Die Explosion der Mieten nicht nur bremsen, sondern beenden und rückgängig machen. In angespannten Wohnungsmärkten müssen besonders hohe Mieten abgesenkt werden.“ S. 8</p> <p>/// „Als Sofortmaßnahme müssen Mieterhöhungen bundesweit für die nächsten sechs Jahre ausgeschlossen werden. Nur gemeinnützige Vermieter*innen, die bisher sehr niedrige Mieten angesetzt haben, dürfen diese im Rahmen der Kostendeckung geringfügig erhöhen. Es muss Schluss sein mit den Tricks der Vermieter für höhere Mieten: Staffelmieten und Index-Mietverträge wollen wir verbieten und die Vermietung möblierter Wohnungen streng regulieren.“ S. 8</p> <p>/// „Wir wollen den Kündigungsschutz ausweiten und fordern Dauermietverträge für alle. Eigenbedarfskündigungen müssen auf Verwandte ersten Grades beschränkt werden. Mietwohnungen müssen durch ein generelles Umwandlungsverbot geschützt werden“ S. 8</p> <p>/// „Wir wollen die Modernisierungsumlage abschaffen! Sanierungen und Heizungstausch müssen warmmietenneutral sein. Wir wollen sozial gerechten Klimaschutz.“ S. 8</p> <p>/// „Wir stehen an der Seite von Deutsche Wohnen & Co enteignen. Wir wollen den Wohnbestand von Immobilienkonzernen mit mehr als 3 000 Wohnungen vergesellschaften und in eine Anstalt öffentlichen Rechts mit demokratischer Verwaltung überführen. Entschädigungen unter Marktwert sind rechtlich zulässig. Entschädigungen soll es nur für Kleinaktionäre geben.“ S. 9</p> <p>/// „Die Regierung hat nur ein Viertel der versprochenen Sozialwohnungen gebaut. In den 1990er Jahren gab es noch rund 3 Millionen Sozialwohnungen – jetzt gibt es nur noch eine Million. Egal ob im Bestand oder beim Neubau, wir fordern: einmal Sozialbindung, immer Sozialbindung.“ S. 9</p> <p>/// „Wir wollen die neue Wohngemeinnützigkeit zum Instrument machen, um mittelfristig einen Anteil von 30 Prozent gemeinnütziger Wohnungen zu erreichen. Mit Steuerbefreiungen und Bevorzugung bei Fördermitteln und öffentlichen Grundstücken wollen wir starke Anreize dafür schaffen, sich am Aufbau eines gemeinnützigen Wohnungsmarktsektors zu beteiligen, in dem sich die Mieten an den realen Kosten orientieren und die Profite gedeckelt werden.“ S. 9</p>

	<p>/// „Wir wollen das kommunale Vorkaufsrecht wieder einführen und stärken. Mit einem (Re-)Kommunalisierungsfonds sollen Kommunen unterstützt werden, Wohnungen in die öffentliche Hand (zurück) zu holen.“ S. 9</p> <p>/// „Wohnungsleerstände müssen systematisch erfasst werden und dann mit einer Leerstandsabgabe von 10 Euro pro Quadratmeter belegt werden. Das macht den Leerstand unrentabel. Als „leerstehender Wohnraum“ müssen auch Gebäude gelten, die zu Wohnraum umgenutzt werden sollen oder die noch fertiggestellt oder saniert werden müssen, wo aber die Investoren keine entsprechenden Aktivitäten unternehmen. In Fällen von langfristigem Leerstand muss die Wohnung im Sinne der Allgemeinheit vorübergehend beschlagnahmt, auf Kosten der Eigentümer instandgesetzt und wieder vermietet werden.“ S. 9-10</p> <p>/// „Die Besetzung von Wohnraum, der seit mindestens einem Jahr leer steht, muss zu einem dauerhaften Wohnrecht führen, es sei denn, die Eigentümer*innen verpflichten sich, den Wohnraum zu sozialverträglichen Mieten zur Verfügung zu stellen.“ S. 10</p>
BSW	<p>Das BSW will kommunalen, gemeinnützigen Wohnungsbau fördern und spricht sich für einen bundesweiten Mietendeckel aus. Das Heizungsgesetz will das BSW rückgängig machen.</p> <p>/// „Den Einbau von Wärmepumpen wollen wir fördern, ohne den Betrieb anderer Technologien zu diskriminieren. Auch hier gilt Technologieoffenheit. Habecks Heizungsgesetz wollen wir sofort abschaffen und durch sinnvolle Regelungen ersetzen. Wir fordern die Rücknahme des Verbrenner-Verbots und des Heizungsgesetzes.“ S. 10</p> <p>/// „Der gemeinnützige Wohnungsbau muss gestärkt werden. Größere Teile des Wohnungsmarktes müssen wieder den Regeln der Gemeinnützigkeit unterliegen, gemeinnützige und kommunale Wohnungsbauunternehmen sollten zinsvergünstigte Kredite erhalten und ein großes Wohnungsbauprogramm auflegen. Dort, wo Sozialwohnungen entstehen, muss die Sozialbindung dauerhaft gelten.“ S. 28</p> <p>/// „Wir werden uns für die Verabschiedung eines Gesetzes zur besseren Bekämpfung von Mietwucher stark machen und gesetzlich gegen stark überhöhte Mieten bei möblierten Zimmern vorgehen. Notwendig ist auch die Beschleunigung von Bauvorhaben, etwa durch die Vereinfachung von seriellem Bauen und die Einführung eines vereinfachten Genehmigungsverfahrens für sozialen Wohnungsbau. In Bund, Ländern und Kommunen befürworten wir Initiativen zur strengeren Regulierung der Umwandlung von Wohnungen in gewerbliche Ferienwohnungen sowie gegen den Leerstand von Wohnraum.“ S. 28</p> <p>/// „Wir fordern einen bundesweiten Mietendeckel statt einer wirkungslosen Mietpreisbremse. In allen Regionen, in denen es nicht mehr möglich ist, sich mit einem normalen Einkommen adäquaten Wohnraum zu leisten, wollen wir die Mieten bis zum Ende des Jahrzehnts einfrieren. Kosten für Sanierungen haben die Vermieter zu tragen.“ S. 28</p>

ZUKUNFTSFESTE AUßEN- UND ENTWICKLUNGSPOLITIK

1. Europa als Gleichstellungsmotor stärken	
Partei	Aussage
SPD	<p>Die SPD will eine EU-Charta der Frauenrechte umsetzen.</p> <p>/// „Wir werden uns dafür einsetzen, dass eine EU-Charta der Frauenrechte verabschiedet und somit ein effektiver Schutz von Frauenrechten in der ganzen EU gewährt wird.“ S. 42</p> <p>/// „Wir wollen, dass in ganz Europa humanitäre Standards für Geflüchtete bestehen und Migration solidarisch gesteuert wird.“ S. 48</p> <p>/// „Unser Ziel ist eine wirklich solidarische Verteilung, an der sich alle Mitgliedsstaaten beteiligen.“ S. 48</p>
CDU/CSU	<p>Die CDU/CSU verweist auf Europa v.a. in Zusammenhang mit Grundwerten, sowie Migrations-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Zum Thema Gleichstellung in der EU äußert sich die Union nicht.</p> <p>/// „Wir machen Schluss mit Draufsatteln: Dazu nehmen wir die deutsche Übererfüllung von europäischem Recht zurück und unterbinden sie künftig.“ S. 2</p> <p>/// „Wir wollen das europäische Asylrecht ändern und kennen unsere humanitäre Verantwortung. Jeder, der in Europa Asyl beantragt, soll in einen sicheren Drittstaat überführt werden, dort sein Verfahren durchlaufen und dort bei Bedarf Schutz finden.“ S. 4</p> <p>/// „Außenpolitisch müssen wir mehr Verantwortung übernehmen, vor allem als starker Motor der Europäischen Union.“ S. 36</p> <p>/// „Subsidiären Schutzstatus abschaffen. Wir wirken auf europäischer Ebene darauf hin, zum ursprünglichen Geist der Genfer Flüchtlingskonvention zurückzukehren.“ S. 41</p> <p>/// „Echte europäische Sicherheitsunion schaffen. Wir drängen darauf, dass die Staaten Europas auf dem Feld der inneren Sicherheit noch enger zusammenrücken.“ S. 45</p> <p>/// „Mehr Europa nur dort, wo Europa einen Mehrwert für alle schafft. (...) Entbehrliche Aufgaben sollen entfallen.“ S. 52</p> <p>/// „Rechtsstaatlichkeit in Europa wirksamer verteidigen. Bereits heute gibt es Möglichkeiten, um schwerwiegende Verletzungen der Grundwerte durch einzelne Mitgliedstaaten festzustellen und zu sanktionieren. Diese Spielräume müssen von der EU-Kommission konsequenter zur Anwendung gebracht werden.“ S. 52</p>

<p>Bündnis 90 / Die Grünen</p>	<p>Bündnis 90/ Die Grünen setzen sich u.a. dafür ein, dass EU-Mitgliedsländer, die gegen europäische Werte verstoßen, klar sanktioniert werden. Sie sehen die EU v.a. im Zusammenhang mit Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Friedenssicherung und gehen nicht explizit auf Gleichstellung in der EU ein.</p> <p>/// „Unsere Grundwerte bilden das Fundament der EU. Wenn Mitgliedstaaten dagegen verstoßen, kann das nicht folgenlos bleiben. Wir wollen das Rechtsstaatsverfahren nach Artikel 7 des EU-Vertrags nutzbar machen, indem in allen Stufen des Verfahrens Entscheidungen mit qualifizierter Mehrheit getroffen werden können.“ S. 143</p> <p>/// „Und wir müssen die europäische Demokratie mit ihrem klaren Wertefundament wehrhaft machen. Europe United ist auch unsere Antwort auf Trumps America First.“ S. 143</p> <p>/// „Für uns gilt außerdem: keine EU-Gelder für Antidemokrat*innen. Wir setzen uns im Rahmen der Verhandlungen über den Mehrjährigen Finanzrahmen für strengere Regeln ein, um so über den bestehenden Konditionalitätsmechanismus hinaus Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in allen Mitgliedstaaten zu sichern“ S. 143</p> <p>„Wir wollen eine gemeinsame europäische Migrationspolitik vorantreiben – mit einer fairen, verbindlichen und solidarischen Verteilung von Schutzsuchenden in Europa.“ S. 130</p>
<p>FDP</p>	<p>Die FDP fordert eine Stärkung der Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU und institutionelle Reformen. Zum Thema Gleichstellung in der EU äußert sich die FDP nicht.</p> <p>/// „Wir Freien Demokraten setzen uns insbesondere für eine Verkleinerung der Kommission, ein Initiativrecht des Europäischen Parlaments sowie qualifizierte Mehrheitsentscheidungen in der gemeinsamen EU-Außen- und Sicherheitspolitik ein.“ S. 50</p> <p>/// „Wir fordern, dass die ehrgeizigen Ziele des strategischen Kompasses der EU, einem Aktionsplan zur Stärkung der Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU, konsequenter von den Mitgliedsstaaten verfolgt werden.“ S. 50</p>
<p>DIE LINKE</p>	<p>Die Linke setzt sich für ein soziales Europa ein und institutionelle Reformen, äußert sich nicht speziell zum Thema Gleichstellung in der EU.</p> <p>/// „Wir wollen ein soziales und demokratisches Europa, das den Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen hilft. Eine Friedensunion, die Demokratie fördert und in globale Gerechtigkeit investiert statt in Konfrontation.“ S. 23-24</p> <p>/// „Wir wollen massive öffentliche Investitionen in Soziales, Bildung, Gesundheit und den klimagerechten Umbau.“ S. 24</p> <p>/// „Wir wollen, dass das Europäische Parlament endlich das volle Initiativrecht bekommt und eigene Gesetzesvorschläge einbringen kann.“ S. 24</p>

BSW	<p>Das BSW betont die Bedeutung der nationalen Ebene und spricht sich gegen eine weitere europäische Integration aus. Zum Thema Gleichstellung in der EU äußert es sich nicht.</p> <p>/// „Wir wollen keine weitere Zentralisierung von Macht bei der EU-Kommission, sondern eine Rückverlagerung von Kompetenzen in die Mitgliedsstaaten.“ S. 8</p> <p>/// „Wir stehen für eine enge Zusammenarbeit der europäischen Staaten, aber nicht für eine immer tiefer gehende Integration in Richtung eines europäischen Bundesstaats. Wir sind überzeugt, dass Demokratie, Wohlstand und soziale Errungenschaften besser auf nationaler Ebene geschützt werden können.“ S. 8</p>
------------	---

2. Ressourcen für Geschlechtergerechtigkeit weltweit sichern und ausbauen

Partei	Aussage
SPD	<p>Die SPD setzt sich dafür ein, Zivilgesellschaft weltweit zu unterstützen, die feministische Außen- und Entwicklungspolitik fortzuführen und neue Einnahmen für die Entwicklungszusammenarbeit zu generieren.</p> <p>/// „Neben der Zusammenarbeit mit Regierungen setzen wir insbesondere auf die Stärkung der Zivilgesellschaft und die Verbesserung privatwirtschaftlichen Handelns. Wir werden eine feministische Außen- und Entwicklungspolitik fortführen, die der Überzeugung folgt, dass alle Menschen die gleichen Rechte, Freiheiten und Möglichkeiten unabhängig vom Geschlecht und sexueller Orientierung besitzen.“ S. 56</p> <p>/// „Wir wollen, dass mindestens 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) für öffentliche Entwicklungsleistungen (ODA-Quote) bereitgestellt werden. (...) Superreiche sollen stärker für die Finanzierung des Gemeinwohls, insbesondere zur Erreichung der UN-Nachhaltigkeitsziele sowie zur Klimafinanzierung, herangezogen werden.“ S. 56</p> <p>/// „Daher wollen wir eine Finanztransaktionssteuer einführen. Dies soll möglichst im Einklang mit unseren europäischen Partnern geschehen.“ S. 16</p>
CDU/CSU	k. A.

<p>Bündnis 90 / Die Grünen</p>	<p>Die Grünen wollen explizit mehr Mittel für Frauen- und Menschenrechtsorganisationen und Geschlechtergerechtigkeit bereitstellen.</p> <p>/// „Wir wollen (...) Geschlechtergerechtigkeit in allen Projekten der internationalen Zusammenarbeit stärker verankern, mehr Mittel für Frauen- und Menschenrechtsorganisationen bereitstellen.“ S. 151</p> <p>/// „Wir haben gute Konzepte, die die Vermögensungleichheit effektiv reduzieren. Zu möglichen Ansätzen gehören: Eine globale Milliardärssteuer, eine fairere Erbschaftssteuer, eine gerechte Immobilienbesteuerung ohne Schlupflöcher und eine nationale Vermögenssteuer auf sehr hohe Vermögen.“ S. 73</p> <p>/// „Wir stehen zu unserer historisch gewachsenen Verantwortung für die ärmsten Länder und der Verwirklichung sowie Weiterentwicklung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung. Es braucht einen Endspurt und ambitionierte Folgeziele. Unser Ansatz dafür ist feministisch, inklusiv und dekolonial. Wir wollen eine eigenständige Entwicklungspolitik, die strukturelle Ungerechtigkeiten abbaut und weltweit gleichberechtigte Partnerschaften gestaltet.“ S. 156</p>
<p>FDP</p>	<p>Die FDP will in der Entwicklungszusammenarbeit direkt mit Frauen und LSBTIQ zusammenarbeiten und gleichzeitig die Gelder insgesamt kürzen.</p> <p>/// „Entwicklungszusammenarbeit neu ausrichten. Wir Freie Demokraten fordern eine strukturelle Neuausrichtung der Entwicklungszusammenarbeit und ihrer Institutionen. Im Ringen um die multilaterale Weltordnung müssen die Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit strategisch entlang der wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Interessen Deutschlands und der EU priorisiert werden. Bei Strafverschärfungen gegen LSBTIQ-Menschen und Menschenrechtsverteidiger und dem Abbau von Frauenrechten wollen wir die Entwicklungszusammenarbeit so anpassen, dass sie die betreffenden Minderheiten und Gruppen weiter erreicht. Dazu muss Deutschland auch mit regierungsfernen Partnern arbeiten und notfalls die Streichung von Budgethilfen prüfen oder die Zusammenarbeit mit staatlichen Einrichtungen beenden.“ S. 49</p>
<p>DIE LINKE</p>	<p>Die Linke plant Gleichstellung mit Entwicklungszusammenarbeit zu stärken, die Mittel insgesamt zu erhöhen und eine Finanztransaktionssteuer einzuführen.</p> <p>/// „Es braucht eine verlässliche Mindestfinanzierung der Entwicklungszusammenarbeit auf die vereinbarten 0,7 Prozent der deutschen Wirtschaftsleistung, mindestens 0,2 Prozent müssen endlich an die ärmsten Länder fließen. Zentrale Leitlinien für entwicklungspolitische Maßnahmen müssen die Einhaltung von Menschenrechten, der Schutz von Frauen, Kindern und Jugendlichen und Angehörigen der LSBTIQ+-Community sein.“ S. 25</p>

	<p>/// „Wir fordern eine weltweite Milliardärsteuer, eine Regulierung der Finanzmärkte und die Einführung einer Finanztransaktionssteuer, faire Kooperationsabkommen anstelle von Freihandelsabkommen und globale Steuergerechtigkeit. Es braucht einen Schuldenschnitt für Länder des Globalen Südens und eine Stärkung von Entschuldungsinitiativen.“ S. 25</p>
BSW	<p>Das BSW fordert eine Finanztransaktionssteuer und deutsches Engagement für Entwicklung und Frieden allgemein.</p> <p>/// „Deutschland muss einen Beitrag dazu leisten, damit die internationale Gemeinschaft ihr Engagement in der Beendigung von Kriegen, in der Entwicklungszusammenarbeit und im Bereich des Klimaschutzes verstärkt, um so die Lebensbedingungen in den Ländern des Globalen Südens nachhaltig zu verbessern.“ S. 39</p> <p>/// „Auch ist es höchste Zeit, eine Finanztransaktionssteuer für alle Wertpapier- und Derivategeschäfte einzuführen, um hochspekulatives Handeln (und die Entkopplung der Finanzmärkte von der Realwirtschaft) einzudämmen und zu besteuern.“ S. 17</p>

3. Geschlechtergerechte und menschenrechtsorientierte Außen- und Entwicklungspolitik ressortübergreifend umsetzen

Partei	Aussage
SPD	<p>Die SPD plant feministische Außen- und Entwicklungspolitik fortzuführen und Gleichstellung ressortübergreifend umzusetzen. Rüstungsexportkontrolle sieht sie europäisch.</p> <p>/// „Gleichstellung werden wir auch künftig – im Sinne des Gender Mainstreaming – zu einem Leitprinzip aller Ressorts der Regierung machen. Dabei orientieren wir uns an den "drei R" der feministischen Außen- und Entwicklungspolitik: Rechte, Ressourcen, Repräsentanz.“ S. 41</p> <p>/// „Wir werden eine feministische Außen- und Entwicklungspolitik fortführen, die der Überzeugung folgt, dass alle Menschen die gleichen Rechte, Freiheiten und Möglichkeiten unabhängig vom Geschlecht und sexueller Orientierung besitzen.“ S. 56</p> <p>/// „Wir setzen uns für eine gemeinsame und koordinierte europäische Rüstungsexportpolitik ein. Dabei ist uns wichtig, dass sich eine solche Politik an gemeinsamen Werten und strategischen Prioritäten orientiert. Europäische Rüstungsgüter dürfen nicht in falsche Hände geraten.“ S. 52</p>
CDU/CSU	<p>Die CDU/CSU nennt Menschenrechte und Gleichstellung als zentral für Entwicklungszusammenarbeit. Entwicklungspolitik soll mit Sicherheits- und Migrationspolitik verzahnt und Rüstungsexporte vereinfacht werden.</p>

	<p>/// „Unser Einsatz in der Welt. Für uns sind Menschenrechte universell, unteilbar und unveräußerlich. Unser christliches Menschenbild gebietet es, dass wir den Ärmsten und Schwächsten auf der Welt helfen. Auch deshalb treten wir entschieden allen Versuchen entgegen, Menschenrechte aufzuweichen und Menschenrechtsverteidiger mundtot zu machen. [...] Frauen und Mädchen im Mittelpunkt. Wir setzen uns für ihr Recht auf Selbstbestimmung und Familienplanung ein. Benachteiligungen und Diskriminierungen sind Gift für gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung.“ S. 48</p> <p>/// „Wir arbeiten in einer neuen Regierung vom ersten Tag an für eine grundsätzliche Wende in der Migrationspolitik. Wir richten auch die deutsche Außen- und Europapolitik sowie die Entwicklungszusammenarbeit auf dieses Ziel aus.“ S. 40</p> <p>/// „Den Bundessicherheitsrat entwickeln wir zu einem Nationalen Sicherheitsrat. Der Nationale Sicherheitsrat im Bundeskanzleramt soll die wesentlichen Fragen der Außen-, Sicherheits-, Verteidigungs-, Handels-, Europa- und Entwicklungspolitik koordinieren, Strategieentwicklung und strategische Vorausschau leisten und in Krisenlagen das Gremium der gemeinsamen politischen Willensbildung sein. Dazu müssen wir uns auch strategisch neu aufstellen.“ S. 46</p> <p>/// „Neue Nationale Sicherheitsstrategie beschließen. (...) Sie muss die neue Bedrohungslage konkret beschreiben, unsere Interessen gezielt definieren und operative Ableitungen für die Außen-, Sicherheits-, Verteidigungs-, Europa- und Entwicklungspolitik treffen.“, S. 46.</p> <p>/// „Wir streben den Aufbau eines europäischen Binnenmarktes für Verteidigungsgüter mit gemeinsamen Exportregeln an. So wird die Exportpolitik für Rüstungsunternehmen verlässlicher. Länderübergreifende Kooperation der Verteidigungsindustrien in Europa wollen wir noch konsequenter und zielstrebig vorantreiben.“ S. 51</p>
<p>Bündnis 90 / Die Grünen</p>	<p>Die Grünen wollen mit feministischer Außen- und Entwicklungspolitik Frauen, Mädchen sowie marginalisierte Gruppen stärken. In der Sicherheitspolitik nennen sie völkerrechtliche Verträge als leitend für Rüstungsexporte.</p> <p>/// „Gleichberechtigung macht Gesellschaften friedlicher, gerechter, resilienter und wirtschaftlich erfolgreicher. Menschen stehen im Zentrum einer feministischen Außen- und Entwicklungspolitik. Eine solche Politik identifiziert ungerechte Machtstrukturen, benennt sie und hat zum Ziel sie zu durchbrechen. Sie bedeutet, die Rechte, Ressourcen und Repräsentation von Frauen, Mädchen und marginalisierten Gruppen weltweit zu stärken und alle Diskriminierungsformen, auch Mehrfachdiskriminierungen, abzubauen. Wir wollen unseren Einsatz gegen sexualisierte und geschlechtsspezifische Gewalt verstärken, Überlebende besser unterstützen, die Umsetzung der Istanbul-Konvention sowie den Schutz von queeren Menschen vor Diskriminierung und Gewalt weltweit vorantreiben, Geschlechtergerechtigkeit in allen Projekten der internationalen Zusammenarbeit stärker verankern, mehr Mittel für Frauen- und Menschenrechtsorganisationen bereitstellen. Denn wie stark Frauen an der Gesellschaft teilhaben, ist ein Gradmesser für die Stärke von Gesellschaften.“ S. 151</p>

	<p>/// „Es ist in unserem Interesse, auch global für Frieden und Stabilität zu wirken und menschliche Sicherheit in den Fokus zu rücken. Dabei setzen wir auf zivile Krisenprävention und Konfliktbearbeitung, die eng mit unseren europäischen Partnern abgestimmt ist. Die Fähigkeiten von zivilgesellschaftlichen Akteuren, der EU und UN, der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) sowie von Regionalorganisationen wie der Afrikanischen Union wollen wir dahingehend bedarfsorientiert und systematisch stärken (...). Gerade in diesen Zeiten, in denen einige wenige wieder mit dem Einsatz von Atomwaffen drohen, ist es entscheidend, dass wir Abrüstungsinitiativen und Rüstungskontrollen vorantreiben. Nur mit gemeinsamen Abrüstungsschritten schaffen wir dauerhaft mehr Sicherheit für alle und wahren Frieden und Stabilität. Dieser Einsatz ist und bleibt Pfeiler jeder Friedenspolitik. (...) Die internationale Rüstungskontrollarchitektur wird in Zeiten von Krieg und Krisen extrem herausgefordert. Wir stärken die Sicherheit aller Menschen, indem wir mit unseren Partnern unsere Verpflichtungen zu völkerrechtlichen Verträgen auch in schwierigen Zeiten aufrechterhalten und die humanitäre und präventive Rüstungskontrolle weiterentwickeln.“ S. 152</p>
FDP	<p>Die FDP fordert, Frauenrechte und Menschenrechte zu stärken und die Umsetzung von UN-Sicherheitsresolution 1325. Sie will Realpolitik und Menschenrechte besser verknüpfen. Hier verortet sie auch die Rüstungsexporte.</p> <p>/// „Weltweit setzen wir uns für den Schutz und die Stärkung von Frauenrechten ein, z.B. durch den Kampf gegen Zwangsheirat und Genitalverstümmelung und eine bessere Ahndung von sexualisierter Gewalt in Kriegen. Frauen sollten systematischer in Friedensverhandlungen und Konfliktlösungen einbezogen werden.“ S. 28-29</p> <p>/// „Wir fordern eine konsequente Umsetzung der Istanbul-Konvention und der UN-Resolution 1325.“ S. 99, ergänzende Beschlüsse</p> <p>/// „Wir fordern eine regelbasierte internationale Ordnung, die für alle gilt. Dazu gehört auch das Bekenntnis zur Universalität der Menschenrechte. Wir fordern daher, dass Menschenrechtsverletzungen, Unterdrückung und Diskriminierungen konsequenter geahndet werden.“ S. 47-48</p> <p>/// „Realpolitik und der Einsatz für Menschenrechte müssen keine Gegensätze sein (...). Dazu braucht es allerdings eine deutsche Außenpolitik, die mehr auf Zusammenarbeit und weniger auf den moralischen Zeigefinger setzt. Wir stehen deshalb für eine kluge Balance zwischen einer wertegeleiteten [sic] Außenpolitik und einem interessenorientierten Ansatz.“ S. 49</p> <p>/// „Wir sind überzeugt, dass Rüstungsexporte ein legitimes Mittel der Außen- und Sicherheitspolitik sind.“ S. 49</p> <p>/// „Wir fordern eine Harmonisierung der Exportregeln in der EU. Exporte an demokratische Partner sollen erleichtert werden. Wir Freie Demokraten fordern, dass Israel, Südkorea und die Ukraine dabei NATO-Staaten gleichgestellt werden.“ S. 90, ergänzende Beschlüsse</p>

DIE LINKE	<p>Die Linke sieht Menschenrechte, Frauen und marginalisierte Gruppen zentral für die Entwicklungspolitik, will Außenpolitik friedensorientiert gestalten und Rüstungsexporte verbieten.</p> <p>/// „Zentrale Leitlinien für entwicklungspolitische Maßnahmen müssen die Einhaltung von Menschenrechten, der Schutz von Frauen, Kindern und Jugendlichen und Angehörigen der LSBTIQ+- Community sein.“ S. 25</p> <p>/// „Die Linke steht an der Seite der Unterdrückten und der Angegriffenen. Wir vertreten eine Außenpolitik, die immer nach friedlichen, zivilen Lösungen sucht und nicht mit dem Finger am Abzug denkt. Die Linke ist eine Friedenspartei und verlässliche Stimme der Friedensbewegungen. Wir stehen für eine Außenpolitik, für die Menschenrechte unteilbar sind und bei der keine doppelten Standards gelten.“ S. 21</p> <p>/// „Wir wollen das Geschäft mit dem Krieg beenden und Rüstungsexporte vollständig verbieten. Die Umstellung von Rüstungsbetrieben auf zivil notwendige Produkte muss gezielt gefördert werden.“ S. 23</p> <p>/// „Wir unterstützen alle Abrüstungsbemühungen von unten, bei denen die globale Zivilgesellschaft für eine grenzübergreifende Eindämmung des Rüstungswahnsinns eintritt. Wir unterstützen globale Initiativen zur Abrüstung und zur Reduzierung der Militärausgaben, um so die Logik des Rüstungswettlaufes zu durchbrechen und das Geld für Zukunftsinvestitionen zu nutzen.“ S. 23</p>
BSW	<p>Das BSW lehnt militärische Gewalt in der Außenpolitik ab und setzt sich für Abrüstung und Rüstungskontrolle ein.</p> <p>/// „Daher setzen wir uns für eine Außenpolitik ein, die die Sicherheitsinteressen aller ernst nimmt, militärische Gewalt ablehnt und Konflikte entsprechend der UN-Charta nicht durch Waffen, sondern durch Verhandlungen zu regeln sucht, basierend auf gegenseitigem Respekt.“ S. 4</p> <p>/// „Als einzige Bundestagspartei setzen wir uns für Abrüstung und umfassende Rüstungskontrollen ein und fordern ein Verbot von Rüstungsexporten in Kriegsgebiete.“ S. 5</p>

4. Rechte von Frauen und Mädchen mit Fluchterfahrung wirksam durchsetzen	
Partei	Aussage
SPD	Die SPD will geflüchtete Frauen besser vor Gewalt schützen.

	<p>/// „Wir wollen auch geflüchtete Frauen besser vor Gewalt schützen. Für Opfer häuslicher Gewalt wollen wir Erleichterungen bei Residenzpflicht und Wohnsitzauflage schaffen, außerdem wollen wir das eigenständige - vom Ehegatten unabhängige – Aufenthaltsrecht praxistauglicher ausgestalten.“ S. 39</p>
CDU/CSU	<p>Die CDU/CSU fordert eine restriktive Migrationspolitik und äußert sich nicht zu den Rechten von Frauen und Mädchen mit Fluchterfahrung.</p> <p>/// „Wir wollen die illegale Migration stoppen und die humanitären Aufnahmen auf ein Maß beschränken, das die Möglichkeiten Deutschlands nicht länger überfordert.“ S. 40</p> <p>/// „Wir arbeiten in einer neuen Regierung vom ersten Tag an für eine grundsätzliche Wende in der Migrationspolitik. Wir richten auch die deutsche Außen- und Europapolitik sowie die Entwicklungszusammenarbeit auf dieses Ziel aus.“ S. 40</p>
Bündnis 90 / Die Grünen	<p>Bündnis 90/ Die Grünen adressieren Frauen und Mädchen und andere gefährdete Gruppen mit Fluchterfahrung und fordern besonderen Schutz.</p> <p>/// „Die besonderen Bedürfnisse vulnerabler Gruppen wie Frauen, Kinder, queere Menschen oder Menschen mit Behinderung müssen im Asylverfahren berücksichtigt werden.“ S. 131</p> <p>/// „Wir wollen, dass Menschen Schutz finden, ohne lebensgefährliche Fluchtrouten wählen zu müssen. Für besonders gefährdete Gruppen wollen wir deshalb humanitäre Aufnahme- und Resettlementprogramme - auch auf Landesebene - unterstützen.“ S. 132</p>
FDP	k. A.
DIE LINKE	<p>Die Linke lehnt GEAS ab und fordert Verfolgung aufgrund von sexueller Orientierung, Geschlechtsidentität oder Geschlechtsmerkmalen als Fluchtgrund anzuerkennen. Konkret zu den Rechten von geflüchteten Frauen und Mädchen äußert sie sich nicht.</p> <p>/// „Wir wollen einheitliche Schutzstandards auf hohem Niveau. Die Verantwortung darf nicht mithilfe von sicheren Drittstaaten- oder Herkunftsländerregelungen verlagert werden. Die Gemeinsamen Europäischen Asylsystem GEAS lehnen wir ab. Verfolgung wegen sexueller Orientierung und von trans* und intergeschlechtlichen Menschen (LSBTIQA*) muss in der Praxis als Fluchtgrund anerkannt werden. Systematische Binnengrenzkontrollen und Zurückweisungen von Schutzsuchenden an den Grenzen sind unzulässig.“ S. 52-53</p>
BSW	k. A.

Hier finden Sie die Wahlprogramme der Parteien:

SPD: „[Mehr für Dich. Besser für Deutschland.](#)“

CDU/CSU: „[Politikwechsel für Deutschland](#)“

Bündnis 90/Die Grünen: „[Zusammenwachsen](#)“

FDP: „[Alles lässt sich ändern](#)“; „[Ergänzende Beschlüsse zum Bundestagswahlprogramm 2025](#)“

DIE LINKE: „[Alle wollen regieren. Wir wollen verändern. Reichtum teilen. Preise senken. Füreinander.](#)“

BSW: „[Unser Land verdient mehr!](#)“

////////////////////////////////////
Deutscher Frauenrat
National Council of German Women's Organizations

Tempelhofer Ufer 11
10963 Berlin

Fon + 49 30/204 569-0
kontakt@frauenrat.de

[Instagram](#) / [LinkedIn](#) / [Bluesky](#) / [Facebook](#)